Vorlage für die Sitzung des Senats am 30. September 2014

"Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 einschl. Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - Juni 2014"

A. Problem

Vor dem Hintergrund der im Produktgruppencontrolling Januar – April 2014 erwarteten Haushaltsrisiken und des Risikos aufgrund der zu klärenden Frage nach der Rechtmäßigkeit der bremischen Besoldungsanpassung hatte der Senat in seiner Sitzung am 8. Juli 2014 eine sofortige haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 41 Landeshaushaltsordnung erlassen.

Anlässlich der Beratung der Vorlage "Haushaltsrisiken 2014 - Analyse der Budgetrisiken sowie mögliche Lösungsansätze" hat der Senat in seiner Sitzung am 5. August 2014 die Senatorin für Finanzen gebeten, zur Sitzung des Senats am 30. September 2014 mit dem Controllingbericht Produktgruppenhaushalt 01-06/2014 ein Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 sowie einen Verfahrensvorschlag für die haushaltsmäßige Umsetzung vorzulegen (Anlage 1).

Während das Zentrale Finanzcontrolling für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde insgesamt weiterhin positive Planwertabweichungen feststellt, weist der aktuelle Controllingbericht Produktgruppenhaushalt (Anlage 2) auf erhebliche Budgetrisiken hin, die von den Ressorts gemeldet wurden. Im Gegensatz zur Zentralen Finanzcontrolling Darstellung im können im Controllingbericht Produktgruppenhaushalt die Verbesserungen bei den Steuern bzw. steuerabhängigen Einnahmen keine Berücksichtigung finden, weil sie direkt zur Reduzierung der Neuverschuldung verwenden sind. Außerdem enthält das aktuelle zu Produktgruppencontrolling nicht nur eine Darstellung zur unterjährigen Planwertabweichung, sondern auch eine Prognose auf das voraussichtliche Jahresergebnis.

I. Budgetrisiken

Die von den Ressorts insgesamt erwarteten Budgetrisiken in Höhe von 80,504 Mio. € sind in der Anlage 3 dargestellt.

Sie reduzieren sich - nach Gegenrechnung verfügbarer Deckungsmittel in Höhe von 7,785 Mio. € (Aufhebung einer Sperre im Personalhaushalt, veranschlagter Risikofonds sowie gem. Beschluss des Senats vom 13. Mai 2014 einzusetzende

Landesarbeitsmarktmittel) - nunmehr auf rd. 72,719 Mio. €.

Zwar haben sich z.T. größere Veränderungen bis hin zum Wegfall einzelner Risiken ergeben, allerdings ist in der Summe gegenüber dem Senat am 5. August 2014 mitgeteilten Haushaltsrisiko von 73,267 Mio. € nur eine geringfügige Reduzierung zu verzeichnen.

Hinzu treten die noch nicht konkret bezifferbaren Mehrbedarfe bei einer Änderung der Besoldungsregelungen, die sich aus der Übertragung des Tarifergebnisses aus Nordrhein-Westfalen im Bereich des TV-L 2013/2014 auf die Beamten und Versorgungsempfänger ergeben könnten. Zur Deckung möglicher Mehrbedarfe ist bei den Personalausgaben der Hauptgruppe 4 von einem Betrag in Höhe von rd. 22,000 Mio. € auszugehen. Weitere 8,000 Mio. € sind für höhere Personalkostenzuschüsse im Sachhaushalt bereitzustellen.

Die finanzielle Situation bei den Sozialleistungen ist - trotz veränderter Erwartungen bei den Mehreinnahmen und Mehrausgaben - nach aktueller Einschätzung des Ressorts im Saldo nahezu unverändert geblieben. Den erwarteten Mehrausgaben in Höhe von rd. 46,640 Mio. € stehen Mehreinnahmen in Höhe von 11,840 Mio. € sowie eine erwartete Budgetverlagerung in Höhe von 0,980 Mio. € gegenüber. Im Saldo verbleibt ein Defizit in Höhe von rd. 33,810 Mio. €.

Der erwartete Mehrbedarf bei den aus der Erfüllung des bundesgesetzlich festgelegten Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz (u3) resultierenden Ausgaben für die Kindertagesbetreuung wird vom Fachressort weiterhin auf rd. 1,500 Mio. € geschätzt.

Die weiteren Budgetprobleme in den Ressorthaushalten haben sich gegenüber der dem Senat am 5. August 2014 vorgelegten Schätzung (41,018 Mio. €) um einen Betrag von rd. 1,312 Mio. € erhöht. Im Bereich der investiven Ausgaben besteht die Notwendigkeit, eine Finanzierung der Kosten einer Erstausstattung angemieteter zusätzlicher Wohncontainer zur Unterbringung von Flüchtlingen in Höhe von 1,300 Mio. € darzustellen. Außerdem ist die im Haushalt veranschlagte globale Minderausgabe (4,764 Mio. €) noch aufzulösen. Insgesamt besteht somit ein investiver Bedarf in Höhe von 6,064 Mio. €.

II. Finanzierungssaldo

Die Entwicklung des eckwertrelevanten Finanzierungssaldos folgt den o.g. Haushaltsrisiken: Die Prognosen der Ressorts führen zu einer Überschreitung in Höhe eines Betrages von rd. 97,000 Mio. € einschl. der erwarteten Mehrausgaben wegen der Besoldungsanpassung. Allerdings sind die Vorschläge des nachfolgenden Lösungskonzepts hierin noch nicht enthalten.

B. Lösung

Es wird das nachfolgende Lösungskonzept vorgeschlagen:

I. Budgetrisiken

Das Risiko der Besoldungsanpassung in Höhe von 30,000 Mio. € für das Jahr 2014 wird gedeckt durch Zinsminderausgaben im aktuellen Haushalt sowie durch Minderausgaben bei der Beihilfe die am Ende des Jahres im zentralen Personalhaushalt erwartet werden. Die Senatorin für Finanzen erwartet Minderausgaben im zentralen Personalhaushalt des PPL 92, deren Höhe sich allerdings erst im weiteren Jahresverlauf zeigen wird.

Die im Produktplan 07 Inneres erwarteten Personalmehrausgaben in Höhe von rd. 3,100 Mio. € können durch Aufhebung der bei der Produktgruppe 07.01.01 Polizei (Vollzugsbereich) im Zusammenhang mit der Nichtanwendung des PEP bei der Polizei in den Haushalten 2014/2015 erfolgten Sperre in Höhe von rd. 2,055 Mio. € überwiegend gedeckt werden. Vor dem Hintergrund des dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegten Zielzahlkonzepts des Senators für Inneres und Sport kann eine Aufhebung der Sperre vorgeschlagen werden. Im Übrigen könnte nach Einschätzung der Senatorin für Finanzen aufgrund der tatsächlichen Entwicklung im Monat Juli bei einer sehr restriktiven Personalwirtschaft das vom Ressort erwartete Jahresergebnis in Höhe von rd. 0,6 Mio. € geringer ausfallen. Das nach Aufhebung der Sperre und möglicherweise geringer ausfallendem Bedarf verbleibende Restrisiko in Höhe von 0,445 Mio. € ist daher vom Ressort, ggf. im Senatorenbudget, aufzufangen.

Zum Ausgleich der in den übrigen Produktplänen erwarteten Personalmehrausgaben in Höhe von 1,365 Mio. € wird kein zentraler Ausgleichsvorschlag unterbreitet, da diese Bedarfe im Rahmen der dezentralen Budget- im jeweiligen Ressort zu lösen sind. Die entsprechenden Ressorts haben überwiegend bereits die Absicht geäußert, ihre Risiken durch personalwirtschaftliches Handeln oder durch konsumtive, ggf. investive Deckungsmittel aufzufangen.

Zur Lösung der Risiken im konsumtiven Bereich in Höhe von 66,375 Mio. € werden die nachfolgenden Vorschläge gemacht.

gesetzliche Leistungen / beschlossene Finanzierungen 38,768 Mio. €

Aktuell stehen im Risikofonds Mittel in Höhe von rd. 4,58 Mio. € zur Deckung gesetzlicher Mehrausgaben bzw. bereits beschlossener Finanzierungen zur Verfügung. Ein weiterer Beitrag i.H.v. 33,038 Mio. € soll aus den im Produktplan 93 Zentrale Finanzen erwarteten Zinsminderausgaben finanziert werden. Im Übrigen steht aufgrund des Beschlusses des Senats vom 13. Mai 2014 ein Betrag in Höhe von 1,15 Mio. € aus den im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2014/2015 eingeplanten Landesarbeitsmarktmitteln zur Verfügung. Die Aufteilung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 38,768 Mio. € soll wie folgt erfolgen:

PPL 21 Bildung	Assistenzleistungen	2,778 Mio. €		
_	Schulsozialarbeitet	1,150 Mio. €		
PPL 41 Jugend und Soziales	Sozialleistungen	33,810 Mio. €		

1,030 Mio. €

unabweisbare Bedarfe (solidarische Lösung)

11,027 Mio. €

Dieser Kategorie wurden die folgenden Risiken zugeordnet:

PPL 07 Inneres	nicht zu realisierenden Einnahmen	0,980 Mio. €
	beim Rettungsdienst	
PPL 21 Bildung	Aufstockung des Anschlags für	2,200 Mio. €
	Zuschüsse an Privatschulen	
PPL 31 Arbeit	Bürgerarbeit	0,700 Mio. €
PPL 41 Jugend und Soziales	Kindertagesbetreuung	1,500 Mio. €
· ·	(u.a. aufgrund nicht realisierter	•
	Synergieeffekte	
	Hort/Ganztagsschule)	
PPL 92 Allgemeine Finanzen	Konzessionsabgabe	0,651 Mio. €
PPL 93 Zentr. Finanzen	Spielbankabgabe	1,200 Mio. €
div. PPL	nach Auskehrung veranschlagter	3,796 Mio. €
<u></u>	Vorsorgemittel (2,528 Mio. €)	0,10001
	verbleibende Mehrbedarfe	
	aufgrund der Tarifsteigerungen bei	
	Betrieben und Einrichtungen	
	(einschl. Kinderbetreuung freier	
	Träger / Eltern-Kind-Gruppen)	

Diese Bedarfe sollen im Sinne einer solidarischen Lösung im Wesentlichen durch Inanspruchnahme der konsumtiven Planungsreserve in Höhe von 9,000 Mio. € gedeckt werden. Die Ausgaben der Assistenz- und Sozialleistungen bleiben in Anbetracht der hierfür geltend gemachten Budgetrisiken bei der Ermittlung der Umlage unberücksichtigt. Da im Produktplan 07 Inneres Risiken in erheblichem Umfang zu realisieren sind (5,125 Mio. €), wird vorgeschlagen, diesen Produktplan ebenfalls von der Inanspruchnahme der konsumtiven Planungsreserve (siehe unabweisbare Bedarfe / solidarische Lösung) auszunehmen.

Die Kürzungen sind der Senatorin für Finanzen bis zum 17. Oktober 2014 haushaltsstellengerecht im Bereich der konsumtiven Einnahmen oder Ausgaben (einschl. Personalausgaben) oder den investiven Ausgaben nachzuweisen. Die vom Senat am 8. Juli 2014 für alle Ressorts beschlossenen Bewirtschaftungsmaßnahmen werden dazu beitragen, diese Einsparungen realisieren zu können.

In Höhe eines Betrages von 1,327 Mio. € trägt der Gesamthaushalt durch einzusetzende Zinsminderausgaben zur Finanzierung bei. Im Sinne eines Eigenbeitrags ist die im Produktplan 31 Arbeit noch nicht entnommene allgemeine Budgetrücklage in Höhe von insgesamt 0,700 Mio. € zur Deckung des Budgetrisikos einzusetzen (wegen Einhaltung des Finanzierungssaldos vgl. zu II. dieser Vorlage).

sonstige Risiken/nicht strukturelle Einnahmerisiken

20,180 Mio. €

Dieser Kategorie sind die folgenden Risiken zuzuordnen:

PPL 07 Inneres	Mindereinnahmen bei der Polizei, Stadtamt/Bürgerservice	0,884 Mio. €
	Mehrausgaben Polizei, Stadtamt, Sonstige Bereiche	2,756 Mio. €
	Risiko Personalkostenerstattung Polizei Bremerhaven (noch nicht geklärt)	0,440 Mio. €
PPL 41 Jugend und Soziales	Unterhaltung/Kanalsanierung Spielplätze	0,400 Mio. €
PPL 68 Umwelt, Bau und Verkehr	Mindereinnahmen Baugebühren, GeoInformation	0,800 Mio. €
	erwartetes Defizit Umweltbetrieb Bremen	1,300 Mio. €
	Mindereinnahmen bei den	3,600 Mio. €
	Werberechtekonzessionen	
PPL 92 Allgemeine Finanzen	Mindereinnahme Gewinne Hafenbetriebe	10,000 Mio. €

Die Bedarfe sind im Rahmen dezentraler Ressourcenverantwortung innerhalb des entsprechenden Produktplanbudgets bzw. Senatoren-/Senatorinnenbudgets zu lösen.

Der Senator für Inneres und Sport weist darauf hin, dass der Haushalt des Produktplans 07, Inneres geprägt ist von der Finanzierung Geschäftsbetriebes der personalintensiven Dienststellen Polizei, Stadtamt, Feuerwehr, Statistisches Landesamt und senatorische Behörde mit rd. 3.500 VZE insgesamt. Neben den im Wesentlichen im laufenden Geschäft bedingten und somit nicht variablen Ausgaben zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes mit rd. 31,5 Mio. € Ausgabeanschlag in 2014, sind rd. 55 % des konsumtiven Ausgabeanschlages für die Personal- und Sachkostenerstattung der Polizei Bremerhaven in Höhe von 37,8 Mio. € vorgesehen. Darüber hinaus enthält der Produktplan Inneres keine Zuweisungen an Dritte. Ein in solchen Positionen zumindest grundsätzlich gegebenes Potential für Einsparungen steht somit nicht aktualisierte Ende Oktober wird eine zur Verfügung. Prognose voraussichtlichen Mehrausgaben und Mindereinnahmen unter Berücksichtigung der möglichen Eigenanstrengungen abgegeben.

Im Produktplan 68 Umwelt, Bau und Verkehr werden – wie bereits im Vorjahr - aufgrund eines Rechtsstreits mit dem Konzessionsnehmer Mindereinnahmen in diesem Haushaltsjahr entstehen. Der nicht zu erreichende Einnahmeanschlag soll - in Erwartung eines Ausgleichs nach Beendigung des Rechtsstreits - als Verlust vorgetragen werden. Zwecks Einhaltung des eckwertrelevanten Finanzierungssaldos ist dennoch ein entsprechender Liquiditätsausgleich vorzunehmen. Dieser soll durch die erwarteten Zinsminderausgaben realisiert werden.

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen hat zwar in seinem

Controllingbericht zu Produktplan 71 Wirtschaft ausgeführt, dass sich infolge noch nicht abgeschlossener Vorhabenprüfungen des EFRE-Programms 2007-2013 Mindereinnahmen ergeben könnten. Derzeit sind im Ressort keine quantifizierbaren Risiken bekannt.

Im Falle der Mindereinnahme bei den Beteiligungsgewinnen ist darauf hinzuweisen, dass diese lediglich aufgrund von Sonderabschreibungen bei der BLG in diesem Haushaltsjahr nicht realisiert werden kann. Es wird erwartet, dass diese Einnahmeerwartung in künftigen Jahren nachgeholt werden kann. Insofern wird vorgeschlagen, in diesem Haushaltsjahr nicht benötigte Liquidität im Sondervermögen Hafen aufgrund der zeitlichen Streckung der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Offshore Terminal Bremerhaven heranzuziehen. Diese Lösung setzt voraus, dass die Projektlaufzeit um ein Jahr verlängert wird und diese Mittel im Jahr 2019 wieder aus dem Gesamthaushalt bereitgestellt werden. Der Betrag von 10,000 Mio. € ist daher für das Jahr 2019 in die Liste der Vorbelastungen aufzunehmen.

• investiver Bedarf 6,064 Mio. €

Zur Auflösung der globalen investiven Minderausgabe (4,764 Mio. €) und der notwendigen Investitionsbedarfe zur Unterbringung von Flüchtlingen in Höhe von 1,300 Mio. € wird vorgeschlagen, in diesem Jahr nicht benötigte Anschlagsmittel zu verwenden:

Im Produktplan 12 Sport sind die veranschlagten Investitionsmittel für die Bremer Bäder GmbH in Höhe von 3,300 Mio. € gesperrt. Aufgrund der noch nicht abschließend erfolgten Planung der Bäder-Investitionsmaßnahmen und unter Berücksichtigung einer beabsichtigten produktplaninternen Liquiditätsnutzung steht noch ein Betrag von 2,800 Mio. € zur Verfügung. Das Ressort beabsichtigt, diese Mittel im Rahmen der investiven Liquiditätssteuerung anzumelden und somit eine "liquide" Resteübertragung zu erreichen (vgl. Meldung zu investiven Minderausgaben). Diese Mittel könnten zur Deckung des Finanzierungsbedarfs bzw. zur Teilauflösung der Minderausgabe herangezogen werden.

Entsprechendes gilt im Produktplan 22 Kultur: Dort stehen gesperrte Investitionsmittel für die Erweiterung/Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums aufgrund der noch nicht abschließend erfolgten Planung der Maßnahme zur Verfügung. Das Ressort hat diese Anschlagsliquidität bereits teilweise anderweitig eingesetzt. Dennoch könnte ein Betrag in Höhe von 3,264 Mio. € zur Auflösung der Minderausgabe eingesetzt werden.

Da diese Mittel - im Falle der Bädermittel vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses des Senats - voraussichtlich zu einem späteren Zeitpunkt zur Ausfinanzierung der genannten Maßnahmen benötigt werden, schlägt die Senatorin für Finanzen vor, die eingesetzten Beträge als Vorbelastung für das Haushaltsjahr 2016 einzuplanen und sie in die Liste der Vorbelastungen aufzunehmen.

In Anbetracht dieser Möglichkeiten kann auf eine investive Umlage auf alle Ressorts verzichtet werden. Auf eine haushaltsrechtliche Absicherung der Maßnahmen (Verpflichtungsermächtigung) kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt verzichtet werden, da aufgrund der Sperre der Haushaltsmittel bisher keine entsprechende Verpflichtungen Dritten gegenüber eingegangen wurden.

Das vorgeschlagene Lösungskonzept wird zusätzlich in Anlage 4 veranschaulicht. Die vorgeschlagenen Finanzierungsstränge des Lösungskonzepts können einschließlich der Aufteilung auf den Landes- und städtischen Haushalt der Anlage 5 entnommen werden.

Da es sich bei den Haushaltsrisiken um Schätzungen handelt, bleibt abzuwarten, ob insbesondere die zentral aus Zinsminderausgaben zur Verfügung gestellten Mittel von insgesamt 64,365 Mio. € zum Ende diesen Jahres tatsächlich auch in voller Höhe benötigt werden oder ob ein Ausgleich im weiteren Haushaltsvollzug gegebenenfalls doch noch an anderer Stelle des jeweiligen Senatoren-/Senatorinnenbudgets möglich sein wird. Insofern stehen alle vorgeschlagenen zentralen Finanzierungen unter dem Vorbehalt der späteren Überprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses.

Die Ressorts, denen entsprechende zentrale Mittel zur Verfügung gestellt wurden, dürfen im Rahmen des Jahresabschlusses keine Reste und Rücklagen mit Ausnahme zweckgebundener (nur bei Zweckbindung im engeren Sinne) oder rechtlich verpflichteter Mittel bilden.

II. Finanzierungssaldo

Die von den Ressorts im August vorgenommene Einschätzung zum Jahresergebnis ist mit erheblichen Unsicherheiten versehen. Zwar führen die Ressorteinschätzungen zu einer Überschreitung des eckwertrelevanten Finanzierungssaldos in Höhe von rd. 97,000 Mio. €, allerdings werden die gemäß dem Lösungskonzept einzusetzenden Zinsminderausgaben diese Überschreitung um 64,365 Mio. € reduzieren. Darüber hinaus wird in Höhe der bisher erwarteten Mindereinnahme von 10,000 Mio. € ein entsprechender Ausgleich geschaffen. Allein durch diese Maßnahmen wird die Überschreitung auf rd. 22,635 Mio. € sinken. Außerdem wird die vom Senat beabsichtigte Inanspruchnahme der konsumtiven Planungsreserve in Höhe von 9,000 Mio. € zu einer Reduzierung der Ausgabeerwartung beitragen.

Das Lösungskonzept sieht lediglich in Höhe von 4,300 Mio. € Rücklageninanspruchnahmen bzw. die Bildung eines Verlustvortrags vor, die im Gesamthaushalt auszugleichen wären. Die Senatorin für Finanzen schlägt auch an dieser Stelle vor, in entsprechender Höhe die Liquidität von Zinsminderausgaben einzusetzen. Im Übrigen gehen einige Ressorts noch von erheblichen Mittelabflüssen im weiteren Jahresverlauf aus:

In den Produktplänen 31 Arbeit und 68 Umwelt, Bau und Verkehr würde aufgrund von erwarteten Reste-/Rücklageninanspruchnahmen der zulässige Finanzierungssaldo erheblich überschritten.

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen geht davon aus, dass die Liquidität aus

den in diesem Haushaltsjahr erwarteten EU-Mehreinnahmen, die zur Deckung des Verlustvortrages einzusetzen sind, vom Produktplan verwendet werden kann. Der Senat hat jedoch in seiner Sitzung am 5. August 2014 beschlossen, dass die aus EU-Mehreinnahmen resultierende Liquiditätsverbesserung zum Ausgleich des bestehenden Verlustvortrages heranzuziehen ist. Eine Klärung des Sachverhalts, insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit dieser Liquiditätsforderungen, wird voraussichtlich mit dem August-Controlling erfolgen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr weist in seinem Controllingbericht auf ein installiertes Liquiditätsmonitoring hin. Eine gesicherte Prognose sei allerdings für das Jahresende zum Zeitpunkt der Berichterstattung (August 2014) noch nicht möglich gewesen. Ferner ist davon auszugehen, dass in einigen Fällen Ausgaben in Erwartung der investiven Liquiditätssteuerung eingeplant wurden, die unter anderen Umständen zu einer Restebildung führen würden.

Da die Erwartungen der Ressorts zum Mittelabfluss aus heutiger Sicht als überzeichnet angesehen werden können und die Beschlüsse zur investiven Liquiditätssteuerung zum Jahresende ohnehin durch die Senatorin für Finanzen vorzubereiten sind, erscheint eine mit dieser Vorlage verbundene Entscheidung zu Steuerungsmaßnahmen zur Einhaltung des Finanzierungssaldos verfrüht. Es wird daher vorgeschlagen, einerseits die noch ausstehenden Ergebnisse der Klärung mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und andererseits das August bzw. September-Controlling abzuwarten und erst auf dieser Basis eine Entscheidung zu treffen.

III. Weitere Regelungen

Die vom Senat in seiner Sitzung am 8. Juli 2014 beschlossenen Bewirtschaftungsmaßnahmen gelten bis zum Ende des Haushaltsjahres weiter. Produktpläne, die den aus der Inanspruchnahme der konsumtiven Planungsreserve entstehenden Einsparbetrag vollständig (haushaltsstellenscharf) nachgewiesen haben, sind von den Bewirtschaftungsmaßnahmen auszunehmen. Dies schließt eine Beendigung des Einstellungsstopps für diese Ressorts ein. Die Ressorts sind gehalten, vorrangig Mittel einzusetzen, die aufgrund der Bewirtschaftungsmaßnahmen frei geworden sind und Drittwirkungen möglichst zu vermeiden.

Ferner ist darauf hinzuweisen, dass eine Anpassung der Beamtenbesoldung eine strukturelle Niveauerhöhung bei den Personalausgaben zur Folge hätte. Der zu erwartende Umfang ist nicht durch erhöhten Personalabbau vollständig zu erwirtschaften. Neben der Finanzierung für 2015 ist ggf. auch eine entsprechende Anpassung im zukünftigen Finanzrahmen vorzunehmen. Für die erwarteten Mehrausgaben des Jahres 2015 werden ebenfalls Zinsminderausgaben herangezogen. Langfristig werden die durch die Besoldungsanpassung verursachten strukturell wirksamen Mehrausgaben in der Finanzplanung ab 2016 berücksichtigt werden. Der Senat wird dem Haushalts- und Finanzausschuss zu seiner Sitzung im Februar 2015 die entsprechenden Nachbewilligungsanträge im Zusammenhang mit Finanzierung der besoldungsbedingten Personalmehrausgaben für das Haushaltsjahr 2015 vorlegen. Zur Deckung sollen die Zinsminderausgaben

herangezogen werden, wobei bereits jetzt darauf hinzuweisen ist, dass die Zinsminderausgaben aufgrund der in diesem Jahr in geringerem Umfang getätigten Zinssicherungsgeschäfte im Haushaltsjahr 2015 geringer ausfallen werden.

Die Ressorts, die die Fortschreibung struktureller Risiken auch in das Haushaltsjahr 2015 erwarten, werden gebeten, bereits unmittelbar zu Jahresbeginn 2015 dezentrale Bewirtschaftungsmaßnahmen zu erlassen. Diese sind der Senatorin für Finanzen nachrichtlich zuzusenden.

C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Ausgehend vom beschlossenen Haushalt 2014 ergeben sich auf Basis dieses Lösungskonzepts - isoliert betrachtet ohne im Haushaltsvollzug an anderer Stelle entstehende gegenläufige Effekte - die folgenden Veränderungen bei den Ausgabe-Steigerungsraten:

	Haushaltsplan 2014 (ohne Sondereffekt Rekommunalisierung Netze)	Haushalt 2014 (einschl. Lösungskonzept)
Bereinigte Ausgaben	-0,3 %	+0,3 %
Primärausgaben	-0,5 %	+1,8 %

Die Einhaltung des Finanzierungssaldos wird durch das Lösungskonzept lediglich unwesentlich verändert, da die Mehrausgaben im Wesentlichen durch die Zinsminderausgaben ausgeglichen werden.

Mit der Vorlage sind keine genderbezogenen Auswirkungen verbunden.

Der Senat beabsichtigt, die o.a. Budgetrisiken im Vollzug der Haushalte 2014 durch entsprechende Nachbewilligungen / Einsparungen zu lösen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die zugrunde gelegten Controllingberichte wurden von den Ressorts erstellt. Die Kommentare der Senatorin für Finanzen wurden mit den Ressorts erörtert.

Der Vorschlag zur Heranziehung von Mitteln aus dem Sondervermögen Hafen in Höhe von 10 Mio. € wurde mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen abgestimmt.

Die Vorlage wurde mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet.

G. Beschluss

- 1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 26. September 2014 den vorgeschlagenen Lösungskonzept für die verbliebenen Haushaltsrisiken (einschl. der investiven Finanzierungsbedarfe) im Haushaltsjahr 2014 zu und bittet die Senatorin für Finanzen, dieses an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) weiterzuleiten. Zudem bittet der Senat die Senatorin für Finanzen, den Stabilitätsrat über die Inhalte des Lösungskonzepts zu informieren.
- 2. Der Senat legt die auf die Produktpläne entfallenden Anteile aus der Inanspruchnahme der konsumtiven Planungsreserve in Höhe eines Betrags von 9,0 Mio. € gem. der nachfolgenden Tabelle fest:

Produktplan	Kürzungsbetrag in EURO
01 Bürgerschaft	79.000
02 Rechnungshof	7.000
03 Senat und Senatskanzlei	85.000
05 Bevollmächtigter beim Bund	66.000
06 Datenschutz	3.000
07 Inneres	-
08 ZGF	7.000
09 Staatsgerichtshof	1.000
11 Justiz und Verfassung	399.000
12 Sport	278.000
21 Bildung (ohne Assistenzleistungen)	1.269.000
22 Kultur	479.000
24 Hochschulen und Forschung	1.601.000
31 Arbeit	99.000
41 Jugend und Soziales (ohne Sozialleistungen)	698.000
51 Gesundheit	192.000
68 Bau, Umwelt und Verkehr	2.100.000
71 Wirtschaft	419.000
81 Häfen	439.000
91 Finanzen/Personal	250.000
92 Allgemeine Finanzen	171.000
93 Zentrale Finanzen	109.000
96 IT-Ausgaben der FHB	249.000

Der Senat bittet die Ressorts, der Senatorin für Finanzen die Kürzungsbeträge - soweit erforderlich mit Zustimmung der Fachdeputation - im Bereich der konsumtiven Einnahmen oder Ausgaben oder der Personal- und investiven

- Ausgaben haushaltsstellengerecht bis zum 17. Oktober 2014 nachzuweisen. Sollte die Zustimmung der Fachdeputation ausstehen, kann diese noch bis zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 14. November 2014 nachgeholt werden.
- 3. Der Senat stimmt zu, dass die Bewirtschaftungsmaßnahmen für die Produktpläne, die den aus der Inanspruchnahme der konsumtiven Planungsreserve entstehenden Einsparbetrag vollständig nachgewiesen (haushaltsstellenscharf) bzw. die Einhaltung der Ressorteckwerte plausibel gemacht haben, aufgehoben werden. Dieser Beschluss bedeutet auch eine Beendigung des Einstellungsstopps für die entsprechenden Produktpläne.
- 4. Der Senat stellt fest, dass die Bedingungen für die Aufhebung der Sperre im Bereich der Polizei durch das dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegte Zielzahlkonzept erfüllt sind und bittet den Haushalts-und Finanzausschuss, die Sperre bei der Haushaltsstelle 0034/422 11-7 aufzuheben.
- 5. Der Senat stimmt der Verwendung der im Produktplan 12 Sport gesperrten Investitionsmittel für die Bremer Bäder GmbH aufgrund der noch nicht abschließend erfolgten Planung der Bäder-Investitionsmaßnahmen in Höhe von 2,800 Mio. € und der im Produktplan 22 Kultur gesperrten Investitionsmittel für die Erweiterung/Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums aufgrund der noch nicht abschließend erfolgten Planung der Maßnahme in Höhe von 3,264 Mio. € zu. Er bittet die Senatorin für Finanzen, diese Beträge als Vorbelastung für das Haushaltsjahr 2016 einzuplanen.
- 6. Der Senat stimmt der Inanspruchnahme der im Sondervermögen Hafen gebildeten Rücklage zur Finanzierung des Offshore-Terminals Bremerhaven in Höhe eines Betrages von 10,000 Mio. € zum Ausgleich der Mindereinnahme bei den Gewinnen aus Beteiligungen zu. Er bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Betrag als Vorbelastung für das Haushaltsjahr 2019 einzuplanen.
- 7. Der Senat bittet den Senator für Inneres und Sport für den Produktplan 07 Inneres, die Senatorin für Bildung und Wissenschaft für den Produktplan 21 Bildung, die Senatorin für Kinder, Soziales, Jugend und Frauen für den Produktplan 41 Jugend und Soziales die zur Deckung der erwarteten Mehrausgaben erforderlichen Nachbewilligungsanträge bzw. Anträge auf Aufhebung der Sperre einschl. ggfs. aktualisierter Mengengerüste etc., soweit diese Bestandteil des (zentralen) Lösungskonzepts sind, bis zum 17. Oktober 2014 der Senatorin für Finanzen vorzulegen. Bereits ergriffene Maßnahmen zur Reduzierung der erwarteten Budget-/Finanzierungssaldenrisiken sind fortzuführen und ggf. neue Möglichkeiten zu ergreifen. Soweit sich zwischenzeitlich ein geringerer Bedarf ergeben hat bzw. noch bis zum Jahresende ergeben wird, wird dieser Grundlage des beschlossenen Lösungskonzepts (vgl. Beschluss Nr. 1).
- 8. Der Senat beschließt, dass die Ressorts, die zur Deckung ihrer konsumtiven Budgetrisiken im Rahmen des Lösungskonzepts (zentrale) Deckungsmittel erhalten, im Rahmen des Jahresabschlusses bis zur Höhe der erhaltenen Mittel keine Reste und Rücklagen (unabhängig davon, ob es sich um konsumtive oder investive Reste, Rücklagen etc. handelt) bilden dürfen (zweckgebundene oder rechtlich verpflichtete Mittel ausgenommen).
- 9. Der Senat bittet die Senatskanzlei, den Senator für Inneres und Sport, die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sowie den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen für den Produktplan

- a) 03 Senat/Senatskanzlei in Höhe von 0,315 Mio. €,
- b) 07 Inneres in Höhe von 5,125 Mio. €,
- c) 41 Jugend und Soziales in Höhe von 1,150 Mio. €,
- d) 68 Umwelt, Bau und Verkehr in Höhe von 2,100 Mio. € und
- e) 81 Häfen in Höhe von 0,300 Mio. €

im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung sämtliche Anstrengungen zum Ausgleich der im jeweiligen Ressorthaushalt zu lösenden Budgetrisiken zu ergreifen und vor Leistung von Mehrausgaben die ggf. notwendigen haushaltsrechtlichen Beschlüsse zu erwirken.

10. Im Falle sich in das Haushaltsjahr 2015 fortschreibender Budgetrisiken bittet der Senat die betroffenen Ressorts, unverzüglich zu Beginn des Haushaltsvollzugs 2015 dezentrale Bewirtschaftungsmaßnahmen zu erlassen.

Beschluss des Senats

vom 05.08.2014

4326.) Haushaltsrisiken 2014 Analyse der Budgetrisiken sowie mögliche Lösungsansätze (Vorlage 1649/18)

Beschluss:

- Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1649/18 die aktuellen Einschätzungen der Ressorts (Basis Controllingbericht Produktgruppenhaushalt 01-05/2014) zur Einhaltung des Budgets und des zulässigen eckwertrelevanten Finanzierungssaldos zur Kenntnis.
- 2. Der Senat weist in Anbetracht der erwarteten Budgetrisiken darauf hin, dass die Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 der Haushaltsgesetze unerlässlich sein wird. Er bittet daher die Ressorts, die veranschlagten Mittel nicht vollständig zu verausgaben bzw. zu verpflichten. Er geht davon aus, dass die in der Sitzung am 8. Juli 2014 beschlossenen Bewirtschaftungsmaßnahmen die Möglichkeiten zur Vorhaltung dieser Beträge erhöhen werden. Aufgrund der notwendigen Auflösung der globalen Minderausgabe gilt dies auch für die investiven Mittel.
- Der Senat bittet die Ressorts, im Rahmen des zum 29. August 2014 abzugebenden Controllingberichts Produktgruppenhaushalt Januar bis Juni 2014 eine möglichst realistische Einschätzung des voraussichtlichen Jahresergebnisses vorzunehmen.
- 4. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, dem Senat bis zum 30. September 2014
 - a) detailliert und nachvollziehbar über die finanziellen
 Auswirkungen, die aus der Umstellung des Zahlungsverkehrs bei den ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung (SGB VIII)

resultieren, zu berichten (einschl. Darstellung von Basis- bzw. Folgeeffekten für künftige Haushaltsjahre).

- b) über den Stand der Umsetzung des Beschlusses der Jugend und Familienministerkonferenz vom 22./23. Mai 2014 zur Änderung der Kostenerstattung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu berichten und eine Strategie zur Beschleunigung einer Lösung auf Bundesebene (Bundesrat, Ministerpräsidentenkonferenz Finanzministerkonferenz, Innenminister-konferenz) zu entwickeln.
- c) das Ergebnis einer Prüfung, ob und welche Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen außerhalb Bremens bestehen, vorzulegen (einschl. notwendiger Verfahrensschritte).
- d) detailliert zur Entwicklung der Eingliederungshilfe insgesamt (einschl. Leistungsdichte und Leistungshöhe) sowie zu den Steuerungsmöglichkeiten zu berichten. Der Bericht soll auch Aussagen über die Zahl und das Maß stationärer Hilfen zur Erziehung für Jugendliche über das 18. Lebensjahr hinaus enthalten sowie aufzeigen, ob es möglich ist, andere Kostenträger heranzuziehen.
- e) ein konkretes Konzept (Stufenplan) hinsichtlich der gesamtstädtischen Umsetzung des Ressortprojekts "Erziehungshilfe, Soziale Prävention und Quartiersentwicklung (ESPQ)" einschließlich der finanziellen Auswirkungen zur Beschlussfassung vorzulegen.
- Der Senat bittet den Senator für Inneres und Sport, dem Senat bis zum 30. September 2014
 - a) detailliert über die bisherige haushaltsmäßige Durchführung des gebührenfinanzierten Rettungsdienstes sowie über die Möglichkeiten eines haushaltsjahresübergreifenden

Finanzierungssystems zum Zwecke des Ausgleichs von Unter-/Überdeckungen inklusive einer Refinanzierung der im Rettungsdienst tätigen Beschäftigten der Feuerwehr Bremen zu berichten.

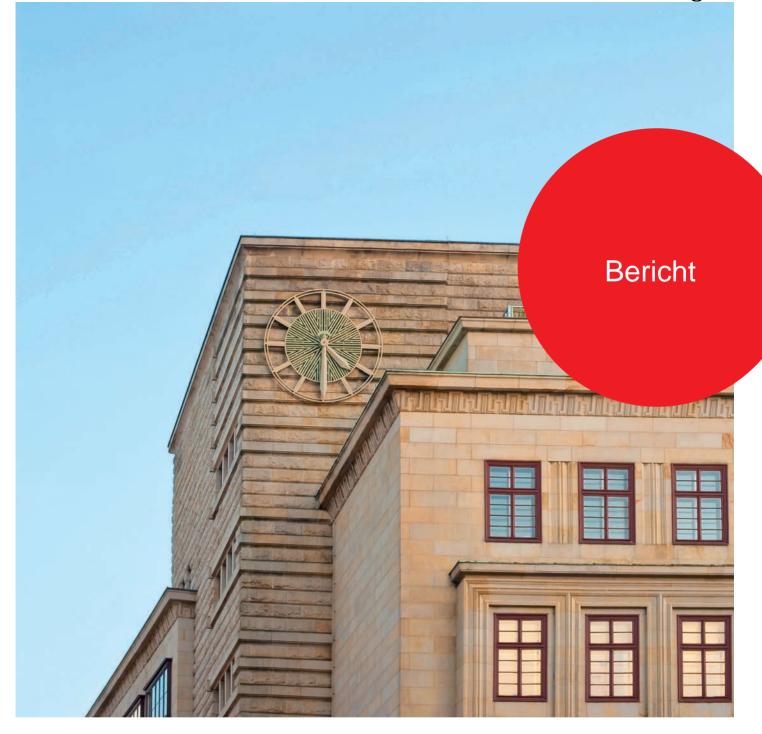
- ein Konzept zum Ausgleich der Risiken im Personalhaushalt des Produktplans 07 Inneres vorzulegen.
- c) über die Entwicklung der Einnahmen im Bereich der Verwarnungsgelder und Gebühren einschl. der Darstellung bereits ergriffener oder beabsichtigter Steuerungsmaßnahmen zu berichten.
- 6. Der Senat bittet die Senatorin für Bildung und Wissenschaft und die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, dem Senat einen abschließenden Bericht zu den Assistenzleistungen bis zum 31. Oktober 2014 u.a. zum neuen System der Hilfegewährung, zur Ausgestaltung des Verfahrens, zum Stand der Verhandlungen mit den Krankenkassen und Steuerungsmaßnahmen vorzulegen.
- 7. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen und die Senatskanzlei, bis zum 31. Dezember 2014 eine Nachfolgelösung für die Stiftung Wohnliche Stadt insbesondere hinsichtlich der (Mit-)Finanzierung städtischer Vorhaben vor dem Hintergrund des künftigen Umgangs mit den Impulsmitteln, den wegbrechenden Spielbankabgaben und den daraus resultierenden verminderten Finanzierungsmöglichkeiten zu skizzieren.
- 8. Der Senat bittet die Ressorts, die Budget- bzw. Finanzierungssaldenrisiken erwarten, sämtliche Möglichkeiten zur Reduzierung der von ihnen erwarteten Risiken - auch im Falle von Mehrbedarfen bei gesetzlichen Leistungen - zu nutzen. Mit dem in Nr. 3 erbetenen Controllingbericht sind die Mehrbedarfe mit gesondertem Schreiben getrennt nach Landes-und/oder städtischem Haushalt durch Mengengerüste nachzuweisen.

Außerdem ist - sofern nicht im Sinne der Beschlussvorschläge zu Nrn. 4 und 5 gesondert hierüber berichtet wird - über den Stand der Entwicklung bzw. Umsetzung notwendiger Gegensteuerungsmaßnahmen zu berichten.

Gesonderter Schwerpunkt dieser Maßnahmen muss auch die Absenkung der Standards sein, über die konkret im Rahmen des Programms "Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung" zu berichten ist.

- 9. Der Senat geht davon aus, dass die aus EU-Mehreinnahmen resultierende Liquiditätsverbesserung zum Ausgleich des bestehenden Verlustvortrags heranzuziehen ist.
- 10. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, zur Sitzung des Senats am 30. September 2014 mit dem Controllingbericht Produktgruppenhaushalt 01-06/2014 ein Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 sowie einen Verfahrensvorschlag für die haushaltsmäßige Umsetzung vorzulegen.

Anlage 2



Die Senatorin für Finanzen

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - Juni 2014



Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar – Juni 2014

Impressum

Die Senatorin für Finanzen Rudolf-Hilferding-Platz 1 28195 Bremen

Telefon: (0421) 361-10191 Fax: (0421) 361-2965

Mail: office@finanzen.bremen.de

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:

Referat 21, Andreas Fehren, Vanessa Bacher

Telefon: (0421) 361-2656, -15516 Fax: (0421) 496-2656, -15516

Mail: andreas.fehren@finanzen.bremen.de vanessa.bacher@finanzen.bremen.de

Referat 32, Torsten Markwort Telefon: (0421) 361-16703 Fax: (0421) 496-16703

Mail: torsten.markwort@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung: Druckerei der Senatorin für Finanzen Rudolf-Hilferding-Platz 1 28195 Bremen

erschienen im September 2014

Controllingbericht Teil I

Inhaltsverzeichnis

Produktplanberichte der Ressorts

Produktplan 01	Seite	3
Produktplan 02	Seite	6
Produktplan 03	Seite	10
Produktplan 05	Seite	16
Produktplan 06	Seite	21
Produktplan 07	Seite	25
Produktplan 08	Seite	35
Produktplan 09	Seite	39
Produktplan 11	Seite	43
Produktplan 12	Seite	54
Produktplan 21	Seite	61
Produktplan 22	Seite	64
Produktplan 24	Seite	71
Produktplan 31	Seite	74
Produktplan 41	Seite	79
Produktplan 51	Seite	87
Produktplan 68	Seite	92
Produktplan 71	Seite	97
Produktplan 81	Seite	102
Produktplan 91	Seite	107
Produktplan 92	Seite	111
Produktplan 93	Seite	115
Produktplan 96	Seite	118
Querschnittsbetrachtungen		
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	Seite	121
Testate/globale Minderausgaben	Seite	125
investive Minderausgaben	Seite	126

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.09.2014

PRODUKTPLAN 01	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung			
Bürgerschaft	Nicht erreicht erreicht			
	Finanzen			
	Personal:		\boxtimes	
	Leistungen:		\boxtimes	
Kommentar:		<u>I</u>		

Kommentar

Finanzdaten

Voraussichtliches Jahresergebnis (Budgeteinhaltung)

Das Budget wird im Saldo (vor. HH-Soll/ vor. IST) um rd. 2,1 Mio. € unterschritten. Dies resultiert überwiegend aus der Nichtinanspruchnahme von Resten und Nichtbesetzung von Dienstposten.

Einhaltung des Finanzierungssaldos

Der Finanzierungssaldo wird voraussichtlich um 750 Tsd. € überschritten. Dies resultiert u.a. aus zusätzlichen Kosten in Höhe von rd. 0,330 Mio. € für die Durchführung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Untersuchung von Kostensteigerungen, Bauzeitverzögerungen, Planungsfehlern und Baumängeln beim Teilersatzneubau am Klinikum Mitte sowie rd. 0,220 Mio. € für Personalmittel zur Durchführung des PUA.

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Zielzahlen werden voraussichtlich deutlich unterschritten.

Das Haushaltssoll ist um im Juli nachbewilligte Mittel in Höhe von 220 Tsd. € für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Krankenhausneubau" angehoben worden. Die Deckung erfolgt durch eine Entnahme aus der Budgetrücklage von Produktplan 01. Die Liquidität soll von der Senatorin für Finanzen sichergestellt werden.

Leistungsdaten

Die gebildeten Leistungskennzahlen werden eingehalten.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Die Bürgerschaftsverwaltung weist darauf hin, dass sie zur Darstellung des Mehrbedarfs aufgrund des PUA auf die allgemeine Budgetrücklage zurückgreifen muss. Die Senatorin für Finanzen hat zugesagt, die Liquidität im Rahmen der Gesamtsteuerung des Haushalts zu gewährleisten.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan:01Controlling 01-06/14Bürgerschaft01.09.2014Verantwortlich:Präs. WeberVersion: 86Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale	Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014		
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	55	46	9	19,0	98	98	92	-6	92
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	55	46	9	19,0	98	98	92	-6	92
Personalausgaben	5.816	6.054	-238	-3,9	12.217	12.437	12.257	-180	12.193
konsumtive Ausgaben	3.992	3.876	116	3,0	9.975	10.269	8.425	-1.844	7.749
Zinsausgaben	33	34	-1	-3,7	67	67	67	0	67
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	169	223	-54	-24,2	497	497	445	-52	445
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	10.011	10.187	-176	-1,7	22.756	23.270	21.194	-2.076	20.455
Saldo	-9.956	-10.141	185	-1,8	-22.659	-23.172	-21.102	2.070	-20.363

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr							
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2017	2018ff				
ermachtigungen	Tsd. EUR							
- konsumtiv	0	0	0	0	0			
- investiv	0	0	0	0	0			
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0			

Budgetrück-	Stand des				
lagenbestand	Verlustvortr .				
Tsd. EUR					
2.167	0				

Personaldaten	Juni 2014			kumuli	kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
1 et sonaiuaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
					Tsd. EUR					
Kernbereich	247	255	-8	1.457	1.532	-75	3.025	3.177	-152	
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zwischensumme	247	255	-8	1.457	1.532	-75	3.025	3.177	-152	
Refinanzierte	0	0	0	0	2	-2	0	3	-3	
Nebentitel	723	723	0	4.359	4.520	-161	8.725	9.037	-312	
Insgesamt	970	978	-8	5.816	6.054	-238	11.750	12,217	-467	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	4	4	0	34	24	10	43	43	0	
		-	•	Volumen (Tei	lzeit umgerechn	net in Vollzeit)		•		
Kernbereich	54,2	57,7	-3,5	54,2	58,0	-3,8	54,2	57,6	-3,4	
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Zusammen	54,2	57,7	-3,5	54,2	58,0	-3,8	54,2	57,6	-3,4	
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	1	-	0,0	-	-	
Abwesende	3,5	-	-	3,6	-	-	3,6	-	-	

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
i ersonaisti aixtai	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%	
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,4	22,5	4,5
Beschäftigte über 55 Jahre	27,9	17,5	23,9
Frauenquote	72,1	50,0	71,6
Teilzeitquote	44,1	35,0	41,8
Schwerbehindertenquote	12,3	6,0	13,9

Produktplan: Bürgerschaft	01	Controlling 01-06/14 01.09.2014	
Verantwortlich:	Präs. Weber	Version: 86	Seite 2

3. Analyse/Bewertung

Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen werden voraussichtlich erbracht.

Finanzdaten

Bei den konsumtiven Ausgaben wird das HH- Soll voraussichtlich eingehalten. Die Erhöhung des HH- Soll und des voraussichtlichen IST resultiert aus nachbewilligten Mitteln zur Durchführung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Untersuchung von Kostensteigerungen, Bauzeitenverzögerungen, Planungsfehlern und Baumängeln beim Teilersatzneubau am Klinikum Mitte". Die Nachbewilligung erfolgt aus der allgemeinen Budgetrücklage der Bürgerschaftskanzlei. Es werden für das Haushaltsjahr 2014 konsumtive Mittel in Höhe von 326 Tsd. Euro zur Durchführung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses entnommen. Die Senatorin für Finanzen hat zugesichert, die Liquidität sicherzustellen.

Die Minderausgabe von rd. 31 Tsd. Euro ist im voraussichtlichen Haushaltssoll berücksichtigt.

Personaldaten

Bei den Personalausgaben wird das HH- Soll voraussichtlich eingehalten. Die Erhöhung des HH- Soll und des voraussichtlichen IST resultiert aus nachbewilligten Mitteln zur Durchführung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Untersuchung von Kostensteigerungen, Bauzeitenverzögerungen, Planungsfehlern und Baumängeln beim Teilersatzneubau am Klinikum Mitte". Die Nachbewilligung erfolgt aus der allgemeinen Budgetrücklage der Bürgerschaftskanzlei. Es werden für das Haushaltsjahr 2014 Personalmittel in Höhe von 220 Tsd. Euro zur Durchführung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses entnommen. Die Senatorin für Finanzen hat zugesichert, die Liquidität sicherzustellen.

Die Veränderungen bei den zentralen Tarifmitteln sind im voraussichtlichen HH- Soll umgesetzt.

Zinsausgaben

Die Zinsausgaben werden voraussichtlich eingehalten.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben werden voraussichtlich eingehalten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 02.09.2014

PRODUKTPLAN 02		schätzung erreichung	
Rechnungshof		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen		\boxtimes
	Personal:		\boxtimes
	Leistungen:		
Kommentar:			
Finanzdaten Das Budget wird im Saldo (HH-Soll/vorauss. IST) um resultiert im Wesentlichen aus der Nicht-Inanspruchnator Der Finanzierungssaldo wird um rd. 0,3 Mio. € untersolo Personaldaten Die Personalausgaben und die Zielzahlen werden vor Leistungsdaten Die Leistungskennzahlen werden eingehalten.	ahme von Rester	n aus den V it eingehalte	orjahren.
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag: Kein Handlungsbedarf.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan:
Rechnungshof02Controlling 01-06/14
01.09.2014Verantwortlich:Präs. SokolVersion: 86Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale	Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014		
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert-	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tso	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	2		-0	-17,4	3	3	3	0	3
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	2	2	-0	-17,4	3	3	3	0	3
Personalausgaben	1.166	1.608	-442	-27,5	3.219	3.219	2.371	-848	2.692
konsumtive Ausgaben	166	181	-15	-8,4	499	499	325	-174	325
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	0	0	0,0	89	89	12	-77	12
relevante Verrech./Erstatt.	1	1	-0	-37,0	2	2	2	0	2
Gesamtausgaben	1.332	1.790	-458	-25,6	3.809	3.809	2.710	-1.099	3.030
Saldo	-1.330	-1.788	458	-25,6	-3.806	-3.806	-2.707	1.099	-3.027

Vamflightungs	Abdeckung im Jahr					
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff	
ermachtigungen			Tsd. EUR			
- konsumtiv	0	0	0	0	0	
- investiv	0	0	0	0	0	
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	

Budgetrück-	Stand des
lagenbestand	Verlustvortr .
Tsd.	EUR
872	0

	Juni 2014		kumuli	ert Januar - Ju	ni 2014	voraussichtl. Jahresergebnis		
Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
			,	Tsd. EUR				
187	212	-25	1.106	1.281	-175	2.249	2.566	-317
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
187	212	-25	1.106	1.281	-175	2.249	2.566	-317
0	49	-49	0	284	-284	0	574	-574
4	7	-3	60	43	17	76	80	-4
191	268	-77	1.166	1.608	-442	2.325	3.220	-895
3	7	-4	59	43	16	75	78	-3
<u> </u>			Volumen (Tei	lzeit umgerechn	et in Vollzeit)			
38,3	42,2	-3,9	37,6	42,4	-4,8	37,9	42,1	-4,2
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
38,3	42,2	-3,9	37,6	42,4	-4,8	37,9	42,1	-4,2
0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
	187 0 0 187 0 4 191 3 38,3 0,0 0,0 38,3 0,0	Ist Soll 187 212 0 0 0 0 187 212 0 49 4 7 191 268 3 7 38,3 42,2 0,0 0,0 0,0 0,0 38,3 42,2 0,0 -	Ist Soll Differenz 187 212 -25 0 0 0 0 0 0 187 212 -25 0 49 -49 4 7 -3 191 268 -77 3 7 -4 38,3 42,2 -3,9 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 38,3 42,2 -3,9 0,0 - -	Ist Soll Differenz Ist 187 212 -25 1.106 0 0 0 0 0 0 0 0 187 212 -25 1.106 0 49 -49 0 4 7 -3 60 191 268 -77 1.166 3 7 -4 59 Volumen (Tei 38,3 42,2 -3,9 37,6 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 38,3 42,2 -3,9 37,6 0,0 - - 0,0	Ist Soll Differenz Ist Soll 187 212 -25 1.106 1.281 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 187 212 -25 1.106 1.281 0 49 -49 0 284 4 7 -3 60 43 191 268 -77 1.166 1.608 3 7 -4 59 43 Volumen (Teilzeit umgerecht 38,3 42,2 -3,9 37,6 42,4 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 38,3 42,2 -3,9 37,6 42,4 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 38,3 42,2 -3,9 37,6 42,4 0,0 - -	Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz 187 212 -25 1.106 1.281 -175 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 187 212 -25 1.106 1.281 -175 0 49 -49 0 284 -284 4 7 -3 60 43 17 191 268 -77 1.166 1.608 -442 3 7 -4 59 43 16 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 38,3 42,2 -3,9 37,6 42,4 -4,8 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 38,3 42,2 -3,9 37,6 42,4 -4,8 0,0 0,0 0,0	Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist 187 212 -25 1.106 1.281 -175 2.249 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 187 212 -25 1.106 1.281 -175 2.249 0 49 -49 0 284 -284 0 4 7 -3 60 43 17 76 191 268 -77 1.166 1.608 -442 2.325 3 7 -4 59 43 16 75 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 38,3 42,2 -3,9 37,6 42,4 -4,8 37,9 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0	Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist Soll 187 212 -25 1.106 1.281 -175 2.249 2.566 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 574 4 4

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
i disdimisti ditai	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%	
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,9	22,5	5,1
Beschäftigte über 55 Jahre	26,8	17,5	28,2
Frauenquote	58,5	50,0	56,4
Teilzeitquote	17,1	35,0	18,0
Schwerbehindertenquote	4,9	6,0	5,1

Produktplan: 02	Controlling 01-6/2014
Rechnungshof	08.09.2014
Verantwortlich: Präs. Sokol	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Begleitung der Reformvorhaben und Umsteuerungsprozesse der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsreform

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Rechnungshof wird die Umsetzung des Konsolidierungsprozesses kritisch begleiten.

Reformprozess im Rechnungshof

Sachstand/Analyse/Bewertung

Personalentwicklungsmaßnahmen zur Qualifizierung der Mitarbeiter/innen: gezielte fachliche Weiterbildung, Erhöhung der Mobilität durch zeitlich befristeten Personalaustausch mit Bereichen der Verwaltung.

B. Leistungskennzahlen

		Berichts	zeitraum		2012
	IST	Planwert	IST-Planwert-A	Abweichung*	
Kennzahlen			abs.	%	Planwert
Beschreibung [Einheit]			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Rechnungshof	02	Contr	colling 01-06/14 01.09.2014
Verantwortlich:	Präs. Sokol	Version: 86	Seite 2
Analyse/Bewertung		,	
amerale Finanzdaten			
Die Zielerreichung ist r	icht gefährdet.		
Personaldaten Die Personalmittel wer	den voraussichtlich nicht überschritten.		
nvestive Ausgaben Die investiven Mittel w	erden eingehalten.		
Abweichung voraussich	ntliches HH-Soll und voraussichtliches Ist: Die e übertragener Reste, um den Finanzierungssa	e Abweichungen resultieren aus der Ildo nicht zu überschreiten.	
•			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2014

PRODUKTPLAN 03	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
Senat, Senatskanzlei u. kirchl. Angelegenheiten		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen		\boxtimes
	Personal:		
	Leistungen:		
Kommentar:			

Finanzdaten

Das Budget wird um 0,143 Mio. € überschritten. Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen sowie die Bereitstellung von Liquidität i.H.v. insg. 1,089 Mio. € um 0,002 Mio. € überschritten.

Das Ressort weist darauf hin, dass die Inanspruchnahme der Planungsreserve in voller Höhe aus den konsumtiven Ausgabepositionen ohne Verpflichtungsgrad nicht erbracht werden kann.

Personaldaten

Unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Restfluktuation sowie noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und sollmindernder Verbeamtungseffekte werden Personalmehrausgaben in Höhe von rd. 350 Tsd. € erwartet. Das Ressort prognostiziert unter Berücksichtigung von Personalveränderungen im 2. Halbjahr, Einnahmeverfügungsmitteln und evtl. Minderausgaben bei den Nebentitel zum Jahresende Mehrausgaben in Höhe von 315 Tsd. €.

Das Ressort prüft, ob diese Mehrausgaben durch weitere Refinanzierungen und Einsparungen bei den Nebentiteln verringert werden können.

Um einen ausgeglichen Personalhaushalt zu erreichen, ist ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln erforderlich. Das bedeutet bei Abgängen auf eine Wiederbesetzung der Stellen größtenteils zu verzichten.

Leistungsdaten

Die Leistungsdaten werden im Wesentlichen eingehalten. Es gibt einen deutlichen Rückgang bei den Einwohnerversammlungen/Runden Tischen sowie bei der Anzahl der Sitzungen der Beiratsausschüsse.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Siehe Kommentierung Personaldaten.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan:03Controlling 01-06/14Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.01.09.2014Verantwortlich:Bgm. BöhrnsenVersion: 86Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale	Januar - Juni 2014						Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert-	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	l. EUR	
konsumtive Einnahmen	418	79	339	428,6	379	379	379	0	161
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	418	79	339	428,6	379	379	379	0	161
Personalausgaben	4.015	3.944	71	1,8	8.113	8.113	8.411	298	8.027
konsumtive Ausgaben	2.366	2.268	98	4,3	4.612	4.612	4.785	173	4.552
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	660	1.296	-636	-49,1	3.394	3.394	3.066	-328	2.600
relevante Verrech./Erstatt.	115	0	115	0,0	113	113	113	0	7
Gesamtausgaben	7.156	7.508	-352	-4,7	16.232	16.232	16.375	143	15.185
Saldo	-6.739	-7.429	690	-9,3	-15.853	-15.853	-15.996	-143	-15.024

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff		
ermachtigungen	Tsd. EUR						
- konsumtiv	0	0	0	0	0		
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Budgetrück-	Stand des
lagenbestand	Verlustvortr .
Tsd.	EUR
65	0

Juni 2014			kumulie	kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
				Tsd. EUR					
506	508	-2	2.854	3.053	-199	5.950	6.261	-311	
16	16	0	94	96	-2	200	211	-11	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	
522	524	-2	2.948	3.149	-201	6.150	6.472	-322	
-19	3	-22	29	20	9	57	40	17	
166	152	14	1.037	775	262	2.205	1.602	603	
669	679	-10	4.014	3.944	70	8.412	8.114	298	
2	7	-5	44	42	2	73	77	-4	
•			Volumen (Teil	zeit umgerechn	et in Vollzeit)	·	-		
104,6	108,0	-3,4	109,3	108,5	0,8	107,0	107,9	-0,9	
3,5	3,5	0,0	3,5	3,5	0,0	3,5	3,5	0,0	
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
108,1	111,5	-3,4	112,8	112,0	0,8	110,5	111,4	-0,9	
1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-	
9,8	-	-	10,4	-	-	10,1	-	-	
	506 16 0 522 -19 166 669 2 104,6 3,5 0,0	Ist Soll 506 508 16 16 0 0 522 524 -19 3 166 152 669 679 2 7 104,6 108,0 3,5 3,5 0,0 0,0 108,1 111,5 1,0 -	Ist Soll Differenz 506 508 -2 16 16 0 0 0 0 522 524 -2 -19 3 -22 166 152 14 669 679 -10 2 7 -5 104,6 108,0 -3,4 3,5 3,5 0,0 0,0 0,0 0,0 108,1 111,5 -3,4 1,0 - -	Ist Soll Differenz Ist 506 508 -2 2.854 16 16 0 94 0 0 0 0 522 524 -2 2.948 -19 3 -22 29 166 152 14 1.037 669 679 -10 4.014 2 7 -5 44 Volumen (Teilland) 104,6 108,0 -3,4 109,3 3,5 3,5 0,0 3,5 0,0 0,0 0,0 0,0 108,1 111,5 -3,4 112,8 1,0 - - 1,0	Ist Soll Differenz Ist Soll 506 508 -2 2.854 3.053 16 16 0 94 96 0 0 0 0 0 522 524 -2 2.948 3.149 -19 3 -22 29 20 166 152 14 1.037 775 669 679 -10 4.014 3.944 2 7 -5 44 42 Volumen (Teilzeit umgerecht 104,6 108,0 -3,4 109,3 108,5 3,5 3,5 0,0 3,5 3,5 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 108,1 111,5 -3,4 112,8 112,0 1,0 - - 1,0 -	Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz 506 508 -2 2.854 3.053 -199 16 16 0 94 96 -2 0 0 0 0 0 0 522 524 -2 2.948 3.149 -201 -19 3 -22 29 20 9 166 152 14 1.037 775 262 669 679 -10 4.014 3.944 70 2 7 -5 44 42 2 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 104,6 108,0 -3,4 109,3 108,5 0,8 3,5 3,5 0,0 3,5 3,5 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 108,1 111,5 -3,4 112,8 112,0 0,8 1,0 - <	Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist 506 508 -2 2.854 3.053 -199 5.950 16 16 0 94 96 -2 200 0 0 0 0 0 0 0 522 524 -2 2.948 3.149 -201 6.150 -19 3 -22 29 20 9 57 166 152 14 1.037 775 262 2.205 669 679 -10 4.014 3.944 70 8.412 2 7 -5 44 42 2 73 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 104,6 108,0 -3,4 109,3 108,5 0,8 107,0 3,5 3,5 0,0 3,5 3,5 0,0 3,5 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0	Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist Soll 506 508 -2 2.854 3.053 -199 5.950 6.261 16 16 0 94 96 -2 200 211 0 0 0 0 0 0 0 0 522 524 -2 2.948 3.149 -201 6.150 6.472 -19 3 -22 29 20 9 57 40 166 152 14 1.037 775 262 2.205 1.602 669 679 -10 4.014 3.944 70 8.412 8.114 2 7 -5 44 42 2 73 77 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 104,6 108,0 -3,4 109,3 108,5 0,8 107,0 107,9 3,5 3,5 0,0	

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
1 ersonaistraktar	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%	1
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	10,2	22,5	8,3
Beschäftigte über 55 Jahre	22,8	17,5	26,3
Frauenquote	60,6	50,0	57,9
Teilzeitquote	20,5	35,0	20,3
Schwerbehindertenquote	7,3	6,0	6,9

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	Controlling 01-6/2014
Verantwortlich: Bgm Böhrnsen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Politische Bildung

Sachstand/Analyse/Bewertung

- Schwerpunktsetzung auf Erinnerungs- u. Gedenkstättenarbeit sowie Europäische Integration.
- Der Auftrag des Senats vom 14.09.2010, die Gedenkstätte Bunker Valentin mit Bundeshilfe aufzubauen, konnte durch einen erfolgreichen Antrag beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien umgesetzt werden. In einer mehrjährigen Projektphase von 2011 bis 2016 gewährt der Bund eine Zuwendung von insgesamt 2,1 Mio. Euro. Die konkrete Mittelzuweisung des Bundes ist im zweiten Quartal 2014 zu erwarten. Entsprechende Bauanträge sind eingereicht worden und wurden bereits bewilligt. Nutzungsvereinbarungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, welche den Betrieb der Gedenkstätte dauerhaft sichern, wurden abgeschlossen.
- Beginnend mit dem IV. Quartal 2013 startete ein Teilprojekt "Wegebau" am Bunker Valentin mit einer Finanzierung via bereits zugesagter EFRE-Mittel in Höhe von insgesamt 396.000 €, wovon die ersten Gelder noch in 2013 verwendet wurden. 2014 soll das Wegebauprojekt in Gänze abgeschlossen werden.

Stadtteilmanagement

Sachstand/Analyse/Bewertung

- Infolge der neuen Rechtsgrundlage des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 10. Februar 2010 wurde die Richtlinie der Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa mit den Beiräten und Ortsämtern in Bau-, Umwelt- und Straßenverkehrsangelegenheiten durch das Fachressort und die Senatskanzlei überarbeitet. Die Beirätekonferenz hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Entwurf befasst und hat ihn zur Kenntnis genommen. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bereitet die weitere Umsetzung vor, im 2. Quartal 2014 ist der Beirätekonferenz ein überarbeiteter Entwurf vorgelegt worden.
- Die Verordnung über Pauschsätze nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter ist überarbeitet worden. Der Senat hat die VO am 17. Dezember 2013 beschlossen. Sie ist am 1. Januar 2014 in Kraft getreten.
- In einer Arbeitsgruppe bestehend aus Beiratssprecherinnen, Beiratssprechern einer Ortsamtsleitung und der Senatskanzlei wurde begonnen, die Richtlinie über die Verwendung der Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen (sog. Globalmittel) im Hinblick auf die Einführung der Zentralen Zuwendungsdatenbank Bremen zu überarbeiten.

Medienrecht u. Medienpolitik

Sachstand/Analyse/Bewertung

- Nachdem die MPK am 13.03.2014 Verabredungen zum Finanzausgleich innerhalb der ARD verabredet und damit insbesondere die Finanzierung Radio Bremens gesichert hat, wurden die Vorbereitungen für die Unterzeichnung eines entsprechenden Staatsvertrages im Juli 2014 getroffen. Die Bremische Bürgerschaft wurde unterrichtet.
- Anpassung von Gesetzen und Staatsverträgen im Rundfunkbereich.
- Beratung und Beantwortung von Aspekten des und Eingaben zum neuen Rundfunkbeitrag.
- Im Rahmen der Evaluierung des Bremischen Landesmediengesetzes werden ergänzende Gespräche geführt.
- Die bundesweiten Aktivitäten zur Novellierung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages und zum Entwurf eines Medienstaatsvertrages werden begleitet.
- Fortsetzung der gemeinsamen Filmfördereinrichtung "nordmedia" mit Niedersachsen. Die Grundlage einer engeren Verzahnung mit der Arbeit des Filmbüros werden besprochen.

Sachstand/Analyse/Bewertung

B. Leistungskennzahlen

<u>Hinweis</u>: Leistungskennzahlen sind im PPL 03 im Hinblick auf die Eigenart der Aufgaben des Ressortbereichs nicht definiert. In den Produktgruppen bilden statistische Kennzahlen zu einzelnen Aufgaben ausgewählte Leistungsmengen ab.

		Berichtszeitraum				
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*			
Kennzahlen			abs.	%	Planwert	
Beschreibung [Einheit]			0,00			
			0,00			
			0,00			
			0,00			
			0,00			
			0,00			
			0,00			
			0,00			
			0,00			
			0,00			
			0,00			
			0,00			
			0,00			

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	Controllin 01.09	
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 86	Seite 2

3. Analyse/Bewertung

Als Jahresergebnis errechnet sich für den Produktplan 03 eine Überschreitung i.H. von 143 TEUR.

Die veranschlagten Einnahmen sind erreicht (zu den Mehreinnahmen s. 3.1.1).

3.1 Kamerale Finanzdaten

3.1.1 Konsumtive Einnahmen

Im Berichtszeitraum ergaben sich Mehreinnahmen i.H. von 339 TEUR aus Nutzungsentgelten für die Säle des Rathauses, Erlösen aus Außentrauungen und Mieten für Behördenparkplätze und Sitzungssäle der Ortsämter sowie Einnahmen aus Veröffentlichungen.

Das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST wird zum Jahresende ausgeglichen sein.

3.1.2 Personalausgaben

Zum Jahresende wird eine Überschreitung in Höhe von 298 TEUR prognostiziert. Durch

Personalveränderungen im 2. Halbjahr wird sich d iese Summe um 180 TEUR auf 478 TEUR erhöhen. Dem stehen Einsparpotentiale von 163 TEUR (Refinanzierungen und Minderausgaben) gegenüber. Zum Ausgleich der verbleibenden Überschreitung von 315 TEUR werden weitere Möglichkeiten von Refinanzierungen sowie Minderausgaben im Bereich der Nebentitel fortlaufend geprüft.

Ein Ausgleich ist im Produktbereich voraussichtlich nur durch Inanspruchnahme etwaiger konsumtiver und investiver Reste möglich. Dieses ist weiterhin abhängig von der angekündigten Inanspruchnahme der Planungsreserve.

3.1.3 Konsumtive Ausgaben

Im Berichtszeitraum wird der anteilige Planwert um 98 TEUR überschritten.

Es handelt sich hierbei u.a. um die Inanspruchnahme von Globalmitteln.

Im vorraussichtlichen IST sind enthalten:

-Nachbewilligung zur Förderung von Projekten in den Stadtteilen für Asylbewerber (30 TEUR)

-Einnahmeverfügungsmittel (218 TEUR).

Gleichzeitig wurden 15 TEUR zur Auflösung der konsumtiven globalen Minderausgaben 2014 eingespart.

Als Folge wird das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST zum Jahresende um 173 TEUR überschritten, soweit keine Minderausgaben entstehen.

Die konsumtiven Ausgabepositionen im Produktbereich unterliegen hohen rechtlichen Verpflichtungen wie z.B.

-Mitgliederbeiträge

-Mieten und Pachten

-Entgelte Dienstleistungen

-jüdische Gemeinde

-Nordmedia

-Gedenkort Bunker Valentin

Vor diesem Hintergrund kann die Inanspruchnahme der Planungsreserve in voller Höhe aus den konsumtiven Ausgabepositionen ohne Verpflichtungsgrad nicht erbracht werden.

3.1.4 Investive Ausgaben

Im Berichtszeitraum wird der anteilige Planwert um 636 TEUR unterschritten.

Es handelt sich hier größtenteils um noch nicht abgeflossene Impulsmittel und noch nicht abgeflossene investive Mittel für Ortsämter und das Rathaus.

Im vorraussichtlichen IST sind Reste für Impulsmittel enthalten, die in diesem Jahr zur

Abfinanzierung von Projekten aus den Vorjahren noch benötigt werden.

Zum Jahresende wird das vorauss. HH-Soll im Verhältnis zum vorauss. IST im Ergebnis um 328 TEUR unterschritten. Dieses basiert auf Nichtinanspruchnahme von vorhandenen Resten.

4. Einhaltung des Finanzierungssaldos

Das Finanzierungssaldo wird vorraussichtlich zum Jahrsende um 55 TEUR unterschritten.

Dieses resultiert zum größten Teil aus

Personalkosten (298 TEUR)

Einnahmeverfügungsmittel (218 TEUR)

der Nachbewilligung zur Förderung von Projekten in den Stadtteilen für Asylbewerber (30 TEUR)

Inanspruchnahme von Resten bei den Impulsmitteln für die Stiftung Wohnliche Stadt (140 TEUR).

Die konsumtiven Ausgabepositionen im Produktbereich unterliegen hohen rechtlichen Verpflichtungen wie z.B.

- -Mitgliederbeiträge
- -Mieten und Pachten
- -Entgelte Dienstleistungen
- -jüdische Gemeinde
- -Nordmedia
- -Gedenkort Bunker Valentin

Vor diesem Hintergrund kann die Inanspruchnahme der Planungsreserve in voller Höhe aus den konsumtiven Ausgabepositionen ohne Verpflichtungsgrad nicht erbracht werden.

duktplan: 03 at, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	Controlling 01-06/14 01.09.2014
twortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 86 Seite 3
e Deckung im PPL 03 ist nicht möglich, sodass im Rahmen ortübergreifende Lösung zur Deckung der Mehrausgaben f	1 der Gesamtsteuerung des Haushalts eine
State of Stelland Posting 201 Deckung act Memausgaben 1	ar enorgemen genanen witu.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22 01.08.2014

PRODUKTPLAN 05	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung						
Bund und Europa		Nicht erreicht	erreicht				
	Finanzen						
	Personal:						
	Leistungen:		n.e.				
Kommentar:							
Finanzdaten Das Budget wird voraussichtlich zum Jahresende eingehalten werden (nach derzeitiger Prognose Unterschreitung um rd. 0,5 Mio. €; jeweils rd. 0,2 Mio. € Personal- und konsumtive Sachausgaben). Der Finanzierungssaldo wird voraussichtlich um rd. 0,3 Mio. € unterschritten werden (Personalausgaben). Personaldaten Die Personalausgaben und die Zielzahlen werden voraussichtlich mindestens eingehalten.							
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:							
Kein Handlungsbedarf.							

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 05	Controlling 01-06/14
Bundesangelegenheiten	29.08.2014
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Mitwirkung Bremens an der bundes- und europapolitischen Willensbildung, Wahrnehmung und Vertretung bremischer Interessen auf Bundes- und Europaebene Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Mitwirkung Bremens an dem Gesetzgebungsverfahren des Bundes im Rahmen des Bundesrates ist wahrzunehmen. Dies ist für das Land Bremen als Bestandteil des föderativen Systems von gleichbleibend elementarer Bedeutung. Bremen muss seine Position gegenüber dem Bund und den anderen Ländern wahren, auf Dauer sichern und seine Rolle im föderativen System weiter aktiv wahrnehmen. Die spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen Bremens und Bremerhavens sind auch in Brüssel zu sichern. Die interregionale Zusammenarbeit in Netzwerken mit anderen Ländern und europäischen Regionen ist interessengeleitet zu intensivieren. Die aktive Mitwirkung in innerstaatlichen und europäischen Gremien ist fortzusetzen.

Bremen als Wirtschafts-, Wissenschaft- und Kulturstandort in Berlin und Brüssel repräsentieren Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Darstellung Bremens als ein leistungsfähiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie als innovative Kulturmetropole in Berlin muss sichergestellt werden. Gleiches gilt für das Land bzw. die Region Bremen auf europäischer Ebene. Das Profil des Zwei-Städte-Staates als europäisches Kompetenzzentrum, z. B. im Bereich der Raumfahrt und der maritimen Technologien, ist zu stärken.

Stärkung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung, europabezogene Öffentlichkeitsarbeit, europapolitische Bildung in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen in Bremen Sachstand/Analyse/Bewertung

Überdies muss durch geeignete Maßnahmen die Europafähigkeit der bremischen Verwaltung weiter gestärkt werden. In Anbetracht knapperer Kofinanzierungsmittel sind die Chancen auf Erwerb europäischer Fördermittel durch stärkere ressortübergreifende Abstimmung und Schwerpunktsetzung zu erhalten. Die Verbreitung und Vertiefung des europäischen Gedankens in der Bevölkerung Bremens muss durch geeignete Maßnahmen der europabezogenen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit weiter intensiviert werden.

Bekämpfung der Armut, Schutz der Ressourcen und der Menschenrechte mit Nichtregierungsorganisationen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind Entwicklungspartnerschaften für Klima- und Ressourcenschutz von Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen zu stärken. Durch Nutzung spezifischer Bremer Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern der Entwicklungszusammenarbeit sollen Vorteile für den Standort Bremen erzielt werden.

B. Leistungskennzahlen

		Berichts	zeitraum		2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		
Kennzahlen			abs.	%	Planwert
Interessenwahrnehmung Bundesgesetzgebung	235,00	265,000	-30,00	-11,32%	530
Info.beschaff.zum polit.Gescheh.in Berlin	211,00	200,000	11,00	5,50%	400
Öffentlichkeitsarbeit	165,00	194,000	-29,00	-14,95%	388
Meinungsbildungsprozesse	156,00	185,000	-29,00	-15,68%	370
Erhalt und Ausbau v. Netzwerken	141,00	146,500	-5,50	-3,75%	293
Repräsentanz Bremen (Berlin)	9,00	9,000	0,00	0,00%	18
Zielgruppenorient.Werbung f.HB (Berlin)	10,00	11,500	-1,50	-13,04%	23
Übernachtungen im Gästehaus (Berlin)	606,00	550,000	56,00	10,18%	1.100
Interessenvertretung in Brüssel	960,00	350,000	610,00	174,29%	700
Koordinierung EU-Angelegenheiten in HB	8,00	8,000	0,00	0,00%	16
Berat.Förderprog./ EU-Recht, Bürgeranfragen	40,00	150,000	-110,00	-73,33%	300
Mitwirk. Innerstaatl.u.europ.Gremien	8,00	8,000	0,00	0,00%	16
Europabezogene Öffentlichkeitsarbeit	57,00	32,500	24,50	75,38%	65
Instit.transnat.u.regionale Zusammenarbeit	57,00	35,000	22,00	62,86%	70
Stärung Europafähigkeit d:FHB - Verwaltg.	1,00	3,000	-2,00	-66,67%	6
Grundbedürfnisorientierte Projekte (EZ)	18,00	10,000	8,00	80,00%	20
Training Küstenzonenentwicklung (EZ)	1,00	2,000	-1,00	-50,00%	4
Epol.Bildung u. Netzwerke (EZ)	9,00	8,000	1,00	12,50%	16
Publikationen (EZ)	0,00	0,500	-0,50	-100,00%	1
Fairer Handel (EZ)	2,00	5,500	-3,50	-63,64%	11

Produktplan:05Controlling 01-06/14Bundes- und Europaangelegenheiten01.09.2014Verantwortlich:Bgm. BöhrnsenVersion: 86Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale	Januar - Juni 2014				Jahresplanung 2014				
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	237	232	5	2,0	269	533	533	0	533
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	237	232	5	2,0	269	533	533	0	533
Personalausgaben	1.270	1.377	-107	-7,8	2.822	2.822	2.585	-237	2.843
konsumtive Ausgaben	1.257	1.397	-140	-10,1	3.030	3.031	2.804	-227	2.812
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	12	27	-15	-55,1	80	80	80	0	80
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	1	1	1	0	1
Gesamtausgaben	2.540	2.801	-261	-9,3	5.933	5.934	5.470	-464	5.736
Saldo	-2.303	-2.569	266	-10,4	-5.664	-5.401	-4.937	464	-5.203

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015 2016 2017		2017	2018ff		
ermachtigungen	Tsd. EUR						
- konsumtiv	0	0	0	0	0		
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Budgetrück-	Stand des					
lagenbestand	Verlustvortr .					
Tsd. EUR						
531	0					

Personaldaten	Juni 2014			kumuli	kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
rersonatuaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
					Tsd. EUR					
Kernbereich	207	215	-8	1.200	1.294	-94	2.433	2.660	-227	
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zwischensumme	207	215	-8	1.200	1.294	-94	2.433	2.660	-227	
Refinanzierte	5	4	1	27	20	7	55	39	16	
Nebentitel	5	10	-5	43	63	-20	95	123	-28	
Insgesamt	217	229	-12	1.270	1.377	-107	2.583	2.822	-239	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	1	2	-1	16	10	6	30	20	10	
		•	•	Volumen (Tei	lzeit umgerechn	et in Vollzeit)	-	•	•	
Kernbereich	35,9	39,2	-3,3	35,7	39,3	-3,6	35,8	39,1	-3,3	
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Zusammen	35,9	39,2	-3,3	35,7	39,3	-3,6	35,8	39,1	-3,3	
Refinanzierte	1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-	
Abwesende	1,8	-	-	1,8	-	-	1,8	-	-	
	+			-						

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013		
T OF SOMMISSE MINUT	Ist	Planwert	Ist		
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%				
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8		
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,3	22,5	9,1		
Beschäftigte über 55 Jahre	18,6	17,5	20,5		
Frauenquote	62,8	50,0	65,9		
Teilzeitquote	27,9	35,0	27,3		
Schwerbehindertenquote	2,5	6,0	2,4		

Produktplan: 05 Bundes- und Europaangelegenheiten			Controlling 01-06/14 01.09.2014		
Verantwortlich:	Bgm. Böhrnsen	·	Version: 86	Seite 2	

3. Analyse/Bewertung

Kamerale Finanzdaten

Konsumtive Einnahmen

Das IST der konsumtiven Einnahmen liegt im Juni über dem Planwert. Die Einnahmen werden zum Jahresende voraussichtlich das Soll erreichen.

Personalausgaben

Das IST der Personalausgaben liegt im Juni unter dem Planwert und ist zum Berichtszeitpunkt auf noch nicht wiederbesetzte Stellen zurückzuführen. Die Personalausgaben werden zum Jahresende voraussichtlich nicht überschritten.

Konsumtive Ausgaben

Das IST der konsumtiven Ausgaben liegt im Berichtzeitraum unter der Planung. Dies resultiert im Wesentlichen aus zum Berichtszeitraum bewilligten, aber noch nicht abgerufenen Fördermitteln für Projekte des Bereiches Entwicklungszusammenarbeit, die aber zum Jahresende abfließen werden. Die Kürzung, Schreiben vom 28.02.2014 zur Auflösung der konsumtiven globalen Minderausgaben, wurde berücksichtigt. Als Jahresergebnis wird mit einer Unterschreitung des Haushaltssolls von 227 Tsd. Euro gerechnet.

Investitionen

Die investiven Ausgaben werden voraussichtlich zum Jahresende bei 80 Tsd. Euro liegen. Für das Frühjahr vorgesehene Investitionen mussten verschoben werden.

Einhaltung des veranschlagten Finanzsaldo

Der veranschlagte Finanzsaldo von 5.203 Tsd.Euro wird zum Berichtszeitpunkt um etwa 266 Tsd.Euro unterschritten (258 Tsd.Euro Personalminderausgaben und 8 Tsd.Euro Kürzung wegen Minderausgaben PGr 92.01.02). Wir gehen aber davon aus, dass zum Jahresende der Saldo ausgeglichen sein wird.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 04.09.2014

PRODUKTPLAN 06	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung						
Datenschutz und Informationsfreiheit	Nicht erreicht erreich						
	Finanzen		\boxtimes				
	Personal:		\boxtimes				
	Leistungen:		\boxtimes				
Kommentar:							
<u>Finanzdaten</u> Das Ressort wird sein Budget zum Jahresende einhalten.							
Der Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung v Verlagerungen ebenfalls zum Jahresende eingehalter		bergreifend	den				
<u>Personaldaten</u>							
Die Personalausgaben werden voraussichtlich eingeh	alten.						
<u>Leistungsdaten</u> Eine stärkere Annäherung an die Planwerte wird im weiteren Verlauf des Jahres It. Ressortaussage noch erwartet.							
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:							
Es besteht kein Handlungsbedarf.							

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Datenschutz und Info	06 ormationsfreiheit	Controllin 01.09	
Verantwortlich:	Dr. Sommer	 Version: 86	Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale	Januar - Juni 2014						Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	l. EUR	
konsumtive Einnahmen	2	0	2	0,0	0	0	12	12	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	2	0	2	0,0	0	0	12	12	0
Personalausgaben	404	408	-4	-0,9	827	828	831	3	832
konsumtive Ausgaben	48	63	-15	-23,1	125	125	125	0	127
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	7	-7	-100,0	14	14	14	0	14
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	1	1	1	0	1
Gesamtausgaben	453	478	-25	-5,2	967	968	971	3	974
Saldo	-451	-478	27	-5,7	-967	-968	-959	9	-974

Vornflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs-	2014	2014 2015 201		2017	2018ff		
ermächtigungen	Tsd. EUR						
- konsumtiv	0	0	0	0	0		
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Budgetrück-	Stand des			
lagenbestand	Verlustvortr .			
Tsd. EUR				
0	0			

Personaldaten		Juni 2014		kumuliert Januar - Juni 2014 vora			voraus	ıssichtl. Jahresergebnis	
rersonaluaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
		•			Tsd. EUR			•	
Kernbereich	67	66	1	397	398	-1	813	809	4
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	67	66	1	397	398	-1	813	809	4
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	2	-2	7	10	-3	18	19	-1
Insgesamt	67	68	-1	404	408	-4	831	828	3
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	2	-2	7	10	-3	18	19	-1
		•		Volumen (Tei	lzeit umgerechr	et in Vollzeit)			
Kernbereich	13,5	13,2	0,3	13,3	13,2	0,1	13,4	13,1	0,3
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	13,5	13,2	0,3	13,3	13,2	0,1	13,4	13,1	0,3
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,7	-	-	0,3	-	-
	+			t					

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	(%	
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,7	22,5	12,5
Beschäftigte über 55 Jahre	6,7	17,5	6,3
Frauenquote	66,7	50,0	68,8
Teilzeitquote	33,3	35,0	25,0
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

Produktplan: 06	Controlling 01-06/14
Datenschutz und Informationsfreiheit	23.07.2014
Verantwortlich: Frau Dr. Sommer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele
Sachstand/Analyse/Bewertung
Sachstand/Analyse/Bewertung
Sachstand/Analyse/Bewertung
B. Leistungskennzahlen

3

		2014			
	IST	Planwert	IST-Planwert-A	Abweichung*	
Kennzahlen			abs.	%	Planwert
Anlassbezog. Beratung und Kontrolltätigk.	57,66	65,00	-7,34		65,0
Anlassunabhängige Kontrolltätigkeiten	2,33	10,00	-7,67		10,0
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit	8,47	10,00	-1,53		10,0
Andere Datenschutz- und IFG-Tätigkeiten	31,54	15,00	16,54		15,0

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan:	06	Controllin	ig 01-06/14
Datenschutz und Infor	rmationsfreiheit	01.09	.2014
Verantwortlich: Dr. Sommer Version: 86 Seite 2		Seite 2	

3. Analyse/Bewertung

Personalausgaben:

Bei den Personalausgaben ist der Planwert für den Monat Juni 2014 eingehalten worden. Sollte es im weiteren Verlauf des Jahres zu einer Überschreitung des Personalausgabebudgets kommen, soll diese primär durch Mehreinnahmen im Produktplan 06 ausgeglichen werden.

Konsumtive Ausgaben:

Bei den konsumtiven Ausgaben ist der Planwert für den Monat Juni 2014 ebenfalls eingehalten worden. Es darf davon ausgegangen werden, dass die veranschlagten Gesamtausgaben 2014 nicht überschritten werden.

Investive Ausgaben:

Auch bei den investiven Ausgaben ist der Planwert für Juni 2014 eingehalten worden; auch in diesem Ausgabebereich ist eine Überschreitung des Haushalts-Solls nicht zu erwarten.

Budgeteinhaltung:

Ingesamt gesehen wird das Budget eingehalten werden können.

Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos:

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird nach dem derzeitigen Stand eingehalten.

Leistungsziele:

Die Abweichung von den Planwerten bei den Leistungszielen ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass anlassunabhängige Tätigkeiten im Berichtszeitraum auch weiterhin nur begrenzt wahrgenommen werden konnten.

Eine weitergehende Annäherung an die Planwerte wird für den weiteren Verlauf des Jahres, insbesondere durch die Intensivierung der Kontrolltätigkeit, angestrebt.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 11.09.2014

PRODUKTPLAN 07	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung					
Inneres		Nicht erreicht erreicht				
	Finanzen	nzen 🛛 🖂 🗀				
	Personal:	Personal:				
	Leistungen:					
Kommentar:						

Nommentar.

<u>Finanzdaten</u>

Budgeteinhaltung:

Das Ressort erwartet aktuell zum Jahresende Mindereinnahmen in Höhe von 1,864 Mio. € Ursächlich dafür sind u. a. nicht zu erbringende Einnahmen beim Rettungsdienst und beim Bürgerservice. Die Mindereinnahmen im Rettungsdienst resultieren aus den gegenüber den Vorjahren deutlich abgesenkten Gebühren. Die Einnahmen im Bürgerservice bleiben hinter den Erwartungen zurück.

Das Ressort prognostiziert zum Jahresende konsumtive Mehrausgaben von insgesamt rd. 2,756 Mio. €

Diese resultieren größtenteils aus dem Produktbereich "Polizei" (rd. 1,2 Mio. €) und aus dem Produktbereich "Stadtamt" (rd. 1,346 Mio. € ohne Bürgerservice).

Das Risiko setzt sich wie folgt zusammen:

Polizei

- 0,3 Mio € Kosten für Ermittlungsarbeit, Dolmetscher, Fremdvergaben und für DNA-Untersuchungen
- 0,25 Mio. € Reparaturen im Rahmen der Wertaufenthalte des schwimmenden Fuhrparks
- 0,24 Mio. € Reparaturen und Betriebsausgaben für Kraftfahrzeuge
- 0,315 Mio. € Instandhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung
- 0,095 Mio. € Ersatz von Dienst- und Schutzkleidung

Stadtamt

- 1,346 Mio. € Zentrale Steuerung Stadtamt
- 0,043 Mio. € Bürgerservice

Feuerwehr

- 0,090 Mio. € Feuerwehr zentral (Stand September 2014: 0,060 Mio. €) Sonstiges
 - 0,077 Mio. € Verfassungsschutz

Die Mehrausgaben beim Stadtamt lassen sich laut Ressort darauf zurückführen, dass die Einnahmeverfügungsmittel tendenziell rückläufig sind, welche für laufende Ausgaben eingeplant wurden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 11.09.2014

Im Bereich der Personalausgaben werden Mehrausgaben in Höhe von rd. 3,1 Mio. € erwartet.

Das Ressort erwartet Personalmehrausgaben in Höhe von rd. 440 Tsd. € für die Ressourcensteuerung Bremerhaven. Diese sind im Controlling-Bericht zahlenmäßig noch nicht berücksichtigt, da laut Ressort noch eine genauere Analyse erforderlich ist.

Senatsbeschluss vom 05. August 2014 Mehrbedarfe - Mengengerüste

Das Ressort hat aufgrund des Senatsbeschlusses vom 05. August 2014, Mehrbedarfe durch Mengengerüste dargestellt. Auf Nachfragen der Senatorin für Finanzen wurden weitere Fallzahlen sowie Erläuterungen nachgeliefert. Bei einem gemeinsamen Gespräch wurden zudem die ergriffenen Bewirtschaftungsmaßnahmen seitens des Ressorts dargelegt.

Bezüglich des Rettungsdienstes wird nach Senatsbeschluss durch das Ressort separat bis 30. September 2014 berichtet.

Zusammenfassung Budgetrisiko:

Unter Berücksichtigung der o. g. Mindereinnahmen und Mehrausgaben ergibt sich nach Darstellung des Ressorts ein Budgetrisiko i. H. v. **7.7 Mio.** €

Zusammenfassung und Verlauf in 2014 (Budgetrisiko)

Zusammemassung und Venaum	2017 (Duu	getrisiko)			
				Erwartetes	
		F	F	Defizit 2014	A l.4
	Footgootcilto	Erwartetes Defizit 2014	Erwartetes Defizit 2014	(Stand	Aktualisierung nach
	Festgestellte Defizite 2013		(Stand Mai)	Halbjahres- controlling)	Schriftverkehr
	Delizite 2013	(Stand April) -in T€ -	(Stallu Mai)	controlling)	Schrittverkeni
Mindonian shares Balinsi	404		200	000	202
Mindereinnahmen Polizei	481	290	292	292	292
Mindereinnahmen Rettungsdienst	861	1.000	950	980	980
Mindereinnahmen Stadtamt	526	0	61	212	212
Mindereinnahmen Bürgerservice	0	125	145	380	380
Summe Mindereinnahmen	1.868	1.415	1.448	1.864	1.864
Mehrausgaben Polizei	539	1.200	1.200	1.200	1.200
Mehrausgaben Feuerwehr	0	0	80	90	60
Mehrausgaben Stadtamt incl. Bürgerservice	1.079	1.253	1.306	1.389	1.389
Mehrausgaben Sonstiges	0	280	0	0	0
Mehrausgaben Personal	0	2.999	3.417	3.100	3.100
Mehrausgaben Verfassungsschutz (Personal)	0	0	77	77	77
Sonstiges (07.90)	-294	0	0	0	0
Summe Mehrausgaben	1.324	5.732	6.080	5.856	5.826
insgesamt Minderein./Mehrausg.	3.192	7.147	7.371	7.720	7.690
erwartete Ausgleiche:					
Personal: Sperrenaufhebung Polizei	0	2.054	2.054	2054	2054
Personal: Nachbewilligung aus PPL 96 Pers.	0	0	262	0	0
Insgesamt Risiko		5.093	5.055	5.666	5.636
	Zuweisun	g Polizei Brer	nerhaven	440	440
				6.106	6.076

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 11.09.2014

Das Ressort hat am 05.03.2014 Bewirtschaftungsmaßnahmen mit dem Ziel erlassen, eine Minimierung des Ausgaberisikos zu erreichen.

Laut Ressort ist ein Ausgleich der erwarteten Mehrausgaben durch Reduzierung von Ausgaben an anderer Stelle voraussichtlich nicht möglich. Das Ressort verweist darauf, dass die Ausgaben in hohem Maße verpflichtend und damit nicht beeinflussbar sind. Somit kann das voraussichtliche Budgetrisiko innerhalb des Produktplans nicht ausgeglichen werden.

Kurzfristig auf das Haushaltsjahr wirkende Gegensteuerungsmaßnahmen sind im Rahmen einer Erörterung mit dem Senator für Inneres und Sport bereits ergriffen worden. Das Ressort weist darauf hin, dass Einsparungen eher im mittel- bis langfristigen Bereich bei politischer Prioritätensetzung möglich sind.

Finanzierungssaldo:

Unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerung (im Saldo rd. 2,5 Mio. €) ergibt sich bei Gegenüberstellung des bereinigten veranschlagten Finanzierungssaldos und den Einschätzungen des Ressorts zum voraussichtlichen Jahresergebnis eine Überschreitung in Höhe von rd. 6,7 Mio. €. Diese Überschreitung resultiert aus den prognostizierten Mindereinnahmen, den Mehrausgaben im Personalbereich sowie den Mehrausgaben im konsumtiven Bereich. Ergänzend ist hinzuweisen, dass insgesamt 0,338 Mio. € (0,185 Mio. € für Personalausgaben, 0,153 Mio. € für konsumtive Ausgaben) aus konsumtiven Resten für den Zensus in Anspruch genommen werden sollen. Die Liquidität kann innerhalb des Produktplanes nicht hergestellt werden.

<u>Personaldaten</u>

Der Produktplan Inneres prognostiziert im Halbjahrescontrolling ein Jahresdefizit bei den Personalausgaben in Höhe von rd. 3,1 Mio. €.

Aufgrund der tatsächlichen Entwicklung im Monat Juli erscheint bei einer restriktiven Personalwirtschaft ein Jahresergebnis mit Personalmehrausgaben in Höhe von rd. 2,5 Mio. € realisierbar zu sein.

In der Produktgruppe 07.01.01 ist ein Betrag in Höhe von 2,055 Mio. gesperrt. Mit der Aufhebung der Sperre würde das Haushaltssoll entsprechend erhöht und das Defizit würde sich auf rd. 0,45 Mio. € verringern.

Der Polizeivollzug wurde im Haushalt 2012/2013 vom PEP befreit. Im Gegenzug werden dauerhafte wirkende Kompensationsmaßnahmen in der Produktgruppe erwartet. Über eine Aufhebung der Sperre sollte im Rahmen eines Konzeptes zur Lösung der Budgetrisiken im Senat am 30.09.2014 und im Haushalts- und Finanzausschuss am 17.10.2014 entschieden werden.

Durch die erhebliche Zielzahlüberschreitung zum Jahresende zeichnet sich ein Haushaltsverstoß ab.

<u>Leistungsdaten</u>

Die Leistungsdaten werden im Wesentlichen eingehalten bzw. überschritten. Bei der Kennzahl "Erreichen einer Aufklärungsquote von 50%" wird der Planwert unterschritten. Dies ist durch eine Systemumstellung auf das neue Vorgangsbearbeitungssystem @rtus zurückzuführen, da noch nicht alle Straftaten abschließend erfasst sind, was rechnerisch zu einer Reduzierung der Aufklärungsquote führt. Die Nacherfassung erfolgt im Laufe der nächsten Monate.

Zudem wurde der Planwert bei der Kennzahl "Wartezeit <20 Min. für Terminkunden im Bürgerservice" wie auch in 2013 unterschritten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 11.09.2014

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Als Gegensteuerungsmaßnahme ist zwingend eine restriktive Personalwirtschaft erforderlich, das bedeutet bei Abgängen auf eine Wiederbesetzung der Stellen größtenteils zu verzichten.

Im Übrigen sind im Bereich des Sachhaushalts weitere Gegensteuerungsmaßnahmen zu entwickeln.

Auf das vom Senat zu beratende Lösungskonzept wird verwiesen.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-06/14 01.09.2014
Verantwortlich: Senator Mäurer		Version: 86 Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale	Januar - Juni 2014					Jahresplanung 2014			
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert-	Ist-Planwert-Abweichung		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	17.536	17.015	521	3,1	32.966	37.172	35.308	-1.864	34.273
investive Einnahmen	19	0	19	0,0	1	13	33	20	0
relevante Verrech./Erstatt.	1.668	828	840	101,5	4.762	4.762	4.762	0	4.753
Gesamteinnahmen	19.223	17.843	1.380	7,7	37.730	41.947	40.103	-1.844	39.025
Personalausgaben	81.449	79.154	2.295	2,9	160.837	164.294	167.394	3.100	163.779
konsumtive Ausgaben	38.320	37.055	1.265	3,4	70.320	72.457	75.213	2.756	69.404
Zinsausgaben	17	34	-17	-49,1	17	70	35	-35	97
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	2.276	3.333	-1.057	-31,7	7.380	7.771	7.771	0	6.855
relevante Verrech./Erstatt.	54	43	11	25,7	43	43	43	0	43
Gesamtausgaben	122.117	119.619	2.498	2,1	238.598	244.635	250.456	5.821	240.178
Saldo	-102.894	-101.776	-1.118	1,1	-200.868	-202.688	-210.353	-7.665	-201.153

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr							
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff			
ermachtigungen	Tsd. EUR							
- konsumtiv	0	38	38	38	188			
- investiv	0	1.944	1.788	516	1.397			
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	72	56	46	104			

Budgetrück-	Stand des				
lagenbestand	Verlustvortr .				
Tsd. EUR					
0	15.829				

Personaldaten		Juni 2014		kumuli	ert Januar - Ju	mi 2014	voraus	voraussichtl. Jahresergebnis		
1 el sonaidaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
		•			Tsd. EUR					
Kernbereich	12.392	12.204	188	74.486	73.364	1.122	153.471	149.779	3.692	
Personalverstärkung	12	0	12	77	0	77	159	0	159	
Ausbildung	241	253	-12	1.461	1.502	-41	2.952	2.671	281	
Zwischensumme	12.645	12.457	188	76.024	74.866	1.158	156.582	152.450	4.132	
Refinanzierte	382	132	250	2.040	783	1.257	4.489	1.588	2.901	
Nebentitel	390	788	-398	3.385	3.505	-120	6.818	6.799	19	
Insgesamt	13.417	13.377	40	81.449	79.154	2.295	167.889	160.837	7.052	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	59	136	-77	858	784	74	1.552	1.506	46	
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	3.469,5	3.432,5	37,0	3.478,7	3.441,0	37,7	3.474,1	3.430,9	43,2	
Personalverstärkung	3,3	0,0	3,3	3,5	0,0	3,5	3,4	0,0	3,4	
Ausbildung	206,0	216,0	-10,0	207,2	207,5	-0,3	206,6	207,3	-0,7	
Zusammen	3.678,8	3.648,5	30,3	3.689,4	3.648,5	40,9	3.684,1	3.638,2	45,9	
Refinanzierte	107,5	-	-	98,1	-	-	102,8	1	-	
Abwesende	79,2	-	-	81,0	-	-	80,1	-	-	
		 		t						

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013	
1 ersonaistraktar	Ist	Planwert	Ist	
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0	
Beschäftigte bis 35 Jahre	25,6	22,5	26,3	
Beschäftigte über 55 Jahre	17,7	17,5	17,1	
Frauenquote	28,9	50,0	28,8	
Teilzeitquote	10,8	35,0	10,5	
Schwerbehindertenquote	4,1	6,0	4,2	

Produktplan: 07	Controlling 06/2014
Inneres	XXXX
Verantwortlich: Senator Mäurer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geht einher mit einer Grundversorgung bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven, bei der Feuerwehr und beim Verfassungsschutz wie auch den Ordnungsbehörden. Dabei stehen im Vordergrund die

- am Sicherheitsbedürfnis der Menschen und der objektiven Sicherheitslage orientierte polizeiliche
 Präsenz in den Stadtteilen, um Kriminalität zu bekämpfen und Gefahren abzuwehren,
- Intensivierung der polizeilichen und der gesamtgesellschaftlichen Prävention, um Kriminalität in der Gesellschaft nicht erst entstehen zu lassen,
- Bekämpfung von Jugendgewalt und -kriminalität durch konsequente Umsetzung des Konzepts zur Verhinderung bzw. Unterbrechung von kriminellen Karrieren ("Stopp der Jugendgewalt"),
- Weiterentwicklung von Strategien zur delikts- und t\u00e4terorientierten Kriminalit\u00e4tsbek\u00e4mpfung,
- Ständige bedarfs- und anforderungsorientierte Organisations- und Personalentwicklung bei der Polizei und der Feuerwehr, insbesondere kontinuierliche Ausbildung und Einstellung

Studiengang Polizeivollzugsdienst (ohne Beamtinnen/Beamte der OPB)

Zur Zeit an der HfÖV:

Jahrgang 2011/2014101 Beamte/-innenJahrgang 2012/201535 Beamte/-innenJahrgang 2013/201643 Beamte/-innen

Jahrgang 2014/2016 5 Beamte/-innen (Seiteneinsteiger)

Jahrgang 2014/2017 80 Beamte/-innen **Gesamt** 264 Beamte/-innen

Für die Feuerwehr wird zurzeit eine mittelfristige Personalplanung auf der Basis eines überarbeiteten Brandschutzkonzeptes erstellt.

Verstärkung der Zusammenarbeit der Polizei Bremen im Verbund der norddeutschen Küstenländer im Bereich der Informationstechnik und der Aus- und Fortbildung.

Innerhalb der Aus und Fortbildung führt der Nordverbund (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) gemeinsam das erste Studienjahr des Masterstudienganges das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 durch.

Auf der Ebene des Nordverbundes (diesmal inklusive Niedersachsen) wurde im März 2012 ein Kooperationsvertrag über die stärkere Zusammenarbeit bei der kriminalpolizeilichen Spezialfortbildung geschlossen. Ziel ist es, Seminare auch für Teilnehmer aus den anderen Ländern zu öffnen bzw. auch gezielt im Verbund zu entwickeln. Im September richtet Bremen vor diesem Hintergrund ein spezielles Seminar "OK – Schleusungskriminalität" für den Nordverbund aus. Im Rahmen des Kooperationsvertrages findet auch ein Austausch von Dozenten zu einzelnen Seminarthemen statt. Der Ausbau der Kooperation wird durch regelmäßige Treffen ausgebaut.

Über den Kooperationsvertrag hinaus werden sowohl innerhalb des Nordverbundes als auch bilateral insbesondere mit den Polizeiinspektionen des niedersächsischen Umlands Restplätze zu Seminaren vermittelt. Einzelne Veranstaltungen, wie der Fachtag "Eigensicherung", werden auch Norddeutschland weit inklusive der Bundespolizei beworben.

Bei der Weiterentwicklung des Stadtamtes zu einer modernen Dienstleistungsbehörde steht – neben der Verstetigung der Dienstleistungsqualität in den Bürgerservicecentern und den Kraftfahrzeugzulassungsstellen – der weitere Ausbau der Ausländer- und Staatsangehörigkeitsbehörde zur modernen Abteilung für "Aufenthalt und Einbürgerung" im Vordergrund.

Die Implementierung einer Willkommenskultur zielt auf die zügige, serviceorientierte Bearbeitung der Anträge unter gleichzeitiger Nutzung der zur Verfügung stehenden Ermessensspielräume zugunsten der Betroffenen. Zu diesem Zweck ist die Ausländerbehörde im Rahmen des vom Senat beschlossenen Flüchtlingskonzepts um 5 Nachwuchskräfte verstärkt worden.

Der Senat hat sich zudem die Steigerung der Zahl der Einbürgerungen zum Ziel gesetzt. Dies soll einerseits durch eine Einbürgerungskampagne geschehen und andererseits durch eine personelle Verstärkung der Staatsangehörigkeitsbehörde, die zur Bewältigung aufgelaufener Rückstände und des zu erwartenden erhöhten Antragsaufkommens u.a. durch 2 refinanzierte Kräfte aufgestockt worden ist, unterstützt werden.

Die von nicht ordnungsgemäßem Waffenbesitz ausgehenden Gefahren sollen durch regelmäßige Überprüfung der Zuverlässigkeit der Waffenerlaubnisinhaberinnen und -inhaber ebenso wie durch intensivierte Kontrollen der sicheren Aufbewahrung der Waffen vor Ort minimiert werden. Zur Umsetzung dieses Vorhabens haben Senat sowie Haushalts- und Finanzausschuss einen Stufenplan zur Verstärkung der Waffenbehörde durch refinanziertes Personal beschlossen.

Die für das Verkehrsüberwachungskonzept notwendigen Einstellungen bei Polizei und Stadtamt sowie die Beschaffung neuer Verkehrsüberwachungstechnik befinden sich im laufenden Verfahren. Einnahmeeffekte werden sich frühestens zum Jahresende einstellen.

B. Leistungskennzahlen

		Berichts	zeitraum		2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-	·Abweichung*	
Kennzahlen			abs.	%	Planwert
Erreichen einer Aufklärungsquote von 50%	43,8%	50%	-6,2*	-12,4	50%
Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei	85,2%	80%	5,2*	6,5	80%
Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst	95,1%	95%	0,1*	0,1	95%
Wartezeit <20 Min. für Terminkunden im Bürgerservice	55,0%	80%	-25,0*	-31,2	80%
Wartezeit <60 Min. für Kfz-Zulassungen	92,2%	92%	0,2*	0,3	92%
Anzahl der legalen Waffen	14.779	15.500	-721	-4,7	15.500

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

* Prozentpunkte

Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-06/14 01.09.2014
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 86 Seite 2

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

Einnahmen

Das aktuell prognostizierte Ressortergebnis beträgt rechnerisch 1.864 Tsd. Euro an konsumtiven

Mindereinnahmen zum Jahresende.
Diese setzen sich wie folgt zusammen:
Rettungsdienst: 980 Tsd. Euro
Bürgerservice: 380 Tsd. Euro
Andere PGr. Stadtamt: 212 Tsd. Euro
Polizei: 292 Tsd. Euro.

Gegenüber dem Bericht 05/2014 haben sich aufgrund aktualisierter Erkenntnisse die Prognosen im Rettungsdienst (-40 Tsd. Euro), im Bürgerservice (-235 Tsd. Euro) sowie in den anderen Produktgruppen

des Stadtamtes (-151 Tsd. Euro) verschlechtert.

Insgesamt ergibt sich auf Planebene in der Prognose eine um 416 Tsd. Euro höhere Mindereinnahme. Die Mindereinnahmen im Rettungsdienst resultieren aus den gegenüber den Vorjahren deutlich abgesenkten Gebühren. Darüber hinaus bleiben bislang die Einsatzzahlen hinter den Erwartungen zurück. Die Einnahmen im Bürgerservice bleiben hinter den Erwartungen zurück, da die Nachfrage nach (gebührenpflichtigen) Dienstleistungen nicht in dem Umfang erfolgt, wie geplant. In den anderen Produktgruppen des Stadtamtes ergibt sich im Saldo eine Mindereinnahme von 212 Tsd. Euro. Diese ist insbesondere auf die PGr. Ausländer- und asylrechtliche Angelegenheiten zurückzuführen, da durch eine Rechtsänderung in bestimmten Fällen verminderte Gebühren zu erheben sind. Die Mindereinnahme wird hier mit 180 Tsd. Euro prognostiziert.

Die voraussichtliche Mindereinnahme in der Produktgruppe 07.01.01 (Polizei) wird mit einer ausstehenden Jahresabrechnung aus Verwarnungsgeldern mit dem Stadtamt begründet. Bei einem entsprechenden Ausgleich würde sich jedoch das Ergebnis auf Planebene nicht verändern. Inwieweit sich Verbesserungen aus der Intensivierung der Verkehrsüberwachung für das Jahr 2014 ergeben werden, bleibt abzuwarten. Derzeit wird davon ausgegangen, dass die personellen und technischen Voraussetzungen zur Umsetzung des Konzeptes im Herbst 2014 geschaffen sein werden, so dass danach mit einer sukzessiven Steigerung der Einnahmen zu rechnen ist.

Die Änderungen im voraussichtlichen Haushaltssoll gegenüber dem Anschlag ergeben sich zum einen durch Einnahmeverfügungsmittel im Rettungsdienst beim Stadtamt und der Polizei sowie durch noch nicht geflossene Einnahmen (refinanziertes Personal) bei den Refi-Positionen. Hier wird es unterjährig noch zu deutlichen Veränderungen kommen.

Ein Ausgleich der Mindereinnahmen durch Minderausgaben ist auf Planebene nicht möglich. Entsprechend dem Beschluss des Senats vom 05.08.2014 wird zur Einnahmeentwicklung zum 30.09.2014 gesondert berichtet.

Ausgaben

Auf der konsumtiven Ausgabenseite wird zum jetzigen Zeitpunkt von Mehrausgaben in Höhe von rd. 2.756 Tsd. Euro ausgegangen. Dies bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem Vorbericht um 123 Tsd. Euro. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass hier nach wie vor 77 Tsd. Euro aus der Produktgruppe 07.90.03 (Verfassungsschutz) enthalten sind, die eigentlich den Personalausgaben zuzuordnen sind. Eine entsprechende Anpassung erfolgt im nächsten Bericht.

Die Mehrausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

Polizei: 1.200 Tsd. Euro
Feuerwehr: 90 Tsd. Euro
Zentrale Angelegenh. Stadtamt: 1.346 Tsd. Euro
Bürgerservice 43 Tsd. Euro
Verfassungsschutz 77 Tsd. Euro

Bei der Polizei besteht nach wie vor ein strukturelles Defizit in einer Größenordnung von 1.200 Tsd. Euro. Diesem liegen u.a. Kosten für Ermittlungsarbeit, für Dolmetscher, für Fremdvergaben und für DNA-Untersuchungen in Höhe von 300 Tsd. Euro zugrunde. Hinzu kommen Ausgaben für Reparaturen im Rahmen der Werftaufenthalte des schwimmenden Fuhrparks in Höhe von 250 Tsd. Euro sowie Ausgaben für Reparaturen und Betriebsausgaben für Kraftfahrzeuge in Höhe von 240 Tsd. Euro, Instandhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 315 Tsd. Euro sowie Ersatz von Dienst- und Schutzkleidung im Umfang von ca. 95 Tsd. Euro.

In der zentralen Steuerung des Stadtamtes werden gegenüber dem prognostizierten Haushaltssoll Mehrausgaben in Höhe von 1.346 Tsd. Euro erwartet. Verglichen mit dem Vorjahr liegen die Ausgaben im Berichtszeitraum jedoch deutlich niedriger (300 Tsd. Euro).

Hier wird grundsätzlich eine andere haushaltstechnische Darstellung zu überlegen sein, da die Einnahmeverfügungsmittel laufende Ausgaben nur teilweise abdecken können. Tendenziell sind die Einnahmeverfügungsmittel rückläufig. Die Überschreitung hat somit eher strukturelle Ursachen. Die Ortspolizeibehörde Bremerhaven prognostiziert Personalmehrausgaben in Höhe von rd. 440 Tsd. Euro. Diese sind zahlenmäßig im Bericht noch nicht berücksichtigt, da noch eine genauere Analyse erforderlich ist. Sobald gesichertere Erkenntnisse vorliegen, wird hierzu gesondert berichtet. Es ist zu berücksichtigen, dass das Ressort insgesamt 235 Tsd. Euro als Anteil an der globalen Minderausgabe zu erbringen hatte.

Das Ressort hatte entsprechend der Bitte des Senats gegenüber dem Finanzressort zum 31.03.2014 ausführlich über die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltes berichtet. Die zum jetzigen Bericht vorliegenden Zahlen bestätigen diese frühe Einschätzung im Wesentlichen. Gleichwohl wird das Ressort alle Anstrengungen unternehmen, das Ergebnis im weiteren Jahresverlauf zu verbessern.

Produktplan:	07	Controlling 01	-06/14
Inneres		01.09.201	4
Vorontwortlich	Sanatar Mäurar	Vorcion: 86	Soite 3

Ein Ausgleich der erwarteten Mehrausgaben durch Reduzierung von Ausgaben an anderer Stelle ist voraussichtlich nicht möglich. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Ausgaben in hohem Maße verpflichtet und damit nicht beeinflussbar sind. Spielräume für Gegensteuerungsmaßnahmen sind so gut wie nicht vorhanden.

Entsprechend dem Beschluss des Senats vom 05.08.2014 wird zu den genannten Produktgruppen, in denen die Mehrausgaben erwartet werden, mit gesondertem Schreiben detailliert berichtet.

Die Ausgaben für Zins- und Management-Leistungen der Polizei und Feuerwehr an das Sondervermögen für Immobilien und Technik liegen in der Prognose mit 35 Tsd. Euro deutlich unter dem Anschlag von 97 Tsd. Euro. Dieses ist darin begründet, dass der vom SVIT zu verwaltende Anteil der Fahrzeuge und Geräte deutlich abnimmt.

Meldung zu investiven Minderausgaben Das Ressort meldet Fehlanzeige

Personal

Das voraussichtliche Jahresergebnis 2014 im Bereich der Personalausgaben weist nach aktueller Prognose ein Defizit in Höhe von 3.100 Tsd. Euro auf.

In dieser Prognose wurden bereits defizitreduzierend folgende Aspekte berücksichtigt:

- Refinanzierte Anteile in Höhe von insgesamt 2.901 Tsd. Euro, da bis Jahresende ein Ausgleich durch entsprechende Einnahmen erwartet wird.
- Die beim Statistischen Landesamt zur Verfügung stehenden Personalverstärkungsmittel für befristet eingestellte Zensus-Kräfte in Höhe von 185 Tsd. Euro, da diese im Rahmen einer produktplaninternen Nachbewilligung in Periode 07/2014 ausgeglichen werden.
- Ein Ausgleich für Ausbildungskosten durch Umbuchungen aus dem Produktplan 92 in Höhe von insgesamt 281 Tsd. Euro .
- Ümbuchung von 10,49 VZE aus dem Kernbereich der Feuerwehr in Refi-HH-Stellen in Höhe von 211 Tsd. Euro.
- 4 Personalabgänge bei der Feuerwehr Bremen, die bis Jahresende Einsparungen in Höhe von 70 Tsd. Euro bedingen.
- Minderausgaben aufgrund der Fluktuationsprognose im Bereich der Polizei in Höhe von 1.062 Tsd.
- Umbuchung von 8 VZE der Polizei in den Berufseinsteigerpool der Senatorin für Finanzen in Höhe von 281 Tsd. Euro.
- Restfluktuation in den Bereichen 0703 und 0790 in Höhe von 150 Tsd. Euro
- Personalrückverlagerungen aus dem PPL 96 für die Bereiche 0703 und 0790 in Höhe von 75 Tsd. Euro für die zeitversetzte Migration zu Dataport.
- Die Unterschreitung der frei verfügbaren Nebentitel in Höhe von rund 27 Tsd.

Defiziterhöhend wurden demgegenüber folgende Aspekte in die Prognose einbezogen:

- Die geplanten Einstellungen aus der Ausbildung bei der Polizei Bremen (ca. 100 zum 01.10.2014) in Höhe von ca. 850 Tsd. Euro
- Die weitere Auszahlung geleisteter Mehrdienststunden im Rahmen der Tätigkeit in Ermittlungsgruppen, durch besondere Einsatzlagen sowie durch Rufbereitschaft in Höhe von 209 Tsd. Euro.
- Die Einstellung von sechs Seiteneinsteigern zum 01.10.2014 im Bereich der Wasserschutzpolizei.
- Budgetrisiken im Rahmen der Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von insgesamt ca. 112 Tsd. Euro.

In der Produktgruppe 07.01.01 (Polizeivollzug) ist aktuell ein Betrag in Höhe von 2.054 Tsd. Euro im Soll gesperrt. Wenn man die Realisierung von entsprechenden Einnahmen und folglich die Aufhebung der Sperre unterstellt, verbleibt ein Budgetrisiko für den PPL 07 in Höhe von 1.072 Tsd. Euro. Die Zielzahlen werden im Kernbereich in der betrachteten Periode bereits um rund 43 VZE überschritten. Zu einer Erhöhung der Zielzahlüberschreitung im Produktplan 07 werden

- die bei der Polizei Bremen im Oktober umzusetzenden Einstellungen aus der Ausbildung und der Rückgang der Abgänge durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit (Erhöhung der im Produktbereich prognostizierten Überschreitung von 51 VZE um weitere 38 VZE),
- die erfolgte Übernahme von 14 VZE aus der Ausbildung bei der Feuerwehr Bremen zur Erreichung der Zielzahlen und zur Sicherstellung des Schutzzieles
- die für den Abbau der Rückstände in der Widerspruchsachbearbeitung in Ausländerangelegenheiten vorgenommenen befristeten Einstellungen in der senatorischen Behörde (einschließlich Rückkehrer/innen aus Beurlaubung und Abordnung sowie erforderlicher Einstellung ca. 10 VZE),
- die im Kontrakt vereinbarte Überschreitung der Zielzahl im Stadtamt Bremen um 8,2 VZE sowie
- die in der Abteilung 4 des Senators für Inneres und Sport/Landesamt für Verfassungsschutz vorgesehenen Einstellungen (insgesamt 15 VZE im Kernbereich davon 9 Versetzungen von Polizeivollzugsbeamten von der Polizei Bremen) beitragen.

Unter Berücksichtigung der genannten Ursachen sowie der gegenzurechnenden Personalabgänge wird sich nach aktuellem Kenntnisstand die Zielzahlüberschreitung bis zum Jahresende 2014 (Stichtag 31.12.2014) auf rund 93,9 VZE erhöhen. Im Mittelwert fällt die Überschreitung wesentlich geringer aus.

3.3 Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wird auf Basis der vorliegenden Zahlen unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen um 6.577 Tsd. Euro überschritten. Die Überschreitung

Produktplan: Inneres	07	Controlling 01-06/14 01.09.2014	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 86 Se	eite 4

resultiert aus den prognostizierten Mindereinnahmen, den Mehrausgaben im Personalbereich sowie den Mehrausgaben im konsumtiven Bereich. Unter weiterer Berücksichtigung von investiven Einnahmen sowie Minderausgaben bei den Zinsen ergibt sich die dargestellte voraussichtliche Überschreitung des Finanzierungssaldos. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass insgesamt 338 Tsd. Euro (185 Tsd. Euro für Personalausgaben, 153 Tsd. Euro für konsumtive Ausgaben) aus konsumtiven Resten für den Zensus in Anspruch genommen werden sollen. Die Liquidität kann innerhalb des Produktplanes nicht hergestellt werden.

Fazit:

Zusammenfassend stellen sich die Risiken im Berichtszeitraum wie folgt dar:

vorr. Soll vorr. Ist Differenz

konsumtive Einnahmen: 37.172 35.308 -1.864

Personalausgaben : 164.208 167.394 -3.100

konsumtive Ausgaben: 72.304 75.060 -2.756

Summe Risiko: -7.720

Wird die Aufhebung de Sperre in Höhe von 2.054 Tsd. Euro bei der Produktgruppe 07.01.01 unterstellt, würde sich das Gesamtrisiko auf 5.666 Tsd. Euro reduzieren.

Weitere Anmerkungen:

Bewirtschaftungsmaßnahmen

Das Ressort hat bereits am 05.03.2014 Bewirtschaftungsmaßnahmen mit dem Ziel erlassen, eine Minimierung des Ausgaberisikos zu erreichen.

Optimierung der Verkehrsüberwachung

Die Umsetzung des Konzeptes zur Optimierung der Verkehrsüberwachung kann in ihrem finanziellen Aspekt erst Wirkung zeigen, wenn die geplanten zusätzlichen Stellen besetzt sind. Die Besetzungen werden voraussichtlich zum Ende des 2. Quartals erfolgt sein; vor dem Herbst ist mit einer maßgeblichen Einnahmesteigerung nicht zu rechnen.

3.4 Leistungsdaten (zu Seite 1a "Strategische Leistungsdaten")

3.4.1 Erreichen einer Aufklärungsquote von 50% (Polizei)

Bedingt durch die Systemumstellung auf das neue Vorgangsbearbeitungssystem @rtus sind noch nicht alle Straftaten abschließend erfasst, was rechnerisch zu einer Reduzierung der Aufklärungsquote führt. Die Nacherfassung erfolgt im Laufe der nächsten Monate.

3.4.2 Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei

Der Planwert von 80% wird mit 85,2% überschritten.

3.4.3 Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfsdienst

Der Planwert von 95% wurde erreicht. Allerdings beziehen sich diese 95 % auf das gesamte Stadtgebiet. Aufgrund der zum Teil erheblichen Unterschreitungen in einzelnen Ortsteilen erfolgt zurzeit eine Überarbeitung des Brandschutzkonzeptes.

3.4.4 Wartezeit

Damit Spontankunden die Wartezeit nicht im BSC verbringen müssen, erhalten Sie taggleich einen Termin. Der Zeitraum bis zum taggleichen Termin wird jedoch systembedingt als Wartezeit bei der Berechnung der Wartezeiten für Terminkunden berücksichtigt. Das führt dazu, dass sich der Anteil der Terminkunden, die weniger als 20 Minuten warten müssen, auf 55% reduziert hat. Der Anteil der Terminkunden konnte dagegen erheblich gesteigert werden. Dadurch wurde auch die Servicequalität erhöht, da die Spontankunden, die jetzt einen taggleichen Termin erhalten, keine langen Wartezeiten im Stadtamt verbringen müssen und über die Zwischenzeit selbst verfügen können.

3.4.5 Wartezeit

Der Planwert von 92% wurde erreicht.

3.4.6 Anzahl legaler Waffen

Die Anzahl der legalen Waffen konnte reduziert werden und liegt um 4,7% unter dem geplanten Höchstwert.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014		
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2014		

PRODUKTPLAN 08		schätzung erreichung	
Gleichberechtigung der Frau		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen		
	Personal:		\boxtimes
	Leistungen:		
Kommentar:			
Finanzdaten Das Budget wird eingehalten. Unter Berücksichtigung Verlagerungen wird der Finanzierungssaldo voraussic € unterschritten. Personaldaten Die Personalausgaben und die Zielzahlen werden vor Leistungsdaten Die Veröffentlichungen und Veranstaltungen haben zu ein Rückgang bei den Fortbildungen.	htlich zum Jahre	esende um (0,005 Mio.
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Keine.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 08 Gleichberechtigung der Frau		Controllin 01.09	
Verantwortlich:	Hauffe	Version: 86	Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:





1. Ressourceneinsatz

Kamerale		Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	64	64	-0	-0,5	73	74	69	-5	69
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	157	157	0	0,3	157	157	157	0	157
Gesamteinnahmen	221	221	0	0,0	230	231	226	-5	226
Personalausgaben	366	386	-20	-5,2	786	783	761	-22	776
konsumtive Ausgaben	140	120	20	16,5	434	435	271	-164	207
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	2	-2	-100,0	15	15	10	-5	4
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	506	508	-2	-0,5	1.235	1.233	1.042	-191	987
Saldo	-285	-287	2	-0,8	-1.005	-1.002	-816	186	-760

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff		
ermachtigungen			Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0		
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Budgetrück-	Stand des	
lagenbestand	Verlustvortr .	
Tsd. EUR		
216	0	

Personaldaten	Juni 2014			kumuli	kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
i ei sonaiuaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
					Tsd. EUR					
Kernbereich	61	63	-2	364	380	-16	754	774	-20	
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zwischensumme	61	63	-2	364	380	-16	754	774	-20	
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Nebentitel	1	1	0	2	6	-4	7	12	-5	
Insgesamt	62	64	-2	366	386	-20	761	786	-25	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	1	-1	1	3	-2	3	6	-3	
				Volumen (Tei	lzeit umgerechr	net in Vollzeit)				
Kernbereich	10,9	11,3	-0,4	10,8	11,4	-0,6	10,8	11,3	-0,5	
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Zusammen	10,9	11,3	-0,4	10,8	11,4	-0,6	10,8	11,3	-0,5	
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	1	-	0,0	-	-	
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-	
	+									

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	(
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	14,3	22,5	15,4
Beschäftigte über 55 Jahre	42,9	17,5	38,5
Frauenquote	100,0	50,0	100,0
Teilzeitquote	78,6	35,0	76,9
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

Produktplan: 08	Gleichberechtigung der Frau	Controlling 01-06/2014
Verantwortlich: Hauffe		Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

1. Anregung und Vorschläge zu Entwürfen sowie Prüfung von Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen des Senats sowie des Bundes, an denen der Senat mitwirkt, soweit diese Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Frau haben

Sachstand/Analyse/Bewertung

Absicherung von Frauenbelangen durch die Begleitung der Landes- und Kommunalpolitik und des Bundesratsverfahrens z.B. durch das Verfassen von Stellungnahmen und Positionspapieren zu aktuellen Themen.

2. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen des Bundes und der Länder.

Sachstand/Analyse/Bewertung

U. a. Mitwirkung an der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz, Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zusammenarbeit mit den für Frauenpolitik zuständigen Landesministerien in Arbeitsgruppen.

3. Eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, die die Gleichberechtigung der Frau fördert.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Erstellung von Broschüren, Ratgebern, Rundschreiben, Durchführung von Aktionen, Veranstaltungen und Vorträgen zu frauenrelevanten Themen in Bremen, sowie entsprechende Pressemitteilungen.

4. Unterstützung benachteiligter Frauen bei der Durchsetzung ihrer Interessen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Es haben Beratungen in allen relevanten Fachbereichen stattgefunden, um Frauen bei der Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen zu unterstützen. Die ZGF ist Anlauf- und Beschwerdestelle für Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten und verschiedener Nationalitäten. Im Zentrum stehen rechtliche und finanzielle Fragen zur beruflichen und arbeitslosen Situation von Frauen sowie zum Bereich des Familienrechts, vor allem zu Trennungs- und Scheidungssituationen. Weiterhin fragen Frauen um Rat in Fällen von häuslicher Gewalt, sexuellen Übergriffen am Arbeitsplatz und Mobbing. Beraten wird, neben der persönlichen Einzelfallberatung, auch durch Ratgeber in Print- und Onlineversionen.

Die ZGF berät ebenso die Frauenbeauftragten im öffentlichen Dienst und in den bremischen Mehrheitsgesellschaften in ihren vielfältigen rechtlichen Fragen bei ihrer Arbeit für betroffene Frauen und unterstützt in Konfliktfällen.

5. Bereitstellung von Expertinnenwissen im Rahmen der Implementierung von Gender Mainstream

Sachstand/Analyse/Bewertung

Das Expertinnenwissen wird in der ressortübergreifenden AG der Gender Beauftragten, die von der ZGF geleitet wird und die den Implementierungsprozess befördert eingebracht. Hierzu wurden Fortbildungs- und Vernetzungsveranstaltungen organisiert. Die Bürgerbeauftragten der Ressorts und das Bürgertelefon wurden über Beratungs- und Unterstützungsangebote informiert, die nun bei Anfragen weitergegeben werden. Die Seite www.antidiskriminierung.bremen.de mit allen Angeboten und Aktivitäten wurden ebenso, wie ein Folder in sieben Sprachen erstellt.

roduktplan: 08 Heichberechtigung der Frau	Controlling 01-06/14 01.09.2014
erantwortlich: Hauffe	Version: 86 Seite 2
. Analyse/Bewertung Konsumtive Einnahmen:	
Die konsumtiven Einnahmen entsprechen den Planwerten.	
Konsumtive Ausgaben:	
Im Berichtszeitraum ergibt sich eine Überschreitung des Planwertes darsd. Euro. Hierbei handelt es sich um die Mittelabflüsse der Zuwendum Rahmen von niedrigschwelligen Angeboten zu häuslicher Beziehuvon 55 Tsd. Euro von den Haushalten Justiz, Soziales und Inneres in dachbewilligt.	ungen für das Projekt "Neue Wege" ungsgewalt. Hier wurden Mittel in Höhe
Finanzierungssaldo:	
Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird voraussichtlich ein	ngehalten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2014

PRODUKTPLAN 09	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
Staatsgerichtshof		Nicht erreicht	erreicht		
	Finanzen				
	Personal:				
	Leistungen:				
Kommentar:					
Finanzdaten Das Budget wird eingehalten. Unter Berücksichtigung Verlagerungen wird der Finanzierungssaldo voraussic € unterschritten.					
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:					
Keine.					

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 09		Controlling 01-06/14		
Staatsgerichtshof		01.09.2014		
Verantwortlich:	Frau Mever		Version: 86	Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:





1. Ressourceneinsatz

Kamerale		Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Personalausgaben	22	23	-1	-4,2	40	38	38	0	40
konsumtive Ausgaben	10	13	-3	-21,9	22	15	15	0	15
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	32	36	-4	-10,6	63	53	53	0	55
Saldo	-32	-36	4	-10,6	-63	-53	-53	0	-55

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr							
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff			
ermachtigungen	Tsd. EUR							
- konsumtiv	0	0	0	0	0			
- investiv	0	0	0	0	0			
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0			

Budgetrück-	Stand des					
lagenbestand	Verlustvortr .					
Tsd. EUR						
10	0					

Personaldaten	Juni 2014		kumuli	kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
1 ei sonaidaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
					Tsd. EUR				
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	3	3	0	22	23	-1	39	40	-1
Insgesamt	3	3	0	22	23	-1	39	40	-1
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	-			Volumen (Tei	lzeit umgerechn	et in Vollzeit)			
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013			
	Ist	Planwert	Ist			
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%					
Verwaltungspersonalquote	-	-	-			
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-			
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-			
Frauenquote	-	-	-			
Teilzeitquote	-	-	-			
Schwerbehindertenquote	-	-	-			

Produktplan:	09	Controlling 01-06/2014
Verantwortlich: Frau Mey	er	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Die Aufgaben des Staatsgerichtshofs ergeben sich ausschließlich aus der in der Landesverfassung und in Landesgesetzen festgelegten Zuständigkeitsordnung. Danach ist der Staatsgerichtshof zuständig für die Entscheidung von Zweifelsfragen über die Auslegung der Verfassung und andere staatsrechtliche Fragen, die ihm der Senat, die Bürgerschaft oder ein Fünftel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft des Landes Bremen vorlegt, sowie in den anderen durch Verfassung oder Gesetz vorgesehenen Fällen (Art. 140 BremLV).

Weitere strategische Leistungsziele sind nicht möglich.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

B. Leistungskennzahlen

		Berichts	zeitraum		2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-	Abweichung*	
Kennzahlen			abs.	%	Planwert
VERFAH	1	1	0,00	0,0	
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Staatsgerichtshof	09		ng 01-06/14 9.2014
Verantwortlich:	Frau Meyer	Version: 86	Seite 2
3. Analyse/Bewertung Die Unterschreitung des den Ausgaben für die "Ta Verfassungsgerichtshöfe' Rechnungen fehlen noch	Planwertes um 3 Teuro bei den konsumtiv agung der Präsidentinnen und Präsidenten ' verursacht. Die Kosten sind geringer als	ren Ausgaben wird ausschließlich von der Staats- bzw. kalkuliert wurde und einige	
Das Ziel wird erreicht			
Personaldaten			
Das Ziel wird erreicht			
Die Primärausgaben wer	den den Anschlag voraussichtlich nicht üb	erschreiten	
Die Filmarausgaben were	den den Anschlag voraussichtlich nicht ub	erschiehen.	

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2014

PRODUKTPLAN 11	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
Justiz		Nicht erreicht	erreicht		
	Finanzen		\boxtimes		
	Personal:		\boxtimes		
	Leistungen:				
Kommentar:					

Finanzdaten

Das Budget sowie der produktplanbezogene Finanzierungssaldo werden unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen zum Jahresende voraussichtlich um rd. 0,8 Mio. € unterschritten. Dies ist bedingt durch Mehreinnahmen (rd. 2,5 Mio. €), Personalminderausgaben (rd. 0,3 Mio. €) und investiven Minderausgaben (rd. 0,7 Mio. €) denen jedoch konsumtive Mehrausgaben (2,7 Mio. €) insbesondere durch die nicht steuerbare Ausgabenüberschreitung bei den Auslagen in Rechtssachen gegenüberstehen.

Das Ressort weist darauf hin, dass die Mehrkosten bei der Sanierung der JVA gemäß Senatsbeschluss vom 08.07.2014 im lfd. Jahr nicht anfallen werden. Weitere Ausgabensteigerungen durch das 2.KostRMoG wurden i.H.v. 0,6 Mio. € bereits vom Ressort in der Jahresplanung berücksichtigt.

Personaldaten

Bei den Personalausgaben im Kernbereich werden unter Berücksichtigung der noch zu zahlenden Altersteilzeitrückstellungen, der sollmindernden Verbeamtungseffekte, der Übernahme von Auszubildenden sowie der Restfluktuation Mehrausgaben in Höhe von rd. 470 Tsd. € erwartet.

Überschreitungen im Kernbereich werden voraussichtlich durch Minderausgaben in der Ausbildung (Reduzierung der Referendareinstellung) und durch Minderausgaben bei den Nebentiteln teilweise ausgeglichen werden können. Des Weiteren prognostiziert das Ressort weitere erhebliche, sollerhöhende Einnahmeverfügungs- und Drittmittel – die über die Personalausgaben im refinanzierten Bereich hinausgehen - zum Ausgleich der verbleibenden Personalmehrausgaben im Kernbereich.

Im Juli wird zum Jahresende eine Zielzahlüberschreitung von durchschnittlich 5,5 VZE ausgewiesen. Die im aktuellen Haushaltsjahr wirksame reduzierte Einstellung von Rechtsreferendaren wird als Kompensation für die zu erwartende Zielzahlüberschreitung angerechnet.

Es ist weiterhin ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln erforderlich.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2014

<u>Leistungsdaten</u>

Die Leistungsdaten werden im Wesentlichen eingehalten.

Bei den Amtsgerichten korrespondieren die niedrigen Erledigungszahlen in Straf- und Bußgeldverfahren mit geringeren Eingangszahlen. Das Ressort gibt an, dass das Personal entsprechend nachgesteuert wurde. Die Belegung der JVA Bremen ist im Berichtszeitraum in allen Vollzugsbereichen hinter den Planungen zurück geblieben.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Es ist weiterhin ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln erforderlich.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

roduktplan: 11		Controlling 01-06/14		
ustiz		01.09.2014		
Verantwortlich:	Senator Günthner		Version: 86	Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale	Januar - Juni 2014 Jahresplanung 2014								
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tso	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	20.886	18.087	2.799	15,5	36.728	37.595	40.140	2.545	36.680
investive Einnahmen	2	0	2	0,0	0	0	2	2	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	876	876	0	0
Gesamteinnahmen	20.888	18.087	2.801	15,5	36.728	38.471	41.018	2.547	36.680
Personalausgaben	32.506	32.457	49	0,2	66.251	66.958	66.694	-264	66.031
konsumtive Ausgaben	23.500	22.716	784	3,5	44.995	45.166	47.844	2.678	45.045
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	4	4	0	4
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	5.144	5.385	-241	-4,5	7.320	7.948	7.295	-653	7.367
relevante Verrech./Erstatt.	1.676	1.659	17	1,0	1.691	1.691	1.691	0	1.659
Gesamtausgaben	62.827	62.217	610	1,0	120.258	121.767	123.528	1.761	120.105
Saldo	-41.939	-44.130	2.191	-5,0	-83.530	-83.296	-82.510	786	-83.425

Vomflightungs		A	bdeckung im Ja	hr	2018ff			
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff			
ermachtigungen	Tsd. EUR							
- konsumtiv	0	37	28	27	98			
- investiv	0	5.069	4.565	3.223	1.266			
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	3	3	2	2			

Budgetrück-	Stand des				
lagenbestand	Verlustvortr .				
Tsd. EUR					
0	7.512				

Personaldaten		Juni 2014		kumuli	kumuliert Januar - Juni 2014			sichtl. Jahresei	gebnis	
i ei sonaidaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
		•			Tsd. EUR			,		
Kernbereich	4.710	4.745	-35	28.663	28.517	146	58.729	58.453	276	
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausbildung	193	201	-8	1.132	1.202	-70	2.297	2.386	-89	
Zwischensumme	4.903	4.946	-43	29.795	29.719	76	61.026	60.839	187	
Refinanzierte	50	25	25	314	141	173	595	283	312	
Nebentitel	209	288	-79	2.397	2.597	-200	4.763	5.129	-366	
Insgesamt	5.162	5.259	-97	32.506	32.457	49	66.384	66.251	133	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	139	201	-62	1.140	1.170	-30	2.106	2.229	-123	
		•	•	Volumen (Tei	lzeit umgerechr	net in Vollzeit)				
Kernbereich	1.241,0	1.229,7	11,3	1.244,0	1.233,9	10,1	1.242,5	1.228,9	13,6	
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Ausbildung	158,0	148,0	10,0	155,5	148,0	7,5	156,8	148,5	8,3	
Zusammen	1.399,0	1.377,7	21,3	1.399,5	1.381,9	17,6	1.399,3	1.377,4	21,9	
Refinanzierte	9,5	-	-	11,5	-	-	10,5	-	-	
Abwesende	63,0	-	-	62,8	-	-	62,9	-	-	
	1			- ' '			- ,-			

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013		
1 or sommistratival	Ist	Planwert	Ist		
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%				
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0		
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,1	22,5	17,1		
Beschäftigte über 55 Jahre	21,1	17,5	20,6		
Frauenquote	56,6	50,0	56,6		
Teilzeitquote	25,2	35,0	26,1		
Schwerbehindertenquote	5,6	6,0	5,4		

Produktplan: 11	Controlling 01-06/2014
Justiz	
Verantwortlich: Senator Günthner	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Sanierung der Justizvollzugsanstalt

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die anlaufende Bauphase 2 der Gesamtsanierung ist geprägt durch prognostizierte Kostensteigerungen vornehmlich aufgrund der konjunkturellen Entwicklung in nicht erwarteter und nicht eingeplanter Höhe. Weitere Mehrkosten sind bereits identifiziert durch vermehrt aufgetretene Probleme in der Sanierung im Bestand.

Diesbezüglich sind die Planungen der noch anstehenden Teilmaßnahmen der Sanierung (Bremerhaven 2.Bauabschnitt / Sanierung Haus 1 und 2) unter Berücksichtigung derzeitiger und zukünftiger vollzuglicher Anforderungen überdacht worden mit dem Ziel die Mehrkosten zu verringern, aber gleichzeitig die Sanierungsziele trotzdem zu erreichen.

Am 08.07.2014 hat der Senat dem angepassten Sanierungskonzept zugestimmt, nach dem zunächst nur die bereits in der Ausführung bzw. Ausführungsplanung befindlichen Baumaßnahmen Haus 4 sowie der 2. Bauabschnitt in Bremerhaven entsprechend der ursprünglichen Planung fortgesetzt werden. Die Sanierung von Haus 1 und Haus 2 (ca. 260 Haftplätze) soll erst nach Abschluss der o.g. Maßnahmen und Prüfung von weiteren Handlungsalternativen unter Berücksichtigung der dann gegebenen vollzuglichen Gegebenheiten umgesetzt werden.

Mit der Fortsetzung Haus 4 und BHV 2.Bauphase gemäß den bekannten Planungen werden weitere Kostenrisiken (Bauen im Bestand) identifiziert und benannt werden können. Mit der Aussetzung und Neuausrichtung Haus 1 und 2 werden notwendige vollzugliche Anpassungen ermöglicht und aus den gemachten Erkenntnissen Haus 4 und BHV wird zusätzlich die Planungs- und Kostensicherheit vertieft.

Am 09.07.2014 hat der Rechtsausschuss Kenntnis genommen. Am 11.07.2014 hat der Haushalts- und Finanzausschuss zugestimmt.

Projekt Knastgewächse

Sachstand/Analyse/Bewertung

Mit der aus ESF-Bundesmitteln aus dem Programm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ) sowie aus Landesmitteln finanzierten Maßnahme wird ein Beschäftigungsprojekt zur beruflichen und sozialen Wiedereingliederung von Gefangenen und langzeitarbeitslosen Haftentlassenen auf dem Gelände der ehemaligen Jugendanstalt in Blockland umgesetzt. Das Projekt hat eine Laufzeit vom 01.03.2012 bis zum 31.10.2014. Es wird von dem Träger "Förderwerk Bremen GmbH" in Kooperation mit dem Verein Hoppenbank und mit dem Senator für Justiz und Verfassung durchgeführt.

Nach dem Aufbau einer Infrastruktur durch die Renovierung der ehemaligen Gärtnerei, der Entfernung des Wildwuchses auf dem Gelände sowie diverser weiterer Maßnahmen konnte als zentrale gärtnerische Aufgabe der Gemüseanbau in den wieder hergestellten Gewächshäusern und Teilen des hergerichteten Außengeländes im Berichtszeitraum weiter ausgebaut werden. Die Teilnehmer erhalten eine berufliche Qualifizierung im Bereich Garten- und Landschaftsbau und werden u.a. in Anzucht und Aufzucht von Pflanzen und Gemüse geschult wie auch durch eine neue Kooperation mit einem Imkerverein im Bereich der Bienenzucht. Ausbau und Gestaltung des Außengeländes schreiten ebenfalls voran. Aus zusätzlich eingeworbenen Mitteln aus dem Landes-Programm ,Soziale Stadt' erfolgt momentan eine Erweiterung der Anbauflächen. Der Bereich für eine Streuobstwiese ist vorbereitet, daneben wurde in einem anderen Bereich ein Teich angelegt. Das Obst, Gemüse und der Honig werden gemeinnützigen Institutionen aus dem Stadtteil unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Zugleich werden weitere Kooperationsmöglichkeiten im Stadtteil ausgebaut bzw. intensiviert. Eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Institutionen wie Schulen (Schulgärten) und Vereinen (z.B. Kleingärtnerund Imkerverein, Mauern Öffnen) erfolgt. Der SJV begleitet und unterstützt die Kooperationsarbeit, um diesen Baustein des Übergangsmanagements mit der Infrastruktur auf diesem Gelände und in diesem Rahmen längerfristig etablieren zu können.

Projekt RESOWEST

Sachstand/Analyse/Bewertung

Mit dem aus dem Europäischen Strukturfonds (EFRE), der Städtebauförderung (Programm Soziale Stadt) sowie aus Landesmitteln finanzierten Verbundvorhaben soll die Infrastruktur für Maßnahmen der beruflichen und sozialen Wiedereingliederung von Gefangenen und langzeitarbeitslosen Haftentlassenen durch bauliche Vorhaben nachhaltig verbessert werden. Betroffen sind die JVA Oslebshausen (innerhalb und außerhalb der Mauern), der Stadtteil Gröpelingen sowie das Gelände der ehemaligen Jugendstrafanstalt Blockland. Mit den Infrastrukturmaßnahmen soll gleichzeitig ein positiver Beitrag zur Stadtteilentwicklung von Gröpelingen (Programmgebiet Soziale Stadt) geleistet sowie die Einbindung der JVA in den Stadtteil verbessert werden. Wesentliche Teilvorhaben sind:

In der JVA Oslebshausen (Teilprojekt 1):

- Herrichtung von Werkstätten und Schulungsräumen für den Jugendvollzug
- Umbau der alten Anstaltsküche für ergotherapeutische Maßnahmen im Rahmen der Sozialtherapie JVA Oslebshausen vor den Mauern/Stadtteil (Teilprojekt 2):
- Herrichtung von Unterrichts-, Beratungs- und Aufenthaltsräumen im Bereich des KompetenzCentrums
- Künstlerische Gestaltung der Außenmauer im Rahmen eines Beschäftigungsprojektes
- Pflege von Kunstobjekten im öffentlichen Raum Gröpelingen

 Rieskland (Teilespielet 2):

Blockland (Teilprojekt 3):

- Nutzbarmachung der ehemaligen Werkhalle für Maßnahmeangebote im Übergangsmanagement von Ex-Strafgefangenen/Straffälligen
- Erweiterung der Gartenbauflächen im Arbeitsfeld des Biwaq-Projektes "Knastgewächse" (Anlage eines Lehrgartens, Blockland Gardening)

Mit Zuwendungsbescheid von Sept. 2013 hat der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bis zu 800.000 € als EFRE-Förderung bewilligt. Mit Bescheid des SUBV vom Oktober 2013 wurden aus dem Programm Soziale Stadt 108.000 € für die Erweiterung der Gartenbauflächen Blockland sowie 82.000 € für das Kunstprojekt Außenmauer bewilligt. Das Projektende ist auf den 31.12.2014 terminiert.

Die Abwicklungsorganisation sämtlicher Teilprojekte erfolgt über die Koordination beim Senator für Justiz und Verfassung, der auch für die Auftragserteilung und Mittelweitergabe verantwortlich ist. Die Vorhaben befinden sich in der Ausführung, z.T. noch in der Ausführungsplanung. An allen drei Orten sind entsprechende Leistungsbeschreibungen erstellt und Aufträge vergeben worden. Umsetzungen finden sich in der ehemaligen Anstaltsküche, im Kompetenzcentrum wie auch in der Werkhalle 1 der ehemaligen Jugendanstalt. Weitere Auftragsvergaben stehen unmittelbar bevor. Die Projektarbeiten werden antragsgemäß bis Ende des Jahres beendet werden. Die verbesserte Infrastruktur soll durch weitere Projektvorhaben im Sinne der Programmvorgabe des Fördermittelgebers genutzt werden.

Einrichtung einer sozialtherapeutischen Abteilung in der JVA Bremen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Um den durch die Kündigung der Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen und der Entwicklung in Rechtsprechung und Gesetzgebung veränderten Bedingungen Rechnung tragen und den gesetzlichen Auftrag der Resozialisierung erfüllen zu können, ist die Schaffung einer eigenen sozialtherapeutischen Abteilung mit zwanzig Plätzen auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Bremen erforderlich. Für diese Maßnahme stehen gesamt 1,8 Mio. € zur Verfügung. Die Maßnahme wird im Rahmen des 30/20 Mio. € - Programms UVI parallel zur "Sanierung der JVA Bremen" umgesetzt. IB AöR ist mit der Projektabwicklung und -steuerung beauftragt. Der ursprünglich geplante Fertigstellungstermin kann aufgrund verschiedener Verzögerungen nicht eingehalten werden. Angestrebt wird die Fertigstellung bis Ende 2014.

Die in der JVA eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitet derzeit ein Konzept zur Struktur, der Diagnostik und der Behandlung mit einzelnen sozialtherapeutischen Maßnahmen. Erste Mitarbeiter konnten im Rahmen eines internen Interessenbekundungsverfahrens ausgewählt werden. Sie werden neben ihren regulären Aufgaben fortgebildet, um unmittelbar nach Fertigstellung den Betrieb aufnehmen zu können. Im Berichtszeitraum wurden die Leitungskräfte und die Fachdienste im Rahmen von Interessenbekundungsverfahren ausgewählt, so dass die angemessene personelle Ausstattung für die Inbetriebnahme gewährleistet ist. Die konzeptionellen Arbeiten zur Struktur, der Diagnostik und der Behandlung mit einzelnen sozialtherapeutischen Maßnahmen wurden unter ihrer Führung fortgesetzt und befinden sich kurz vor dem Abschluss. Das Konzept soll nach Beteiligung der Mitbestimmungsgremien im Herbst vorgestellt und verabschiedet werden, so dass eine Inbetriebnahme unmittelbar nach Fertigstellung des Gebäude zu Beginn des Jahres 2015 erfolgen wird.

Projekt "Optimierung der Strukturen und Informationswege in den Werkbetrieben der JVA Bremen"

Sachstand/Analyse/Bewertung

Im gen. Projekt wurden auf Grundlage einer neu vorgeschlagenen Organisationsstruktur die Aufgaben und Entscheidungskompetenzen der einzelnen Akteure beschrieben und insb. die Leitungsfunktionen in einem Geschäftsverteilungsplan beschrieben und voneinander abgegrenzt. Darüber hinaus wurde die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den Werkbetrieben und der Wirtschaftsverwaltung abgestimmt.

Die sukzessive Einführung des Datenbanksystems NexusWeb in den Betrieben macht es erforderlich, die Auswirkungen auf Abläufe und Kommunikationswege gleichermaßen zu beschreiben.

Aktuell wird ein Kennzahlentableau für die Beurteilung und Steuerung der Tätigkeit in den Werkbetrieben entwickelt. Die Ausrichtung des alltäglichen Handelns in den Werkbetrieben liegt neben dem Ziel der Wirtschaftlichkeit auch auf der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags zu Beschäftigung und Qualifizierung der Insassen. Diese Zieldimensionen stehen gleichberechtigt nebeneinander und werden bei der Kennzahlenentwicklung berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden in den Betrieben die Anzahl der Insassenarbeitsplätze pro Betrieb sowie die entsprechenden Lohnstufen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel aktualisiert.

Projekt "Flächendeckende Nutzung des elektronischen Dokumentenmanagementsystems (VISkompakt)"

Sachstand/Analyse/Bewertung

Mit Beschluss des Senats vom 11.12.2012 ist die Senatorin für Finanzen gebeten worden, bis Ende 2016 gemeinsam mit den anderen Ressorts die organisatorischen, technischen und finanziellen Voraussetzungen für alle Dienststellen zu schaffen, ein elektronisches Dokumentenmanagementsystem (DMS) einzuführen. Ziel ist es, an Stelle der Papierakten und hybrider Aktenführung mit papierbasierten und elektronischen Bestandteilen zukünftig vollständig elektronische Akten zu führen und Zuschriften von Vorgängen mittels sogenannter Geschäftsgangverfügungen elektronisch zu bearbeiten. Damit soll auch in Zukunft eine ordnungsgemäße und arbeitsökonomische Aktenführung sichergestellt werden. Ausgenommen sind zunächst die Personalakten.

Die Einführung von VISkompakt wurde im Ressort Justiz und Verfassung im ersten Halbjahr 2014 intensiv fortgesetzt. Die Projektleitung sowie die zur dienststellenübergreifenden Koordinierung eingerichtete Projektgruppe mit Vertretern der Dienststellen im Justizressort trifft sich in regelmäßigen Abständen, um Vereinbarungen zu Vorgehensweisen und einheitlichen Festlegungen bei der Arbeit mit VISkompakt zu treffen.

In den Verwaltungen aller nachgeordneten Dienststellen im Justizressort wurde die Führung und Bearbeitung von elektronischen Akten in VISkompakt ausweitet. Ausgenommen ist und bleibt das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Zweigstelle Bremen, das nicht in das IT-Netz in Bremen eingebunden ist. In der Dienststelle des Senators für Justiz und Verfassung arbeiten fast alle Mitarbeiter/innen in größer werdenden Teilbereichen mit elektronischen Akten in VISkompakt. Das per 31.12.2013 erstellte Rollout-Konzept als verbindlicher Zeitplan für die umfassende Nutzung des DMS wurde per 30.06.2014 fortgeschrieben; dieses wird in den Folgejahren umgesetzt.

Projekt "Forderungsmanagement in der Justiz"

Sachstand/Analyse/Bewertung

Für das zum 31.12.2013 beendete Projekt "Forderungsmanagement in der Justiz" ist im April 2014 der Abschlussbericht vorgelegt worden. Das Projekt hat sehr erfolgreich, mit der – die Kosten deckenden – Gesamteinnahmesumme von 148 Tsd. EUR, Beitreibungsquoten von 3,4% bezogen auf die Gesamtniederschlagungen der Jahre 2009 bis 2011 und von 15% auf die objektiv bearbeitbaren Forderungen erzielt. Dazu ist zu berücksichtigen, dass von der Landeshauptkasse nicht alle Niederschlagungsfälle an das Justizinkasso übergeben werden konnten, weil sie sich z.T. noch oder erneut in Bearbeitung befanden.

Die Erfahrungen des Projekts sind mit Hilfe der Unterstützung einer Projektmitarbeiterin (0,5 AKA) im ersten Halbjahr in die Linie der LHK gebracht worden. Dort wird die Wiederaufnahme niedergeschlagener Forderungen nunmehr in der Linie durchgeführt. Im ersten Halbjahr 2014 hat es auf die bereits im Projekt geltend gemachten Forderungen weitere Einzahlungen in Höhe von 29 Tsd. EUR gegeben, die Beitreibungsquote im Verhältnis zum objektiv bearbeitbaren Volumen liegt damit bei 17%.

Die Anregungen aus dem Gutachten zur Optimierung des Beitreibungsprozesses werden inzwischen mit einem regelmäßig tagenden runden Tisch "Forderungsmanagement" für die Gerichtskasse ausgewertet und ggfs. übertragen. Darüber hinaus werden die Erfahrungen im NdAW-Projekt "Forderungsmanagement" eingebracht.

Umsetzung der Fortbildungsoffensive

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Verbesserung der Fortbildung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist ein Arbeitsschwerpunkt des Justizressorts. Die begonnenen Maßnahmen in den Bereichen

- Fortbildungsoffensive für die Service-Kräfte,
- Fortbildungskonzept für die Richterinnen und Richter auf Probe in der bremischen Justiz und
- Fortbildungskooperation mit Niedersachsen

werden auch im Jahr 2014 fortgesetzt und weiterentwickelt.

(Schulungen der Führungskräfte: siehe "Systematische Führungskräfteentwicklung").

Die notwendige gerichtsbarkeitsübergreifende Koordinierung der Maßnahmen wird weiterhin durch eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Gerichtsbarkeiten, der Staatsanwaltschaften und der Behörde des Senators für Justiz und Verfassung geleistet.

Das Fortbildungsangebot der bremischen Justiz wird im Rahmen der Kooperation mit Niedersachsen stetig erweitert, z.B. nimmt Bremen mit Niedersachsen in diesem Jahr am neuen europäischen Austauschprogramm AIAKOS für dienstjunge Richter/innen teil.

Seit Anfang 2013 läuft bereits zum zweiten Mal ein zweijähriger Kurs zur (Nach-)Schulung zum/zur Justizfachangestellten, den alle Teilnehmer/innen weiterhin engagiert besuchen.

Um der zunehmenden Bedeutung von Sicherheitsbelangen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften Rechnung zu tragen, werden dienstübergreifende Schulungen zu den Themen "Umgang mit gewaltbereitem Publikum" und "Selbstbehauptung" durchgeführt.

Auf den Service-Seiten des Senators für Justiz und Verfassung unter <u>www.justiz.bremen.de</u> wird über das aktuelle Fortbildungsangebot informiert.

Systematische Führungskräfteentwicklung und Stärkung der Managementkompetenz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur systematischen und vorausschauenden Führungskräfteentwicklung wurde ein Konzept für den Bereich der Dienststellen- und Geschäftsleiter/innen erstellt. Im November ist eine zweitägige Fortbildung für Geschäftsleiter/innen zum Thema "Gesunde Führung" geplant.

Das Qualifizierungsprogramm für zukünftige Führungskräfte der Laufbahngruppe zwei, erstes Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) einschließlich der Hospitationen in unterschiedlichen Bereichen, darunter auch in anderen Dienststellen, wird seit Herbst 2013 mit einem zweiten Lehrgang mit 15 Teilnehmer/innen fortgesetzt.

Für alle Führungskräfte der Laufbahngruppe 1.2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer Dienst) wird ab Herbst erstmals eine Fortbildungsreihe zu verschiedenen Führungsthemen angeboten werden.

Im Rahmen der Kooperation mit Niedersachsen wird zur weiteren Qualifizierung der Leiter/innen der Wachtmeistereien ein Erfahrungsaustausch stattfinden.

Eine vermehrte Delegation von Führungs- und Personalverantwortung in Gerichten und Staatsanwaltschaften wird angestrebt, mit der insbesondere stellvertretende Behördenleiter, Vizepräsidenten, aufsichtführende Richter und Abteilungsleiter angesprochen werden sollen. Maßnahmen zur erweiterten Delegation von Verantwortlichkeiten auf aufsichtführende Richter sind bereits beim Amtsgericht Bremen umgesetzt worden, diese haben sich gut bewährt.

Teilnahme bremischer Gerichte und Staatsanwaltschaften an länderübergreifenden Vergleichsringen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Das Hanseatische Oberlandesgericht hat sich erneut an einem bundesweiten Vergleich der Oberlandesgerichte beteiligt. Neben der Verbesserung der internen Abläufe wurde auch die Zusammenarbeit mit den nachgeordneten Dienststellen, wie z.B. das Landgericht und die Amtsgerichte analysiert.

Die Erkenntnisse aus mehreren Durchgängen von Vergleichsringen werden in den Gerichten ausgewertet. Hierzu gehören die Überprüfung von übernommenen Verbesserungsvorschlägen sowie die Analyse von Umsetzungsschwierigkeiten.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Sachstand/Analyse/Bewertung

In den Dienststellen werden weiterhin die Arbeitsplatzgefährdungsanalysen durch den Fachdienst für Arbeitsschutz durchführt. Auch die Angebote zur Rückenschule und Yoga-Kurse im Gesundheitsraum des Justizzentrums wurden weiterhin stark nachgefragt und sind für alle Beschäftigten Bremer Justiz nutzbar.

Schwerpunktthema für 2014 und 2015 ist der Umgang mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Erste Seminare wurden durchgeführt, die sich zunächst an Beschäftigte aller Dienstgruppen der Strafabteilungen in den Amtsgerichten und im Landgericht sowie der Staatsanwaltschaften richten.

Neben der steigenden Arbeitsverdichtung und der zunehmenden Aufgabenkomplexität werden für die angesprochene Zielgruppe spezielle Belastungen dadurch hervorgerufen, dass diese in Schwurgerichtsverfahren und bei Verfahren, die z.B. sexuellen Missbrauch oder andere Gewalttaten zum Gegenstand haben, mit stark belastenden Inhalten konfrontiert werden. Diese Arbeitsinhalte werden nicht nur als psychisch belastend, sondern gerade auch von jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als kaum erträglich und akut traumatisierend empfunden.

Die möglichen Folgen solcher arbeitsbedingten Belastungen bei den Beschäftigten können dabei von Demotivation über physische und psychische Stresssymptome bis hin zur posttraumatischen Belastungsstörung reichen. Für die betroffenen Abteilungen oder Ämter kann dies zu einer Verschlechterung der Leistungen, dem vermehrten Auftreten von Fehlern, zu erhöhten Krankenständen sowie zu Schwierigkeiten, künftig Personal zu gewinnen, führen.

B. Leistungskennzahlen

		Berichtszeitraum			
	IST	Planwert	IST-Planwert-	·Abweichung*	
Kennzahlen			abs.	%	Planwert
Landgericht Bremen:					
Zivil- u. K.f.H.sachen (Erledig.) [ST]	1.503,000	1.455,000	48,000	3,3%	2.910,000
Richter in Zivil- u. K.f.H.sachen [VK]	20,933	22,000	-1,067	-4,9%	22,000
Strafsachen (Erledigungen) [ST]	203,000	205,000	-2,000	-1,0%	410,000
Richter in Strafsachen [VK]	21,917	22,000	-0,083	-0,4%	22,000
Amtsgerichte:					
Zivil- u. Familiensachen (Erledig.) [ST]	8.720,000	8.950,000	-230,000	-2,6%	17.900,000
Richter in Zivil- u. Familiensachen [VK]	32,000	32,200	-0,200	-0,6%	32,200
Straf- u. Bußgeldverf. (Erledig.) [ST]	6.233,000	7.225,000	-992,000	-13,7%	14.450,000
Richter in Straf- u. Bußgeldverf. [VK]	25,725	27,300	-1,575	-5,8%	27,300
Staatsanwaltschaft Bremen:					
Ermittlungsverf Js - (Erledig.) [ST]	27.232,000	28.150,000	-918,000	-3,3%	56.300,000
Staats-/ Amtsanwält/innen [VK]	55,665	58,000	-2,335	-4,0%	58,000
Justizvollzugsanstalt Bremen:					
Belegungs-/Auslastungsgrad [%]	76,23	82,60	-6,37	-	82,60

^{*} bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Justiz	11			ng 01-06/14 0.2014
Verantwortlich:	Senator Günthner		Version: 86 Seite 2	

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

3.1.2 Weitere Anmerkungen

Die Einhaltung des Budgets ist nach den Ergebnissen des Berichtszeitraums nicht gefährdet. Das voraussichtliche Jahresergebnis stellt sich nach den Ergebnissen des Berichtzeitraums Januar bis Juni 2014 und den darauf basierenden Jahresprognosen wie folgt dar:

Mehreinnahmen:
 Personalminderausgaben:
 konsumtiven Mehrausgaben:
 investive Minderausgaben:
 653 Tsd. EUR.
 Es errechnet sich eine Budgetunterschreitung von 786 Tsd. EUR.

Einhaltung des geplanten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos:

Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird eingehalten. Der Soll-/Ist-Vergleich (ohne Verrechnungen/Erstattungen) ergibt in der Jahresprognose ebenfalls eine Unterschreitung von 786 Tsd. EUR. Das der Berechnung zugrundeliegende voraussichtliche Haushalts-Soll basiert auf den HH-Anschlägen sowie auf

- Ausgaberesten aus dem Vorjahr von 22 Tsd. EUR,
- produktplanübergreifenden Verlagerungen von -185 Tsd. EUR, saldiert, einschließlich Verlagerungen zum Titel 980 41,
- nicht veranschlagten Einnahmeverfügungsmitteln von 727 Tsd. EUR und
- zweckgebundenen Drittmitteln von 914 Tsd. EUR, davon veranschlagt 12 Tsd. EUR.

Von den erwarteten Drittmitteln entfallen Fördermittel von zus. 876 Tsd. EUR auf die Projekte Chance IV und RESOWEST. Die Fördermittel werden in den Produktplänen des Arbeitsressorts (Förderung aus EFRE-Mitteln von zus. 805 Tsd. EUR) bzw. des Bauressorts (Projekt RESOWEST, Programm Soziale Stadt, 71 Tsd. EUR) vereinnahmt und über Verrechnungshaushaltsstellen an den Produktplan Justiz erstattet. Diese Mittel sind wie produktplanübergreifende Verlagerungen als zulässige Erhöhung des Finanzierungssaldos zu berücksichtigen. Die Einnahmeverfügungsmittel korrespondieren mit Mehreinnahmen des Produktplans. Nach den für den Haushaltsvollzug aufgestellten Grundsätzen können sie - ebenso wie die zweckgebundenen Drittmittel - für Mehrausgaben verwendet werden. Für die Resteinanspruchnahme bedarf es eines Ausgleichs durch veranschlagte anderweitige Minderausgaben oder Mehreinnahmen. Der um die Restmittel bereinigte Finanzierungssaldo wird demgemäß um 764 Tsd. EUR unterschritten (786 - 22 Tsd. EUR).

Einnahmen:

Die Einnahmen im Produktplan Justiz resultieren in der Hauptsache aus den Einnahmen der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Die Einnahmen werden durch die Geschäftsentwicklung bestimmt und sind insoweit nicht steuerbar. Für den Bereich des Justizvollzugs sind die von den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalt erwirtschafteten Einnahmen prägend.

Im Berichtszeitraum übertreffen die Ist-Einnahmen den Planwert um rd. 2,8 Mio. EUR bzw. 15,5 %. In der Jahresplanung werden Einnahmen von rd. 41 Mio. EUR erwartet, davon 876 Tsd. EUR zweckgebundene Fördermittel für die Projekte Chance IV und RESOWEST, die sich für das Einnahmeergebnis neutral darstellen.

Bei den konsumtiven Einnahmen wird ein Jahres-Ist von 40,1 Mio. EUR prognostiziert mit daraus resultierenden Mehreinnahmen von rd. 2,5 Mio. EUR. Die Mehreinnahmen werden im Wesentlichen im Produktbereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit erzielt.

Im Vergleich zum Vorjahr stellen sich Einnahmezuwächse von 1,7 Mio. EUR dar. Die Einnahmezuwächse betragen im Produktbereich der ordentlichen Gerichte 1,9 Mio. EUR sowie bei den Fachgerichten und dem Justizvollzug jeweils 0,1 Mio. EUR. Im Produktbereich der Staatsanwaltschaft ergeben sich im Vergleich zu dem sehr guten Vorjahresergebnis Rückgänge von 0,4 Mio. EUR.

Es ist davon auszugehen, dass ein Teil der Einnahmezuwächse den Gebührenerhöhungen des zum 01.8.2013 in Kraft getretenen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (2. KostRMoG) zuzuschreiben ist, wobei sich diese Effekte aus den verfügbaren Daten heraus aber nicht exakt beziffern lassen, sondern nur mittelbar über die Einnahmeentwicklung/ den Ausschluss anderer Faktoren nachgewiesen werden können. Zu wesentlichen Teilen sind die Einnahmezuwächse jedoch der Entwicklung im Grundbuchbereich zuzuordnen. Die anhaltend günstige Zinslage für Baufinanzierungen führt nach wie vor zu vermehrten Investitionen in Immobilien und Sachwerte. Im Berichtszeitraum sind die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum noch einmal gestiegen, da mehr Immobilien mit höheren Werten an lukrativen Standorten verkauft wurden. Auch die Einnahmen im Registerbereich liegen über den Vorjahreswerten, was auf vermehrte Registrierungen in das Seeschiffsregister mit entsprechend hohen Gegenstandswerten zurückzuführen ist.

Den größten Anteil an den Einnahmezuwächsen hat das Amtsgericht Bremen (0,8 Mio. EUR). Die größten prozentualen Steigerungen (71 %) weist das Hanseatische Oberlandesgericht aus, bei dem in einem einzelnen Verfahren mit außerordentlich hohem Streitwert allein 336 Tsd. EUR vereinnahmt wurden. Auch das Landgericht verzeichnet Einnahmezuwächse durch hohe Einzelzahlungen.

Angestiegen sind im Berichtszeitraum außerdem die Einnahmen aus Gebühren und Auslagen der

Produktplan: Justiz	11	11 Controllin 01.09		15 OI 00/II
Verantwortlich:	Senator Günthner		Version: 86 Seite 3	

Gerichtsvollzieher.

Gegenüber den Planwertüberschreitungen des Berichtszeitraums (2,8 Mio. EUR) stellen sich im prognostizierten Jahresergebnis konsumtive Mehreinnahmen von "nur" 2,5 Mio. EUR dar. Die Gründe für das vergleichsweise schlechtere Ergebnis liegen u.a. in den oben erwähnten Einzelzahlungen, die nicht auf den weiteren Jahresverlauf hochgerechnet werden können. Außerdem verstärken die zu erwartenden Mehreinnahmen zum Teil (rd. 0,75 Mio. EUR) die Ausgabetitel als Einnahmeverfügungsmittel. Die entsprechenden Erhöhungen im vorauss. Haushalts-Soll der Jahresplanung berücksichtigen diese im 4. Quartal eintretende Entwicklung. Schließlich ist zu beachten, dass die unterjährige Einnahmeentwicklung deutlichen Schwankungen unterliegt, die in den Prognosen berücksichtigt und mit Vorjahresverläufen abgeglichen wurden.

Konsumtive Ausgaben:

Die Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtszeitraums von 784 Tsd. EUR bzw. 3,5 % sind durch zeitliche Verschiebungen im Mittelabfluss beeinflusst und für das Jahresergebnis nicht aussagekräftig. Die im Jahresergebnis mit 2.678 Tsd. EUR prognostizierten Mehrausgaben resultieren im Wesentlichen aus:

- Ausgabenüberschreitungen bei den Auslagen in Rechtssachen von rd. 3,7 Mio. EUR, wobei nach bisheriger Entwicklung rd. 3,1 Mio. EUR bei Gerichten und Staatsanwaltschaften prognostiziert werden. Das Risiko eines weiteren Ausgabenanstiegs in der zweiten Jahreshälfte ist mit zusätzlichen 0,6 Mio. EUR kalkuliert.
- Minderausgaben für die Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen von rd. 0,9 Mio. EUR,
- sonstigen Minderausgaben von 0,15 Mio. EUR, die in der Hauptsache durch die JVA Bremen erzielt werden.

Die Auslagen in Rechtssachen werden - einschließlich zu erwartender weiterer Ausgabenzuwächse in der zweiten Jahreshälfte - auf insges. rd. 31,1 Mio. EUR hochgeschätzt. Das entspricht einer Ausgabensteigerung ggü. dem Vorjahr um rd. 3,1 Mio. EUR (Ausgaben 2013: 28,0 Mio. EUR). Von Ausgabenzuwächsen und daraus resultierenden Ausgabenüberschreitungen sind wie in den Vorjahren die nach dem Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (VBVG) zu zahlenden Betreuervergütungen betroffen. Die Gründe liegen in der steigenden Zahl von Betreuungen, für die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten Vergütungen aus der Staatskasse zu zahlen sind. Hinzu kommt, dass die Zahl der Betreuungen insgesamt zunimmt. Zusätzliche Dynamik in der Kostenentwicklung ergibt sich aus der Fluktuation innerhalb des Bestandes (Zu- und Abgänge). Daraus folgen zusätzliche Kosten, da im ersten Jahr der Betreuung eine höhere Vergütung zu zahlen ist als in den Folgejahren.

Bedingt durch die höheren Fallzahlen in Betreuungssachen nehmen auch die nach dem VBVG zu vergütenden Zahlungen an Verfahrenspfleger zu. Sofern die zu betreuende Person nicht anhörungsfähig ist, muss zur Wahrnehmung ihrer Rechte ein Verfahrenspfleger bestellt werden.

Ebenfalls ansteigend sind die Ausgaben für Verfahrensbeistände. Die Bestellung von Verfahrensbeiständen für das minderjährige Kind ist nach den Vorgaben des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) in bestimmten Kindschaftssachen obligatorisch. Die bisherige Entwicklung lässt erwarten, dass die Zahl der Bestellungen von Verfahrensbeiständen und die damit einhergehenden Vergütungszahlungen in 2014 erneut ansteigen werden.

Bei den Sachverständigenentschädigungen sind die Stundensätze in den Honorargruppen des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetzes (JVEG) um rd. 15 % durch das 2. KostRMoG angehoben worden, was sich mittlerweile in verschiedenen Bereichen, sowohl in der ordentlichen als auch in der Fachgerichtsbarkeit, bemerkbar macht. Außerdem sind z.B. im Betreuungsbereich in weiterhin ansteigender Zahl Gutachten nach FamFG für die Einrichtung von Betreuungen, Änderung von Aufgabenkreisen des Betreuers, Unterbringungen und Zwangsmedikationen einzuholen. In Familiensachen ist die Zahl der Begutachtungen u.a. in den Verfahren zur elterlichen Sorge und zum Umgangsrecht weiterhin hoch.

Bei den nach dem JVEG zu zahlenden Vergütungen an Dolmetscher und Übersetzer wirkt sich neben den vermehrt notwendigen Bestellungen von Dolmetschern ebenfalls das 2. KostRMoG aus, durch das die Stundensätze angehoben worden sind.

Ausgabenzuwächse sind schließlich auch bei den vorläufigen Unterbringungen nach § 126a StPO gegeben. Die strafrechtliche Unterbringung gemäß §§ 63, 64 StGB erfolgt regelmäßig, wenn die Möglichkeit besteht, dass ein psychisch kranker Beschuldigter weitere erheblich rechtswidrige Straftaten begeht und schuldunfähig (§ 20 StGB) ist. Die Unterbringung im strafrechtlichen Verfahren kann dabei bereits vor Abschluss des Erkenntnisverfahrens einstweilig unter den Voraussetzungen des § 126 a StPO angeordnet werden. In den letzten Jahren lagen die Unterbringungsfälle nach Anzahl und Kosten auf eher niedrigem Niveau. In 2014 ist ein Wiederansteigen zu verzeichnen, wobei bereits wenige Fälle zu erheblichen Mehrkosten führen.

Mehrausgaben für Prozesskostenhilfe werden beim Arbeitsgericht und beim Sozialgericht erwartet, während die Ausgaben für Prozesskostenhilfe bei anderen Gerichten rückläufig sind. In den Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft schlagen einzelne besonders kostenintensive Verfahren zu Buche, für die zwischenzeitlich bereits 422 Tsd. EUR nachbewilligt wurden. Kostentreiber sind hier insbesondere die Verfahren mit angeordneter Telekommunikationsüberwachung, soweit gleichzeitig Übersetzer beauftragt werden müssen.

Minderausgaben sind demgegenüber bei der JVA Bremen zu erwarten. Für die Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen werden Ausgaben in Höhe von rd. 1,6 Mio. EUR im lfd. Jahr zu leisten sein. Damit bleiben die Ausgaben rd. 0,9 Mio. EUR hinter den Planansätzen zurück. Zurzeit ist noch eine größere

Produktplan: Justiz	11	Controlling 01-06/14 01.09,2014	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 86	Seite 4

Zahl von niedersächsischen Gefangenen in der JVA Bremen untergebracht. Den an Niedersachsen zu leistenden Kostenerstattungen sind daher eigene Forderungen gegenzurechnen. Die Jahresprognose unterstellt, dass die in Bremen untergebrachten niedersächsischen Gefangenen bis zum jeweiligen Entlassungszeitpunkt in der JVA Bremen verbleiben werden.

Investive Ausgaben:

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat mit Beschluss vom 24. April 2009 darum gebeten, im Rahmen des Controllings zum Produktgruppenhaushalt regelmäßig über den Liquiditätsabfluss im Zusammenhang mit der Sanierung der Justizvollzugsanstalt zu berichten:

Sanierungsmittel in Höhe von 4,93 Mio. EUR sind entsprechend den Planungen in 2014 an das Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) abgeflossen. Weitere 100 Tsd. EUR waren bereits vorab in 2013 an das SVIT gezahlt worden, und zwar im Zuge der maßnahmenbezogenen Investitionssteuerung und im Tausch mit dem Projekt RESOWEST, bei dem sich der Mittelabfluss in 2013 verzögerte. In 2014 sind die 100 Tsd. EUR an das Projekt RESOWEST zurückverlagert worden.

Hinsichtlich der prognostizierten Mehrkosten bei der Sanierung der Justizvollzugsanstalt Bremen in Höhe von 8,5 Mio. EUR hat der Senat in seiner Sitzung am 24. Juni 2014 beschlossen, diese in einem ersten Schritt durch die vorübergehende Aussetzung der Sanierung der Häuser 1 und 2 aufzufangen, um das beschlossene Gesamtvolumen in Höhe von 50,8 Mio. EUR einzuhalten. Mehrausgaben werden daher im lfd. Jahr für die Sanierung der Justizvollzugsanstalt nicht anfallen.

Bei den übrigen Investitionen werden mit Blick auf die lfd. Bewirtschaftungsmaßnahmen voraussichtlich 653 Tsd. EUR in 2014 nicht abfließen.

3.2 Personaldaten

Die für den Monat Juni ausgewiesene Zielzahlüberschreitung von 11,3 VZÄ ist bis Ende Juli auf eine rechnerische Überschreitung von 1,9 VZÄ zurückgeführt worden. Dabei ist die Entlastung durch die Absenkung der Rechtsreferendar-Einstellungen noch nicht berücksichtigt. Diese Entlastung macht einen Umfang von 7 VZÄ aus, so dass die Zielzahlen eingehalten werden.

Die im weiteren Jahresverlauf zu erwartenden Einnahmeverfügungs- und Drittmittel (780 Tsd. EUR) wurden sollerhöhend berücksichtigt, ebenso produktplanübergreifende Nachbewilligungen für die Prozessbegleitung i.Zshg. mit der Klage zum Länderfinanzausgleich (50 Tsd. EUR). Minderausgaben bei den Beihilfen und Nachversicherungen (123 Tsd. EUR) sind sollmindernd eingerechnet. Das voraussichtliche Personalausgaben-Ist wurde nach den vorliegenden Erkenntnissen im Bereich der Refinanzierten um 49 Tsd. Euro angehoben und bei den Nebentiteln um 119 Tsd. EUR abgesenkt. Zusätzlich wurden Zahlungen in Höhe von 380 Tsd. EUR für Altersteilzeitrückstellungen/ Ausgleich des AH-Kontos berücksichtigt.

Risiken im weiteren Jahresverlauf:

Die Prognosen für die nicht steuerbaren und vom Geschäftsanfall abhängigen Einnahmen und Ausgaben in den gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren sind naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet. Die Prognosen beruhen auf Hochschätzungen unter Berücksichtigung von Vorjahresverläufen. Verschlechterungen, aber auch Verbesserungen sind möglich. Besondere Risiken bergen die Kostenrechtsänderungen des 2. KostRMoG, deren Auswirkungen auf den Haushaltsvollzug des lfd. Jahres für Bremen kaum einschätzbar sind, zumal sich die Auswirkungen erst sukzessive einstellen. Da die Kostenrechtsänderungen keine Rückwirkung haben, werden noch für einen längeren Übergangszeitraum Kostenabrechnungen nach altem und neuem Recht anfallen. Ob und inwieweit die bisherige Entwicklung der verfahrensabhängigen Einnahmen und Ausgaben durch das 2. KostRMoG beeinflusst ist, lässt sich anhand der vorhandenen Daten, die ggfls. durch verschiedene, sich überlagernde Entwicklungen beeinflusst sind, nicht beziffern. Weitere Ausgabensteigerungen in der zweiten Jahreshälfte sind wahrscheinlich. Dafür sind zusätzliche 0,6 Mio. EUR in der Jahresplanung berücksichtigt, da nach gegenwärtigem Stand nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Ausgabenzuwächse im lfd. Jahr vollständig durch höhere Einnahmen gedeckt werden.

Die Einschätzungen dieses Berichts sind - trotz aller Unsicherheiten - sorgfältig und möglichst realistisch erstellt worden. Die Controllingergebnisse werden unter Beteiligung der dezentralen Produktgruppenebene seit dem Monat April fortlaufend ausgewertet. Die Entwicklung im Monat Juli wurde in die Jahresprognosen bereits weitgehend einbezogen.

3.3 Leistungskennzahlen

Erledigungsleistung und Ressourceneinsatz entsprechen weitgehend den Vorgaben. Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtszeitraums bewegen sich überwiegend im tolerablen Rahmen. Bei den Amtsgerichten korrespondieren die niedrigeren Erledigungszahlen (-13,7 %) in Straf- und Bußgeldverfahren mit geringeren Eingangszahlen. Beim Personaleinsatz wurde nachgesteuert. Bestände konnten teilweise abgebaut werden. Die Belegung der Justizvollzugsanstalt Bremen ist im Berichtszeitraum deutlich hinter den Planungen zurückgeblieben (minus 6,37 Prozentpunkte). Das entspricht einer Durchschnittsbelegung von 552 Insassen ggü. geplanten 598 Insassen. Planwertunterschreitungen sind in allen Vollzugsbereichen zu verzeichnen, geschlossener Vollzug 32, offener Vollzug 7 und U-Haft 8 Insassen weniger.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 04.09.2014

PRODUKTPLAN 12	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
Sport		Nicht erreicht	erreicht		
	Finanzen				
	Personal:				
	Leistungen:				
Kommentar:					

Finanzdaten

Das Ressort weist zum Jahresende eine Budgetunterschreitung in Höhe von 3,300 Mio. € aus. Die für die Sanierung der Bäder veranschlagten und gesperrten Mittel in Höhe von 3,300 Mio. € werden voraussichtlich in diesem Jahr nicht abfließen und am Jahresende der investiven Rücklage zugeführt.

Erwartete Mindereinnahmen (0,150) werden durch konsumtive Minderausgaben kompensiert.

Das Ressort sieht keinerlei Möglichkeiten, den bestehenden Verlustvortrag in Höhe von 0,898 auszugleichen.

Der produktplanbezogene zulässige Finanzierungssaldo wird am Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen um 2,888 Mio. € unterschritten. Diese Unterschreitung resultiert aus nicht planmäßig abfließenden Mitteln für die Sanierung der Bäder.

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Zielzahlen werden voraussichtlich eingehalten.

Leistungsdaten

Die Leistungsdaten werden im Wesentlichen eingehalten. Im Bereich der Bäder wurde der Planwert der Besucher um 7,3% unterschritten, so dass sich der lfd. Zuschuss je Besuch entsprechend erhöht.

Nähere Angaben können der Seite 1a entnommen werden.

nachrichtlich:

Die Bäder GmbH geht davon aus, dass der beschlossene Wirtschaftsplan 2014 am Jahresende eingehalten werden kann.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Sport	12	Controllin 01.09	g 01-06/14 .2014	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 86	Seite 1	

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale		Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	140	202	-62	-30,6	416	416	266	-150	404
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	6	23	-17	-73,9	51	51	51	0	45
Gesamteinnahmen	146	225	-79	-35,0	467	467	317	-150	449
Personalausgaben	522	518	4	0,8	1.085	1.085	1.048	-37	1.085
konsumtive Ausgaben	6.333	5.833	500	8,6	11.663	11.663	11.550	-113	11.666
Zinsausgaben	2	14	-12	-85,4	29	29	29	0	29
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	270	3.064	-2.794	-91,2	6.073	6.555	3.255	-3.300	6.129
relevante Verrech./Erstatt.	11	0	11	0,0	11	11	11	0	0
Gesamtausgaben	7.138	9.429	-2.291	-24,3	18.862	19.343	15.893	-3.450	18.909
Saldo	-6.992	-9.204	2.212	-24,0	-18.395	-18.876	-15.576	3.300	-18.460

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr							
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014 2015 2016			2017	2018ff			
ermachtigungen	Tsd. EUR							
- konsumtiv	0	393	393	393	7.559			
- investiv	0	82	83	87	302			
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	26	24	21	43			

Budgetrück-	Stand des				
lagenbestand	Verlustvortr .				
Tsd. EUR					
0	898				

Personaldaten		Juni 2014			kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
1 ei sonaidaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
				,	Tsd. EUR					
Kernbereich	79	85	-6	512	512	0	1.028	1.073	-45	
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zwischensumme	79	85	-6	512	512	0	1.028	1.073	-45	
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Nebentitel	3	1	2	10	6	4	20	12	8	
Insgesamt	82	86	-4	522	518	4	1.048	1.085	-37	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	3	1	2	10	6	4	20	11	9	
				Volumen (Tei	lzeit umgerechn	et in Vollzeit)	-	-		
Kernbereich	19,5	21,1	-1,6	20,5	21,2	-0,7	20,0	21,1	-1,1	
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Zusammen	19,5	21,1	-1,6	20,5	21,2	-0,7	20,0	21,1	-1,1	
Refinanzierte	0,0	1	-	0,0	-	-	0,0	-	-	
Abwesende	0,9	-	-	0,4	-	-	0,7	-	-	

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
1 ersonaistraktar	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,8	22,5	9,1
Beschäftigte über 55 Jahre	38,1	17,5	45,5
Frauenquote	33,3	50,0	36,4
Teilzeitquote	9,5	35,0	13,6
Schwerbehindertenquote	19,1	6,0	19,1

Produktplan: 12	Controlling 01-6/2014
Sport	24.07.2014
Verantwortlich: Senator Mäurer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sport ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft in der Stadt Bremen. Der Sport in Bremen fördert als ein wichtiges Element im Leben insbesondere das gesellschaftliche Engagement und das demokratische Verhalten der Bürgerinnen und Bürger, deren Gesundheit und Bildung, die soziale Integration besonders von Kindern und Jugendlichen und nicht zuletzt auch das Ansehen von Bremen.

Eine wichtige Aufgabe der Stadt im Sportbereich ist die Sportförderung. Dazu gehört die Unterstützung des Breitensports in der gesamten Stadt ebenso wie die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Sportstättenangebots im Interesse der bremischen Bevölkerung. Hauptzielsetzung der städtischen Sportförderung ist es, allen Bremerinnen und Bremern die Ausübung vielfältiger Sportarten auf Dauer zu ermöglichen und für die sportlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, der Vereine und Verbände Sorge zu tragen. Ziel ist dabei die Schaffung vielfältig nutzbarer, attraktiver, flexibler und am lokalen Sportbedarf orientierter Bewegungsräume für Menschen unterschiedlichster Interessen und jeden Alters unter geringstem möglichem finanziellem Einsatz der Sportverwaltung. Zentrales Steuerungsinstrument der allgemeinen Sportförderung bildet dabei nach wie vor jedoch die Vergabe von Zuschüssen an die Bremer Sportvereine. Im Bereich der Sportinfrastruktur gibt es weiterhin große Herausforderungen. Ein Schwerpunkt ist die energetische und nachhaltige Sanierung und Modernisierung öffentlicher Sportstätten. Zu diesem Zweck führt der Senator für Inneres und Sport gemeinsam mit dem Landessportbund Bremen erstmals seit 10 Jahren wieder eine Sportentwicklungsplanung durch. Diese soll im Sinne einer gemeinsamen Perspektive für den Sport in Bremen eine verlässliche Planungs- und Handlungssicherheit für die nächsten 10 Jahren geben.

Weiter verfolgt die Sportverwaltung das Ziel, den Sport in Bremen zur Erfüllung des gemeinnützigen - in der Landesverfassung geregelten - Auftrages zu stärken und auszubauen. Hierzu sollen Möglichkeiten der Effiziensoptimierung ausgeschöpft und die Nachhaltigkeitkeit durch Investitionen für Sanierungen sichergestellt werden.

Ergebnisse und Wirkungen

Rund 25 % aller Bremer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bremen gehören in 330 Sportvereinen dem organisierten Sport an. Der Breitensport wird von ca. 130.000 Vereinsmitgliedern ausgeübt, die darin vor allem Unterhaltung sehen und oft auch ihre persönliche Fitness und Gesundheit verbessern wollen. Für die Infrastruktur, die für die Ausübung bereitgestellt werden muss, investiert die Stadt Bremen intensiv in die Modernisierung und Instandhaltung bestehender Sportanlagen.

Die Wirkungen kommunaler Sportförderung sind eng verbunden mit der Frage, mit welchen Zielen kommunale Sportförderung vorgenommen wird. Auch treten positive externe Effekte bei der Ausübung von Breitensport auf und umfassen darüber hinaus die Vermeidung externer Kosten durch die Prävention von Krankheiten und die Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes der Bürgerinnen und Bürger. Auch hat der Sport in Bremen die Zielstellung, die Aktivitäten der Sporttreibenden der Stadtgemeinde zu unterstützen. Dieses erfolgt insbesondere auch mit den themenbezogenen Zielkategorien wie z.B. Stärkung präventiver Jugendarbeit- und der Gesundheitsförderung. Die Unterstützung der Sportvereine hinsichtlich der eigenverantwortlichen Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist dabei ebenfalls eines der Kernziele der Sportförderung. Wir unterstützen die Vereine, die einen Beitrag zur modernen und energetischen Sportstättenentwicklung und -anlagenstruktur leisten.

Derzeit übernehmen 11 Vereine in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung von 12 Sportanlagen. Bremen verfügt derzeit über insgesamt 42 Kunstrasenfelder. Davon sind 23 kommunal, 11 verpachtet und 3 vereinseigen; weitere 5 Freizeit-/Minispielfelder sind an Schulen errichtet.

Das soziale Kapital, das der Sport in seinen Übungsleitern, Trainer, Helfern, Betreuern und Mitarbeitern hat, ist unersetzbar. Die Ausgaben je Übungs- und Organisationsleiter belaufen sich in dem Berichtszeitraum auf 880 Tsd. Euro und bleiben somit auf dem Niveau der Vorjahre

Das Schwimmangebot der Bremer Bäder GmbH wurde durch die Bezuschussung von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie der Bereitstellung eines Betriebskostenzuschusses gesichert. Primäre Aufgabe in 2014 bleibt die Entwicklung von wirtschaftlich sinnvollen Alternativen. Das Konzept dazu ist noch nicht verabschiedet.

B. Leistungskennzahlen

	Berichtszeitraum					
	IST	bweichung*				
Kennzahlen			abs.	%		
Beschreibung [Einheit]						
Geförderte Übungs- u. Organisationsleiter (Pers.)	2.500	2.500	0,00	0,00		
Ausgaben je Übungs- u. Organisationsleiter (EUR)	352	352	0,00	0,00		
Besucherzahl Bremer Bäder (Pers)	793.000	855.000	-62.000,00	-7,25		
lfd. Zuschuss je Besucher der Bremer Bäder (EUR)	2,86	1,29	1,57	121,71		

^{*} bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Ergebnisse und Wirkungen:

Die Kosten des organisierten Sports sowohl für die Unterhaltung der laufenden Kosten als auch für die Sanierung werden für die Sporttreibenden der Stadtgemeinde mit einem Betrag in Höhe von insgesamt 7,40 Euro/je Einwohner gefördert.

Produktplan: 12 Sport		Controllin 01.09	lg V1-V0/14	
Verantwortlich:	Senator Mäurer		Version: 86	Seite 2

3. Analyse/Bewertung

3.1 Kamerale Finanzdaten

3.1.1 Einnahmen

Konsumtive Einnahmen

Im Berichtszeitraum 01 - 06/14 sind insgesamt 140 Tsd. Euro vereinnahmt worden. Davon wurden 12 Tsd. Euro als Einnahmeverfügungsmittel verbucht.

Die Einnahmen werden im Wesentlichen aus der Benutzung der Sportanlagen sowie aus der Verpachtung von Werbeflächen erzielt. Bislang konnten lediglich 34 % der veranschlagten Einnahmen aus Nutzungsentgelten für Sportanlagen erzielt werden.

Bei den Einnahmen aus der Verpachtung von Werbeflächen sind für das Berichtsjahr Rückzahlungen aus den letzten 3 Jahren veranschlagt worden. Ob die Zahlungen tatsächlich erbracht werden, ist aufgrund des derzeitigen Diskussionsprozesses zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Deutschen Telekom AG noch unklar.

Bis zum Jahresende werden Mindereinnahmen i.H.v. 150 Tsd. Euro erwartet. Ein Ausgleich der Mindereinnahmen wird voraussichtlich durch Heranziehung von Minderausgaben erfolgen.

Investive Einnahmen

-keine-

Relevante Verrechnungen / Erstattungen

Bei den Verrechnungen wurden 6 Tsd. Euro vereinnahmt. Davon sind 6 Tsd. Euro Mittel im Rahmen des Programms "Impulse für den Sozialen Zusammenhalt" für investive Maßnahmen geflossen.

3.1.2 Ausgaben

Konsumtive Ausgaben

In der Berichtsperiode 06/2014 gibt es eine Planwertabweichung i.H.v. 8 ,6%, die sich jedoch unterjährig ausgleichen wird.

Zu den größten konsumtiven Posten zählen unter anderem:

- Auszahlung der konsumtiven Zuschüsse an die Bremer Bäder GmbH i.H.v. 2.267 Tsd. Euro.
- Auszahlung der ersten zwei Zuschussraten für die Übungs- und Organisationsleiter i.H.v. 880 Tsd. Euro.
- Auszahlung der ersten zwei Raten für die Sportplatzpflege i.H.v. 300 Tsd. Euro.
- Auszahlung der ersten zwei Raten für die Pflege der Badeseen i.H.v. 55 Tsd. Euro.
- Auszahlung der weiteren Mittelabrufe für die Sportförderung.
- Auszahlung der Finanzierungszuschüsse an Vereine.
- Auszahlung der jährlichen Prämie für die Feuerversicherung i.H.v. 26 Tsd. Euro.
- Energiekostennachzahlung für Gas und Fernwärme
- Zahlungen der Echtmiete sowie der Echtpacht für die Perioden 01 bis 07/2013.
- In Berichtsperiode kam es zur außerplanmäßigen Ausgaben, unter anderem für die Krankheitsvertretung auf der Bezirkssportanlage Marßel sowie für die Reinigungserstattung an den SV Grohn

Investive Ausgaben

Die verausgabten Mittel i.H.v. 270 Tsd. Euro liegen derzeit deutlich unter dem zu erwartenden Planwert. Die Ausgaben für die Sanierung und Baumaßnahmen werden überwiegend in der zweiten Jahreshälfte fließen.

Bereits geflossen ist die zweite Rate für den Erweiterungsbau der Gymnastikhalle an den TSV Borgfeld i.H.v. 100 Tsd. Euro

Bis zum Jahresende sind Sanierungsprojekte in voller Höhe des Anschlages geplant.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt! wird davon ausgegangen, dass die veranschlagten Sanierungsmittel bei der PGR 12.01.02 (Bäder) für das Unibad in diesem Haushaltsjahr nicht mehr abfließen werden. Sofern sich daran nichts ändert!, sollen diese in voller Höhe (3.300 Tsd. Euro) liquide im Rahmen der Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen ins nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Produktplan: 12 Sport		Controllin 01.09	lg V1-V0/14	
Verantwortlich:	Senator Mäurer		Version: 86	Seite 3

3.1.3 Erlöse aus Vermögensveräußerungen

-Keine-

3.1.4 Personalausgaben

Die Personalausgaben verlaufen derzeit plangerecht. Bis zum Jahresende werden Personalminderausgaben i.H.v. 37 Tsd. Euro erwartet. Diese werden zur Deckung der Nebentitel und der Mindereinnahmen herangezogen.

3.2 Weitere Anmerkungen

PGR 12.01.01

Bei der Sitzung der städtischen Deputation für Inneres und Sport in der 18. Legislaturperiode am 13. März 2014 wurde über die erste Vergaberunde der Sportfördermittel entschieden. Die Sportfördermittel wurden in voller Anschlagshöhe von der Fachdeputation bewilligt (siehe Top 3.2). Der Mittelabfluss erfolgt im Laufe des Berichtsjahres.

PGR 12.01.02

Der in der AR-Sitzung am 25.11.2013 beschlossene Wirtschaftsplan für 2014 weist ein positives Ergebnis i. H. v. 88 Tsd. Euro aus. Bisher geht die Gesellschaft davon aus, dieses geplante Ergebnis erzielen zu können. Nach Ende der Freibadsaison wird aufgrund der dann vorliegenden Datenbasis eine aktualisierte Prognose möglich sein.

3.3 Leistungsdaten

PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)

Konsumtive und investive Ausgaben je Einwohner (ohne Bäder)

Die konsumtiven Ausgaben je Einwohner betragen 6,92 Euro und sind somit 4,07 Euro unter dem Jahresplanwert. Die investiven Ausgaben je Einwohner liegen zurzeit bei 0,48 Euro und sind somit mit 3,08 Euro deutlich unter dem Jahresplanwert. Die Ursache hierfür liegt darin, dass die Mittel für investive Maßnahmen überwiegend in der zweiten Jahreshälfte fließen werden.

Ausgaben für Übungs- und Organisationsleiter

In dem Berichtszeitraum 01-06/2014 sind 880 Tsd. Euro als Zuschuss für die Übungs- und Organisationsleiter geflossen. Damit wurden insgesamt 2.500 Übungs- und Organisationsleiter mit je 352 Euro gefördert.

Anzahl der Kunstrasenplätze

Die Jahresplanzahl der Kunstrasenplätze beträgt 24. Diese wurde, mit der Fertigstellung des Kunstrasenplatzes auf der Bezirksportanlage Süd im Mai dieses Jahres erreicht. Somit beträgt die Gesamtanzahl der Kunstrasenplätze 24 (21 Groß- und 3 Kleinspielfelder). Es ist beabsichtigt einen Kunstrasenplatz in Obervieland, als Kompensation für die Aufgabe eines

Es ist beabsichtigt einen Kunstrasenplatz in Obervieland, als Kompensation für die Aufgabe eines Rasenplatzes an der Hans-Hackmann-Straße, zu bauen. Die Fertigstellung ist jedoch vom Verkauf des Grundstückes abhängig, da für die Modernisierung des Sportplatzes die Verkaufserlöse verwendet werden sollen. Die Umsetzung der Baumaßnahme wird nicht bis zur Aufhebung der Bewirtschaftungsmaßnahmen erfolgen.

Zukunftig soll der Fokus verstärkt auf die Sanierung von gedeckten Sportanlagen gelegt werden.

Pflege und Unterhaltung durch die Vereine:

Zurzeit übernehmen 11 Vereine in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung von 12 Sportanlagen.

PGR 12.01.02 (Bäder)

Besucherzahl

Der Planwert der Besucherzahl für den Berichtszeitraum ist ein Durchschnittswert, der sich aus der geplanten Jahresbesucherzahl ergibt. Insofern ist ein Vergleich Ist/Planwert nur eingeschränkt aussagekräftig. Im Bereich Sauna blieben die Besucherzahlen in den ersten Monaten aufgrund zu warmen Wetters hinter den Erwartungen zurück. Bei den Freibädern wurden aufgrund der Wetterlage nur das Schlossparkbad und das Stadionbad ca. Ende Mai geöffnet, sodass auch hier geringere Besucherzahlen zu verzeichnen waren.

Lfd. Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH

Produktplan: 12 Sport		Controllin 01.09	Ig V1-V0/14	
Verantwortlich:	Senator Mäurer		Version: 86	Seite 4

Der Ifd. Zuschuss an die Bädergesellschaft erfolgt auf Abruf und Bedarf der Bädergesellschaft.

Lfd. Zuschuss je Besucher

Der lfd. Zuschuss je Besucher beträgt für den Berichtszeitraum 2,86 Euro.

3.4 Finanzierungssaldo

Es ist ein Finanzierungssaldo i.H.v. 18.505 Tsd. Euro veranschlagt. Durch Produktplanverlagerungen i.H.v. -0,8 Tsd. Euro vermindert sich der zulässige Finanzierungssaldo auf 18.504 Tsd. Euro. Die Unterschreitung gegenüber dem voraussichtlichen IST i.H.v. 2.888 Tsd. Euro resultiert aus der Inanspruchnahme von Resten aus 2013 bei der PGR 12.01.02 (Bremer Bäder) i.H.v. 412 Tsd. Euro sowie der voraussichtlichen Minderausgaben bei den investiven Sanierungsmittel für das Unibad i.H.v. 3.300 Tsd. Euro.

3.5 Verlustvortrag

Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir keine Möglichkeit, den Verlustvortrag i.H.v. 898 Tsd. Euro auszugleichen.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2014

PRODUKTPLAN 21		Kurzeinschätzung zur Zielerreichung			
Bildung Nicht erreicht					
	Finanzen				
	Personal:				
	Leistungen:				
Kommentar:	<u> </u>				

Kommentar

<u>Finanzdaten</u>

Finanzierungssaldo

Unter Einbeziehung der Produktplan übergreifenden Verlagerungen (7,8 Mio. €) wird der Finanzierungssaldo um 0,6 Mio. € unterschritten. Dabei ist die gesetzliche Verpflichtung nach SGB (Eingliederungshilfe, siehe unten) einbezogen.

Die vom Ressort beschriebene Überschreitung (2,77 Mio. €) bezieht sich auf die als unabweisbare Mehrbedarfe genannten für Assistenzleistungen nach SGB bzw. Klassenassistenzen im Bereich W und E.

Budgeteinhaltung:

Das Budget wird um 2,3 Mio. € unterschritten, hierbei ist berücksichtigt:

Mittel für Privatschulen: + 2,2 Mio. € (Beschluss steht noch aus)

Mittel für Assistenten: + 2,77 Mio. € (Eingliederungshilfe nach SGB, gesetzl. verpflichtet;

der Bedarf wurde durch entspr. Mengengerüste

nachgewiesen).

Reste: - 2,4 Mio. €

Investive Minderausg.: -2,8 Mio. € (incl. investive Rücklagen i.H. v. 1,8 Mio. €)

Minderausgaben Personal - 0,6 Mio. €

Personaldaten

Im Produktplan Bildung werden zurzeit Minderausgaben in Höhe von rd. 0,7 Mio. € erwartet. In diesem Betrag sind u.a. die Restfluktuation, noch verbleibende Lehrerneueinstellungen, noch zu zahlende Altersteilzeitrückstellungen und sollmindernde Verbeamtungseffekte berücksichtigt.

Leistungsdaten

Die Leistungsziele werden mit Ausnahme des Bereichs des Assistenzproramms weitgehend erreicht.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Das Ressort sieht derzeit keine Möglichkeit, aus dem Budget weitere Mittel zur Deckung der Überschreitung zu generieren, alle Gegensteuerungsmöglichkeiten seien ausgeschöpft.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Bildung	21	Controlling 01-06/14 02.09.2014
Verantwortlich:	Sen. Ouante-Brandt	Version: 86 Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale		Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	l. EUR	
konsumtive Einnahmen	8.020	7.502	518	6,9	17.277	17.267	16.568	-699	16.488
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	3.182	3.136	46	1,5	3.179	6.318	6.318	0	6.272
Gesamteinnahmen	11.202	10.638	564	5,3	20.456	23.585	22.886	-699	22.760
Personalausgaben	140.400	145.293	-4.893	-3,4	292.305	293.202	292.529	-673	299.253
konsumtive Ausgaben	133.187	131.714	1.473	1,1	262.532	269.057	269.243	186	257.893
Zinsausgaben	101	100	1	1,0	837	837	837	0	837
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	8.775	4.775	4.000	83,8	30.082	32.022	26.812	-5.210	24.615
relevante Verrech./Erstatt.	11	7	4	51,1	15	15	15	0	60
Gesamtausgaben	282.474	281.889	585	0,2	585.770	595.133	589.436	-5.697	582.658
Saldo	-271.272	-271.251	-21	0,0	-565.314	-571.548	-566.550	4.998	-559.897

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr							
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014 2015 2016 2		2017	2018ff				
ermachtigungen	Tsd. EUR							
- konsumtiv	0	0	0	0	0			
- investiv	0	1.527	2.500	0	0			
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0			

Budgetrück-	Stand des						
lagenbestand	Verlustvortr .						
Tsd. EUR							
0	0						

Personaldaten		Juni 2014			kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
i ei sonaiuaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
		•			Tsd. EUR					
Kernbereich	21.523	22.417	-894	131.515	135.073	-3.558	263.348	272.938	-9.590	
Personalverstärkung	2	0	2	8	0	8	21	0	21	
Ausbildung	628	567	61	3.405	3.404	1	6.996	6.807	189	
Zwischensumme	22.153	22.984	-831	134.928	138.477	-3.549	270.365	279.745	-9.380	
Refinanzierte	96	91	5	628	550	78	1.318	1.120	198	
Nebentitel	619	1.025	-406	4.845	6.266	-1.421	8.698	11.439	-2.741	
Insgesamt	22.868	24.100	-1.232	140.401	145.293	-4.892	280.381	292.304	-11.923	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	588	969	-381	4.596	5.926	-1.330	8.206	10.765	-2.559	
		•		Volumen (Tei	lzeit umgerechn	et in Vollzeit)				
Kernbereich	4.902,0	4.981,1	-79,1	4.911,8	4.994,3	-82,5	4.906,9	4.978,5	-71,6	
Personalverstärkung	0,6	0,0	0,6	1,4	0,0	1,4	1,0	0,0	1,0	
Ausbildung	444,0	450,0	-6,0	433,0	450,0	-17,0	438,5	450,0	-11,5	
Zusammen	5.346,6	5.431,1	-84,5	5.346,2	5.444,3	-98,1	5.346,4	5.428,5	-82,1	
Refinanzierte	24,5	-	-	25,4	-	-	24,9	-	-	
Abwesende	289,5	-	-	282,1	-	-	285,8	-	-	

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013	
1 ersonaistraktar	Ist	Planwert	Ist	
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0	
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,3	22,5	16,7	
Beschäftigte über 55 Jahre	29,1	17,5	30,7	
Frauenquote	69,2	50,0	68,6	
Teilzeitquote	44,3	35,0	44,6	
Schwerbehindertenquote	4,4	6,0	4,4	

Produktplan: Bildung	21	Controlling 01-06/14 02.09.2014
Verantwortlich:	Sen. Quante-Brandt	Version: 86 Seite 2

3. Analyse/Bewertung

Analyse und Bewertung

Die Einnahmen und Ausgaben im Produktplan 21 entwickeln sich aufgrund des Schuljahresbeginns mitten im Kalenderjahr nicht planmäßig.

Rein rechnerisch unter Einbeziehung der Budgetverlagerungen (Schulsozialarbeit, Ganztagsmittel etc.) wird der Finanzierungssaldo um 1,1 Mio. Euro unterschritten.

Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, dass Reste/Rücklagen aus 2013 (Schulbudgets) in Höhe von rd. 3,9 Mio. Euro bestehen, die ins Jahr 2015 übertragen werden müssen.

Rechnet man diese Summe dagegen verbleibt genau ein Defizit von 2,77 Mio. Euro.

Diese Mehrbedarfe entstehen insbesondere im Rahmen der Assistenzleistungen nach SGB und der Klassenassistenzen im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung. Hier muss das voraussichtliche IST bei den konsumtiven Ausgaben um 2,77 Mio. Euro erhöht werden.

Die Mehrbedarfe für die Zuschüsse an die Privatschulen sind bereits im Rahmen der Novellierung des Privatschulgesetzes zugesagt worden. Die Kosten für die Fortsetzung des Schulsozialarbeiterprogramms sind bereits nachbewilligt.

Unter Einbeziehung aller Verlagerungen wird somit der Finanzierungssaldo um 2,77 Mio. Euro überschritten.

Das Gesamtbudget wird unterschritten, da neben den oben genannten Resten die Baumaßnahme Ohlenhof nicht planmäßig abläuft. Die ES-Bau liegt erst in 2015 vor, daher werden die veranschlagten Mittel der Liquiditätsrücklage zu geführt.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 04.09.2014

PRODUKTPLAN 22	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
Kultur	Nicht erreicht erreicht				
	Finanzen				
	Personal:				
	Leistungen:				
Kommentar:					

Finanzdaten

Das Ressort weist zum Jahresende eine Budgetunterschreitung in Höhe von 8,647 Mio. € aus. Die für die Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums gesperrten Mittel in Höhe von 9,381 Mio. € werden voraussichtlich auch im Jahr 2014 nicht abfließen und am Jahresende in Höhe von 6,933 Mio. € der investiven Rücklage zugeführt.

Dadurch, dass die für die Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums gesperrten Mittel auch voraussichtlich in 2014 nicht abfließen werden, werden Mindereinnahmen (Anteil Bremerhaven) in Höhe von 0,733 Mio. € entstehen, denen am Jahresende entsprechende Minderausgaben gegenüberstehen.

Der Finanzierungssaldo wird zum Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen um rd. 6,000 Mio. € unterschritten. Diese Unterschreitung resultiert aus den nicht planmäßig abfließenden Mitteln für die Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums. Die mitfinanzierenden Ressorts (Wissenschaft, Wirtschaft) werden hiervon Liquidität in Höhe von insgesamt rd. 2,200 Mio. € in Anspruch nehmen, so dass nach Berücksichtigung einer weiteren Resteinanspruchnahme noch freie Liquidität in Höhe von rd. 3,600 Mio. € zur Verfügung steht.

Zur Umsetzung des Senatsbeschlusses vom 13. August 2013, dem Senat ein Konzept vorzulegen, wie durch strukturelle Veränderungen die beschlossenen konsumtiven Eckwerte 2014/2015 eingehalten werden sollen, beabsichtigt das Kulturressort der Kulturdeputation einen Vorschlag in der Oktober Sitzung zu unterbreiten.

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Zielzahlen werden voraussichtlich eingehalten.

<u>Leistungsdaten</u>

Im Produktbereich kulturelle Bildung haben sich der Planwert der Entleihungen bei der Stadtbibliothek sowie der Planwert bei den Belegungen in der VHS positiv entwickelt. Die Besuche der Veranstaltungszentren liegen dagegen um rd. 9% unter der Erwartung.

Im Bereich Tanz und Musik konnte der Planwert der Theaterbesuche nicht erreicht werden. Bis auf die Kunsthalle, wo die geplanten Besuche aufgrund von drei Sonderausstellungen weit übertroffenen wurden, konnten das Schiffahrtsmuseum, das Focke-Museum und das Übersee-Museum die geplanten Besuche nicht erreichen.

Nähere Angaben können der Seite 1a entnommen werden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 04.09.2014

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:
Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 22 Kultur		Controllin 01.09			
Verantwortlich:	Senator Böhrnsen		Version: 86	Seite 1	

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale	Januar - Juni 2014				Jahresplanung 2014				
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert-	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	1.225	203	1.022	503,3	1.083	1.202	1.202	0	436
investive Einnahmen	33	0	33	0,0	766	766	33	-733	733
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	1.258	203	1.055	519,6	1.849	1.968	1.235	-733	1.169
Personalausgaben	2.128	2.089	39	1,9	4.286	4.341	4.341	0	4.264
konsumtive Ausgaben	40.612	38.573	2.039	5,3	68.686	72.955	72.955	0	70.942
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	26	26	26	0	26
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.109	1.639	-530	-32,3	3.272	13.265	3.884	-9.381	8.676
relevante Verrech./Erstatt.	11	0	11	0,0	12	12	12	0	1
Gesamtausgaben	43.861	42.301	1.560	3,7	76.282	90.599	81.218	-9.381	83.909
Saldo	-42.603	-42.098	-505	1,2	-74.432	-88.631	-79.983	8.648	-82.740

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr							
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff			
ermachtigungen	Tsd. EUR							
- konsumtiv	0	26.311	26.311	14.907	0			
- investiv	0	2.338	2.897	499	233			
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	22	18	14	15			

Budgetrück-	Stand des				
lagenbestand	Verlustvortr .				
Tsd. EUR					
0	0				

Personaldaten		Juni 2014		kumuli	ert Januar - Ju	ıni 2014	voraus	sichtl. Jahresei	gebnis	
Fersonaluaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
		•			Tsd. EUR					
Kernbereich	321	326	-5	1.954	1.960	-6	3.992	4.032	-40	
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ausbildung	1	0	1	6	0	6	13	0	13	
Zwischensumme	322	326	-4	1.960	1.960	0	4.005	4.032	-27	
Refinanzierte	16	11	5	97	65	32	196	131	65	
Nebentitel	7	11	-4	70	64	6	112	123	-11	
Insgesamt	345	348	-3	2.127	2.089	38	4.313	4.286	27	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	4	7	-3	47	42	5	73	80	-7	
		•		Volumen (Tei	lzeit umgerechr	net in Vollzeit)				
Kernbereich	65,1	66,0	-0,9	66,2	66,4	-0,2	65,7	66,0	-0,3	
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Ausbildung	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	
Zusammen	66,1	66,0	0,1	67,2	66,4	0,8	66,7	66,0	0,7	
Refinanzierte	2,7	-	-	2,7	1	-	2,7	1	-	
Abwesende	3,0	-	-	2,3	-	-	2,6	-	-	
	1									

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
1 01501141501411041	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%	
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,8	22,5	7,2
Beschäftigte über 55 Jahre	38,8	17,5	41,0
Frauenquote	53,8	50,0	55,4
Teilzeitquote	28,8	35,0	28,9
Schwerbehindertenquote	6,3	6,0	6,6

Produktplan: 22	Controlling 01-06/2014
Kultur	01.08.2014
Verantwortlich: Senator Böhrnsen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Bremen als Kulturstadt

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Förderung der Künste, die Teilhabe aller Menschen am kulturellen Leben Bremens und die Ermöglichung kultureller Bildung sind wichtige Bausteine einer Politik, die sich aktiv gegen soziale Ausgrenzung wendet. Kunst und Kultur sind wesentliche Merkmale der urbanen Lebensqualität einer Stadt, und daher bleibt die Bereitstellung und Sicherung eines großstadtangemessenen Kulturangebots in Fokus der Arbeit des Ressorts. Verfolgt wird eine Strategie des "Erneuerns im Bestand". Ein solches attraktives und impulsgebendes Angebot stärkt die Bindungskräfte Bremens nach innen wie außen.

In diesem Zusammenhang wird auf die Arbeit des Theater Bremen, der beiden großen Klangkörper, der Kunsthalle oder der Bremer Bürgerhäuser hingewiesen, die eine positive Besucherentwicklung verzeichnen.

Kooperationen und Netzwerke

Sachstand/Analyse/Bewertung

Es ist ein wesentliches Ziel bremischer Kulturförderung, neben einer verlässlichen Förderung auch Freiräume für künstlerische Innovationen zu ermöglichen. Daher wurde die **Projektförderung** im 4. Quartal neu ausgerichtet, um einen Schwerpunkt bei der Unterstützung freier, nicht-institutionsgebundener Künstlerinnen und Künstler zu setzen, da aus diesen Milieus oft wichtige kreative Impulse kommen. Darüber hinaus liegt der Fokus auf Kooperationsprojekten zwischen traditionellen Kultureinrichtungen und Akteuren der freien Szene. Das Verfahren wurde weiter konkretisiert und eine Beschlussfassung nach neuem Muster ist für das 1. Quartal 2014 vorgesehen.

Kunsthalle und Weserburg haben Gespräche über eine verstärkte Zusammenarbeit aufgenommen.

Die **Volkshochschule** hat im Zuge ihrer von der Deputation beschlossenen Weiterentwicklung ein erstes Konzept für einen Programmschwerpunkt "Integration und Asyl" auf den Weg gebracht.

Im Sinne der Kooperation zwischen Einrichtungen der Stadtteilkultur und traditionellen Kulturträgern im Innenstadtbereich ist auf das Projekt "VorBILD – NachBILD" hinzuweisen, das **Quartier** gGmbH und Weserburg zusammen durchgeführt haben und an dem mehr als 500 Kinder und Jugendliche mitwirkten. Es sind solche Aktivitäten, die jungen Menschen aus Stadtrandlagen das bremische Kulturangebot entscheidend näher bringen.

Impulse für die Region Bremen-Nord werden vom sanierten und umgestalteten Bürgerhaus Vegesack erwartet. Die modernisierte Immobilie bietet für eine ganze Reihe von Kulturakteuren und Initiativen deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen.

Das erfolgreich etablierte Instrument der Spartengespräche zur Erörterung sowohl kulturpolitischer Alltagsfragen als auch langfristiger Perspektiven wird fortgeführt. Die Ergebnisse werden auf Umsetzbarkeit geprüft.

Kulturelle Bildung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Vermittlung von kultureller Bildung bleibt ein wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit des Ressorts. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf das Vorhaben des Gerhard-Marcks-Hauses, Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren mit Hilfe privater Unterstützung zukünftig freien Eintritt gewähren zu wollen.

Neben dem schon oben genannten Projekt "VorBILD – NachBILD" ist hier die Ausstellung "Ka Boom! Comics in der Kunst" zu nennen, die zwar insgesamt in der Besucherresonanz zurückgeblieben ist, allerdings viele junge Erstbesucher für die Weserburg interessieren konnte.

Darüber hinaus sind die Aktivitäten der Stadtbibliothek zu nennen, die mit einer hohen Zahl von Veranstaltungen insbesondere im Bereich der Lesekompetenz eine große Anzahl Kinder und Jugendliche anspricht.

Die Bremer Shakespeare Company bietet unter dem Titel "Theater macht Schule" Workshops für Jugendliche ab Klasse 9 zu allen aktuellen Produktionen an. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiten dabei gemeinsam mit einem Company-Mitglied Motive und Themen des Stücks, auch über Körper- und Stimmübungen aus dem Schauspielertraining.

B. Leistungskennzahlen

		Berichtszeitraum Januar-Juni 2014						
	lst	Planwert		Ist-Planwert- Abweichung				
Kennzahlen			Absol.	%	Planwert			
Besuche Kultur- und Veranstaltungszentren	187.993	206.000	-18.007	-8,7	412.000			
Besuche Stadtbibliothek	1.006.956	886.350	120.606	13,6	1.772.700			
Besuche Volkshochschule	30.378	28.750	1.628	5,7	57.500			
Schülerbelegung Musikschule	2.552	2.572	-20	-0,8	2.572			
Besuche Bürgerhäuser	364.340	356.450	7.890	2,2	712.900			
Besuche Theater Bremen	86.265	90.000	-3.735	-4,2	165.000			
Besuche Orchester	58.585	39.330	19.255	49,0	69.880			
Besuche Museen	252.433	236.500	15.933	6,3	473.000			
Besuche Kommunales Kino	17.152	16.000	1.152	7,2	35.500			

3. Analyse / Bewertung

Hervorgehoben werden folgende Punkte:

Besuche Kultur- und Veranstaltungszentren

Die Veranstaltungszentren der Stadtkultur liegen bei den Besuchen mit -9% leicht unter Plan. Die Besuchererwartungen des Schlachthofs und des Lagerhauses konnte übertroffen bzw. gehalten werden. Beim Kultur Büro Bremen Nord konnte dagegen die optimistische Planung aufgrund der Verschiebung der Wiedereröffnung nach der Umbauphase, die bis in den Februar 2014 hinein dauerte, nicht erfüllt werden.

Besuche Stadtbibliothek

Die Stadtbibliothek hat im ersten Halbjahr 2014 alle Erwartungen übertroffen. Die Besuche liegen – vor allem aufgrund der steigenden virtuellen Besuche – um 14% besser als geplant. Bei den Ausweisinhabern (BibCard) werden regelmäßig zu Beginn des Jahres die meisten BibCards erneuert, diese Entwicklung flacht erfahrungsgemäß im Laufe des Jahres wieder ab.

Besuche Volkshochschule

Bei der Bremer Volkshochschule ist das erste Halbjahr 2014 aufgrund der späten Sommerferien deutlich unterrichtsintensiver gewesen, wodurch die lineare Planung der Belegungen um +6% überschritten wurde. Lehrgänge und Integrationskurse mit langen Laufzeiten führen zu einer höheren Anzahl von Unterrichtsstunden (+14%). Die Zahl der Veranstaltungen ist leicht rückläufig.

Produktplan:	22	Controlling 01-06/14		
Kultur		01.09	.2014	
Verantwortlich:	Senator Böhrnsen	Version: 86	Seite 2	

3. Analyse/Bewertung

1. Abweichungen voraussichtliches HH-Soll- voraussichtliches Ist (Jahresplanung 2014)

Das Kulturressort rechnet mit einer Einhaltung des Budgets. Die dargestelllte Ergebnisverbesserung resultiert aus den derzeit nicht in Anspruch genommenen Mitteln für die Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums.

Zu den Abweichungen im einzelnen:

a) Personalausgaben (Abweichung +0 TEUR)

Nach derzeitigem Stand sind Personalkosten der zugeordneten Dienststellen Landesarchäologie, Landesamt für Denkmalpflege und Staatsarchiv nachzufinanzieren. Dazu werden insbesondere Einsparungen in der senatorischen Behörde herangezogen. Für den Bereich des refinanzierten Personals ist noch ein geringer Ausgleich durch Einnahmen sicherzustellen.

b) Konsumtive Ausgaben (+0 TEUR)

Die Deputation für Kultur hat am 13. Mai 2014 und der HaFA hat am 13. Juni 2014 der Verwendung zusätzlich erwarteter Einnahmen aus der Citytax in Höhe von 450 TEUR zugestimmt. Damit wurden Zusatzbedarfe im konsumtiven Bereich finanziert.

c) Investive Ausgaben (-9.381 TEUR)

Im Bereich der investiven Mittel ist darauf hinzuweisen, dass die für die Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmusem (DSM) derzeit gesperrten Mittel in Höhe von 9.381 TEUR auch in 2014 voraussichtlich nicht zur Auszahlung kommen werden.

Von den 9.381 TEUR sind Liquidität in Höhe von 4.200 TEUR (Anschlag) sowie 2.733 TEUR (Nachbewilligung im Rahmen der Liquiditätssteuerung 2013/2014) und damit in Summe 6.933 TEUR enthalten. Der Restbetrag in Höhe von 2.448 TEUR besteht aus einer nicht mit Liquidität hinterlegten Rücklagen, die 2012 gebildet wurden.

2. Einhaltung des Finanzierungssaldos (Anschlag - voraussichtliches Ist (Jahresplanung 2014))

Für das Kulturressort ist ein Finanzierungssaldo von -82.740 TEUR veranschlagt. Durch Verlagerung von Mitteln im Rahmen der Liqudiditätssteuerung 2013/2014 wurden 2.733 TEUR (DSM) wieder in den Kulturhaushalt 2014 zurückgeführt. Der zulässige Finanzierungssaldo erhöht sich durch weitere Änderungen auf -85.978 TEUR.

Derzeit wird der Finanzierungssaldo mit -79.972 TEUR und damit einer Unterschreitung i.H.v. +6.005 TEUR dargestellt. Für die Nutzung der nicht im Jahr 2014 benötigten Liquidität gibt es den Bedarf des Produktplans Wirtschaft i.H.v. 733 TEUR und des Produktplans Wissenschaft i.H.v. 1.466 TEUR, bisher nicht mit Liquidität hinterlegte Rücklagen zu finanzieren. Die Stadt Bremerhaven möchte wie in Vorjahren die Liquidität i.H.v. 733 TEUR selber steuern. Daher sind keine Einnahmen in diesem Jahr aus Bremerhaven eingeplant. Ein Betrag i.H.v. ca. -120 TEUR resultiert aus der geplanten Inanspruchnahme von nicht mit Liquidität hinterlegten Rücklagen im Kulturhaushalt. 3.686 TEUR stehen noch an freier Liquidität zur Verfügung.

- 3. Unterjährige Abweichung Januar Juni 2014 (Ist-Planwert-Abweichung).
- a) Die konsumtiven Einnahmen liegen unterjährig über Plan, da zusätzliche durchlaufende Einnahmen beim Musikfest erzielt wurden und das Kulturressort frühzeitiger Gelder vereinnahmt hat.
- b) Zu den Begründungen der Abweichungen bei den Personalausgaben siehe oben.
- c) Bei den konsumtiven Ausgaben gab es höheren Liquiditätsbedarf der Eigenbetriebe Stadtbibliothek und Volkshochschule. Dieser wird sich zum Jahresende ausgleichen.
- d) Die investiven Ausgaben liegen unterjährig unter Plan. Die Investitionen werden nach derzeitigem Stand wie geplant durchgeführt und bis zum Jahresende abfließen.

4. Sonstiges

Die konsumtive Minderausgabe i.H.v. 5 TEUR wurde durch Reduzierung der Reisekosten bei der senatorischen Behörde erbracht.

Das Konzept zur Einhaltung des konsumtiven Eckwertes wird der Deputation für Kultur voraussichtlich am 14. Oktober 2014 vorgelegt.

Über die Auswirkungen der vom Senat beschlossenen Haushaltssperre kann auch am 14. Oktober 2014 berichtet werden.

Schülerbelegung Musikschule

Bei der Musikschule liegen die Belegungen innerhalb der Planung. Durch die neu eingeführte Chorschule konnte die Anzahl der Schülerinnen und Schüler geringfügig erhöht werden.

Besuche Bürgerhäuser

Innerhalb der Produktgruppe kommt es bei einzelnen Bürgerhäusern zu saisonalen (nicht vorab geplanten) Schwankungen. Dieses wird sich zum Jahresende ausgleichen. Insgesamt liegen die Besuchszahlen der Bürgerhäuser im Mittel über dem Planwert.

Besuche Theater Bremen

Im 2. Quartal 2014 (4. Periode der Spielzeit 2013/14) werden die geplanten Besuchszahlen von Theater Bremen annähernd erreicht. Insgesamt geht die Theaterleitung für die Spielzeit von knapp über 170.000 Besuchern aus. Damit werden die für die Spielzeit geplanten Besuche um 6.000 Besucher überschritten und die Besuchszahlen gegenüber dem Vorjahr um ca. 13.500 Besucher gesteigert. Die Steigerung der Besuchszahlen ist vor allem durch die Sparten Schauspiel und Kinder- und Jugendtheater bedingt. Darüber hinaus kamen deutlich mehr Besucher durch Gastspiele im Theater Bremen hinzu. Die Steigerung der Veranstaltungszahlen beruht im Wesentlichen darauf, dass in der Planung die sonstigen Veranstaltungen in den Sparten Schauspiel und Kinderund Jugendtheater noch nicht enthalten waren.

Besuche Orchester

Die leichte Reduzierung der Konzerte der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen in Bremen um 3 Vorstellungen steht in Bezug zur Verdoppelung der auswärtigen Konzerte. Dadurch bedingt verringerten sich die Kapazitäten in Bremen. Dennoch konnte die Zahl der Konzertbesucher in Bremen um über 20 % gegenüber den Planungen gesteigert werden, was die ungebrochen hohe Attraktivität des Orchesters in der Stadt belegt.

Die Bremer Philharmoniker haben 9 Konzerte mehr als im Berichtszeitraum geplant durchgeführt. Zum einen ist der Anstieg der Besucherzahlen hierauf zurückzuführen, zum anderen ist er darin begründet, dass Veranstaltungsorte mit hoher Sitzplatzkapazität gewählt wurden (open air, Kirchen).

Besuche Museen

Das Übersee-Museum hat die geplanten Besucherzahlen nicht erreicht. Dies liegt im Wesentlichen an der späten Sommerferienzeit und daran, dass mit der Mao-Ausstellung erst wieder im Herbst eine Sonderausstellung mit zahlreichen Vermittlungsangeboten und Sonderveranstaltungen eröffnet wird.

Im ersten Halbjahr haben die Sonderausstellungen im Focke-Museum nicht die geplanten Besucherzahlen erreicht. Anlässlich der Sonderausstellung mit Fotografien von Sebastião Salgado wird mit erhöhten Besucherzahlen im zweiten Halbjahr gerechnet.

Das gemeinsame Projekt der Gerhard-Marcks-Stiftung mit der Heinz & Ilse Bühnen Stiftung – Jugendlichen unter 18 Jahren freien Eintritt zu gewähren – wird sehr gut angenommen und schlägt sich positiv in den Besucherzahlen nieder.

Die geplanten Besucherzahlen wurden beim Neuen Museum Weserburg, den Museen Böttcherstraße und der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung nicht erreicht. Beim Neuen Museum Weserburg und der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung liegt der Ausstellungsschwerpunkt im 2. Halbjahr 2014. Es wird davon ausgegangen, dass die Besucherzahlen steigen werden.

Bei der Kunsthalle wurden die geplanten Besucherzahlen übertroffen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass 3 Sonderausstellungen die im Jahr 2013 begonnen haben, noch im 1. Quartal 2014 liefen.

Das DSM hat die erwarteten Besucherzahlen nicht erreicht. Zukünftig soll das Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm nicht mehr nach Jahreshälften, sondern nach Sommer- und Winterprogramm konzipiert und damit stärker an unterschiedlichen Zielgruppen orientiert sein (Sommer: Museumshafen, vorwiegend Touristen; Winter: Indoor-Veranstaltungen, vorwiegend einheimisches Publikum).

Besuche Kommunales Kino

Die Planzahlen des Kommunalkinos werden in der 1. Jahreshälfte sowohl hinsichtlich der Besucherzahlen als auch der Anzahl der Veranstaltungen deutlich überschritten und stabilisieren sich am neuen Standort auf relativ hohem Niveau. Speziell das Angebot des 1. Quartals mit dem Filmporträt über Annelie Keil verzeichnete ausgesprochen viele BesucherInnen.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2014

		Ref. 21, 01.0	0.2014		
PRODUKTPLAN 24		Kurzeinschätzung zur Zielerreichung			
Hochschulen und Forschung		Nicht erreicht er			
	Finanzen				
	Personal:				
	Leistungen:				
Kommentar:					
Der veranschlagte produktplanbezogene Finanzierungs dem voraussichtlichen Ist zum Jahresende 2014 um 6.0 Diese Überschreitung wird durch schon vollzogene bzw (insgesamt 4.623 Tsd. €) sowie durch die Inanspruchna im Produktplan Kultur (1.466 Tsd. € für DSM-Sanierung	095 Tsd. € überschri v. noch vorzunehme ahme nicht ausgegel	tten. nde Solländer			
(g) nahezu vollständiç		agsmittel		

Das Kessort wird den Ausgleich des Defizits produktplanintern sicherstellen. Dennoch ist ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln erforderlich.

<u>Leistungsdaten</u>
Die Leistungsziele werden überwiegend eingehalten.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:
Ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 24
Hochschulen und Forschung

Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt

Controlling 01-06/14
01.09.2014

Version: 86
Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale		Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014		
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert-	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
		Tsd. EUR		%			Tsc	l. EUR		
konsumtive Einnahmen	17.181	17.686	-505	-2,9	24.450	49.886	50.405	519	40.133	
investive Einnahmen	14.486	13.769	717	5,2	26.254	26.558	26.363	-195	26.558	
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Gesamteinnahmen	31.667	31.455	212	0,7	50.704	76.444	76.768	324	66.691	
Personalausgaben	1.307	1.105	202	18,3	2.237	2.237	2.597	360	2.219	
konsumtive Ausgaben	142.553	159.340	-16.787	-10,5	305.576	333.827	332.776	-1.051	320.260	
Zinsausgaben	1.221	1.518	-297	-19,6	1.518	1.518	1.518	0	1.518	
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
investive Ausgaben	23.622	30.716	-7.094	-23,1	61.727	66.431	63.981	-2.450	60.702	
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0	
Gesamtausgaben	168.703	192.679	-23.976	-12,4	371.058	404.013	400.872	-3.141	384.700	
Saldo	-137.036	-161.224	24.189	-15,0	-320.354	-327.569	-324.104	3.465	-318.009	

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr							
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff			
ermachtigungen		Tsd. EUR						
- konsumtiv	1.611	5.095	4.159	2.649	100			
- investiv	4.687	9.623	5.784	14.582	12.084			
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0			

Budgetrück-	Stand des
lagenbestand	Verlustvortr .
Tsd.	EUR
671	0

	Soll Tsd. EUR	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR	•			DITTELETIZ
1.125					
	989	136	2.233	1.995	238
70	70	0	158	154	4
0	0	0	0	0	0
1.195	1.059	136	2.391	2.149	242
83	17	66	153	35	118
28	29	-1	52	54	-2
1.306	1.105	201	2.596	2.238	358
28	29	-1	52	54	-2
nen (Teilze	eit umgerechn	et in Vollzeit)	•	'	
36,1	31,4	4,7	35,7	31,2	4,5
2,3	2,4	-0,1	2,4	2,4	0,0
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
38,4	33,8	4,6	38,1	33,6	4,5
2,0	-	-	1,8	-	
0,0	-	-	0,0	-	-
	1.195 83 28 1.306 28 nen (Teilz 36,1 2,3 0,0 38,4 2,0	70	70	70 70 0 0 158 0 0 0 0 0 1.195 1.059 136 2.391 83 17 66 153 28 29 -1 52 1.306 1.105 201 2.596 28 29 -1 52 1 cm (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 36,1 31,4 4,7 35,7 2,3 2,4 -0,1 2,4 0,0 0,0 0,0 0,0 38,4 33,8 4,6 38,1 2,0 - - 1,8	70 70 0 158 154 0 0 0 0 0 1.195 1.059 136 2.391 2.149 83 17 66 153 35 28 29 -1 52 54 1.306 1.105 201 2.596 2.238 28 29 -1 52 54 nen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 35,7 31,2 2,3 2,4 -0,1 2,4 2,4 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 38,4 33,8 4,6 38,1 33,6 2,0 - - 1,8 -

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
1 ersonaistraktar	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%	
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,2	22,5	2,1
Beschäftigte über 55 Jahre	45,7	17,5	48,9
Frauenquote	73,9	50,0	70,2
Teilzeitquote	41,3	35,0	36,2
Schwerbehindertenquote	3,8	6,0	3,8

Produktplan: Hochschulen und Fors	24 chung	Controllin 01.09	
Verantwortlich:	Sen. Quante-Brandt	Version: 86	Seite 2

3. Analyse/Bewertung

1. Kamerale Finanzdaten

A) Planwertabweichungen

Da die Hochschulpaktmittel aufgrund einer späten Bescheiderteilung im ersten Halbjahr von den Hochschulen noch nicht abgefordert worden waren liegen die konsumtiven Ausgaben um ca. 13 Mio. Euro unterhalb der Planwerte. Die Unterschreitung der investiven Ausgaben gegenüber den Planwerten liegt an dem zeitlich verschobenen Mittelabfluss der Baumittel an die Hochschulen. Diese Abweichungen werden im Laufe des Jahres ausgeglichen.

B) Budgeteinhaltung:

Das Budget wird eingehalten.

C) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo beträgt im Anschlag -318.009 TEUR. Nach dem voraussichtlichem Ist wird mit einem Saldo von -324.104 TEUR, also mit einer Überschreitung von 6.095 TEUR zum Jahresende gerechnet.

Dieses Defizit wird durch voraussichtliche (3.328 TEUR) bzw. schon vollzogene Solländerungen (1.295 TEUR) i.H.v. 4.623 TEUR sowie durch die Inanspruchnahme nicht ausgegebener Anschlagsmittel im Produktplan Kultur (DSM-Sanierung) i.H.v. 1.466 TEUR fast vollständig kompensiert (Hinweis: in 2013 fand die Nutzung der DSM-Mittel nicht statt). Es verbleibt dann noch eine Überschreitung des produktplanbezogenen Finanzierungsaldos von ca. 6 TEUR.

Der Ausgleich der Überschreitung bei den Personalausgaben ist in dieser Rechnung enthalten und damit sichergestellt.

2. Leistungsdziele

Die Leistungsziele werden überwiegend eingehalten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 08.09.2014

PRODUKTPLAN 31	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung			
Arbeit	Nicht erreicht errei			
	Finanzen		\boxtimes	
	Personal:		\boxtimes	
	Leistungen:		\boxtimes	
Kommentar:				

<u>Finanzdaten</u>

Voraussichtliches Jahresergebnis

Das Jahresbudget wird im Saldo von Mehreinnahmen/Minderausgaben unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Veränderungen voraussichtlich um rd. 22.4 Mio. € unterschritten. Im Wesentlich resultiert dies aus der Nicht-Inanspruchnahme von Resten und Mehreinnahmen.

Finanzierungssaldo.

Der Finanzierungssaldo wird nach jetzigem Stand um rd. 0,4 Mio. € unterschritten. Die Aussagen des Ressorts zur Höhe des Finanzierungssaldos sind nicht nachvollziehbar. Insoweit ist eine Bewertung nicht möglich. Das Ressort wird gebeten, die Aussagen in Bezug auf den Finanzierungsaldo im August-Controlling nachvollziehbar darzustellen.

Verlustvorträge (Stand 06/2014)

Die Verlustvorträge haben sich in den letzten Jahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Programmen EFRE und ESF ergeben. Die weitere Entwicklung ist. u.a. abhängig von den weiteren Prüfergebnissen der EU-Behörde sowie Zahlungsanträgen der ESF-Verwaltungsbehörde.

ESF (alte Förderphase 2000-2006)

Der Verlustvortrag beläuft sich auf rd. 4,4 Mio. €. Das Programm ist beendet und wird zzt. seitens der EU schlussabgerechnet. Für dieses Jahr wird mit einer Schlusszahlung gerechnet.

ESF (Förderphase 2007-2013)

Der Verlustvortrag beläuft sich auf rd. 26,2 Mio. €. Es soll noch ein Zahlungsantrag über rd. 2,5 Mio. € gestellt werden. Ob eine entsprechende Einnahme zum Jahresende realisiert werden kann ist nicht sicher. Sie würde den Verlustvortrag verringern.

EFRE (Förderphase 2007-2013)

Der Verlustvortrag beläuft sich auf rd. 9,6 Mio. €. Eine Aussage zu erwarteten Einnahmen kann seitens der EFRE-Bescheinigungsbehörde nicht gemacht werden.

Das Fachressort weist darauf hin, dass im Rahmen des Landesmindestlohngesetzes zusätzliche Ausgaben in Höhe von rd. 0,7 Mio. € entstehen, deren Liquidität durch die SF sicherzustellen ist. Diese Finanzierung wurde im Controlling noch nicht abgebildet.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 08.09.2014

<u>Personaldaten</u>

Die Personalausgaben und die Zielzahlen werden voraussichtlich deutlich unterschritten.

Das Ressort beabsichtigt die erwarteten Personalminderausgaben in Höhe von mindestens rd. 0,6 Mio. € am Jahresende zum Ausgleich im Senatorenbudget heranzuziehen.

Leistungsdaten

Erfreulich ist, dass die Zahl geförderten Beschäftigten im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) erheblich über dem Planwert liegt und auch die Anzahl der Langzeitarbeitslosen in Beschäftigungsmaßnahmen deutlich über dem Planwert liegt.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Über die Finanzierung der 0,7 Mio. € Landesmindestlohn wird dem Senat zur Sitzung am 30.09.2014 ein Lösungsvorschlag vorgelegt.

Das Ressort wird gebeten, die Aussagen in Bezug auf den Finanzierungsaldo im August-Controlling nachvollziehbar darzustellen.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 31 Arbeit		Controllin 01.09			
Verantwortlich:	Senator Günthner		Version: 86	Seite 1	

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:





1. Ressourceneinsatz

Kamerale	Januar - Juni 2014				Jahresplanung 2014				
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	8.551	7.014	1.537	21,9	17.355	18.076	28.038	9.962	17.435
investive Einnahmen	23	0	23	0,0	23	23	23	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	397	4.397	4.000	0
Gesamteinnahmen	8.573	7.014	1.559	22,2	17.378	18.496	32.458	13.962	17.435
Personalausgaben	3.969	4.433	-464	-10,5	9.164	9.485	8.848	-637	8.867
konsumtive Ausgaben	15.214	13.417	1.797	13,4	47.171	49.089	37.429	-11.660	26.620
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	699	726	-27	-3,7	1.610	2.246	2.148	-98	1.891
relevante Verrech./Erstatt.	159	3	156	5.192,4	301	218	218	0	6
Gesamtausgaben	20.041	18.579	1.462	7,9	58.246	61.038	48.643	-12.395	37.383
Saldo	-11.467	-11.565	98	-0,8	-40.868	-42.542	-16.185	26.357	-19.948

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff		
ermachtigungen	Tsd. EUR						
- konsumtiv	576	0	0	0	0		
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Budgetrück-	Stand des			
lagenbestand	Verlustvortr .			
Tsd. EUR				
842	40.167			

Personaldaten		Juni 2014		kumuli	ert Januar - Ju	ıni 2014	voraus	sichtl. Jahresei	rgebnis
rersonaluaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
					Tsd. EUR				
Kernbereich	620	697	-77	3.769	4.182	-413	7.799	8.682	-883
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	620	697	-77	3.769	4.182	-413	7.799	8.682	-883
Refinanzierte	24	16	8	131	96	35	280	194	86
Nebentitel	7	25	-18	69	155	-86	168	288	-120
Insgesamt	651	738	-87	3.969	4.433	-464	8.247	9.164	-917
- dar.: Beihilfe/Nachvers	6	21	-15	68	131	-63	142	238	-96
		•		Volumen (Tei	lzeit umgerechn	et in Vollzeit)			
Kernbereich	143,1	157,2	-14,1	144,0	157,8	-13,8	143,6	157,1	-13,5
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	143,1	157,2	-14,1	144,0	157,8	-13,8	143,6	157,1	-13,5
Refinanzierte	4,5	-	-	3,8	-	-	4,1	-	-
Abwesende	11,7	-	-	12,5	-	-	12,1	-	-
	+	t		t					

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
1 ersonaistraktar	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%	1
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,9	22,5	6,9
Beschäftigte über 55 Jahre	27,7	17,5	29,3
Frauenquote	70,7	50,0	70,2
Teilzeitquote	38,3	35,0	37,2
Schwerbehindertenquote	15,9	6,0	19,1

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 01-06/14 01.09.2014	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 86	Seite 2

3. Analyse/Bewertung

Kamerale Finanzdaten

Ist-Planwertabweichungen

Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht).

Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.

Einnahmen

Zum Jahresende werden Mehreinnahmen von 14 Mio. Euro erwartet.

Für das aktuelle ESF-Programm 2007-2013 (PGR 31.01.01) wird voraussichtlich ein Zahlungsantrag über rd. 2,5 Mio. Euro gestellt. Für das neue ESF-Programm 2014-2020 wird ein Vorschuss von 0,7 Mio. Euro erwartet. Die Schlusszahlung für das ESF-Programm 2000-2006 über rd. 12 Mio. Euro wurde für dieses Jahr angekündigt.

Dem gegenüber stehen Anschläge von rd. 6,7 Mio. Euro.

Für das EFRE-Programm 2007-2013 werden Einnahmen (per Verrechnung) über rd. 4 Mio. Euro prognostiziert.

Înfolge noch nicht abgeschlossener Vorhabenprüfungen des laufenden EFRE-Programms 2007-2013 können sich Mindereinnahmen ergeben. Da die Prüfungen zum jetzigen Zeitpunkt keinen Rückschluss auf ein quantifizierbares Risiko zulassen, kann dieses nicht beziffert werden. Eine gesicherte Beurteilung ist frühestens zum Ende des 3. Quartals möglich.

Für bei der bba (PGR 31.01.02) umgesetzte Bundesprogramme werden Einnahmen von rd. 1 Mio. Euro prognostiziert. Die Unterlagen liegen dem Bundesministerium bereits und befinden sich bereits in der Prüfung. Da der Großteil der Programme bereits ausgelaufen sind, werden diese Mittel nicht mehr auf den korrespondierenden Ausgabehaushaltsstellen benötigt. Allerdings haben sich im Produktplan 31 Mehrbedarfe ergeben, die durch diese Einnahmen gedeckt werden könnten.

Das AVIB (PB 31.02)prognostiziert Mehrausgaben von rd. 1,4 Mio. Euro, denen korrespondierende Mehreinnahmen von rd. 0,4 Mio. Euro aufgrund der teilweisen Kostenerstattung des Bundes gegenüber stehen.

Im Bereich der Kriegsopferfürsorge (PGR 31.02.01) wird eine Mehreinnahme von rd. 0,1 Mio. Euro prognostiziert, der korrespondierende Mehrausgaben von rd. 0,3 Mio. Euro gegenüber stehen.

Personalausgaben

In der Hochrechnung wird zum Jahresende mit Minderausgaben von insgesamt rd. 0,6 Mio. Euro gerechnet. Darin enthalten sind Minderausgaben im Kernbereich in Höhe von 0,5 Mio. Euro und 0,1 Mio. Euro für Nebentitel.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass mehrere vakante Stellen zur Besetzung anstehen und evtl. ein Ausgleich zugunsten der PPL 71 und 81 im Senatorenbudget erforderlich wird.

konsumtive und investive Ausgaben

Zum Jahresende wird mit Minderausgaben von rd. 11,8 Mio. Euro gerechnet.

Diese Differenz ergibt sich hauptsächlich durch Minderausgaben im Bereich der EU-Programme (PGR 31.01.01). Hier sind in den Vorjahren rd. 24 Mio. Euro Reste entstanden, die in diesem Jahr noch nicht vollständig zur Auszahlung kommen.

Für die Kosten des Landesmindestlohngesetzes (PGR 31.01.01) besteht ein Ausgleichsbedarf von 0,7 Mio. Euro. Für die Jahre 2013/2014 wurden insgesamt 1,9 Mio. Euro gebunden. In diesem Jahr kommen rd. 0,7 Mio. Euro zur Auszahlung. Dieser Betrag wird hiermit gegenüber SF zwecks Finanzierung geltend gemacht (vgl. Depu Nr. 18/271 vom 28.11.2012).

Im Bereich der Ausgleichsabgabe (PGR 31.02.01) werden Mehrausgaben von rd. 2 Mio. Euro erwartet, die durch Rücklagenentnahme finanziert werden können.

Im Bereich der Kriegsopferfürsorge (PGR 31.02.01) können prognostizierte Mehrausgaben von rd. 0,3 Mio. Euro teilweise durch korrespondierende Mehreinnahmen ausgeglichen werden. 0,2 Mio. Euro können aus der Sonderrücklage der Kriegsopferfürsorge entnommen werden.

Das AVIB (PB 31.02)prognostiziert Mehrausgaben von rd. 1,4 Mio. Euro, denen korrespondierende Mehreinnahmen von rd. 0,4 Mio. Euro aufgrund der teilweisen Kostenerstattung des Bundes gegenüber stehen.

Die konsumtiven Mehrbedarfe können nicht vollständig gedeckt werden. Zur Auflösung des verbleibenden Mehrbedarfs wird geprüft, ob ein Ausgleich innerhalb des Senatorenbudgets möglich ist.

Produktplanbezogener Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo des PPL 31 wird um rd. 1 Mio. Euro überschritten.

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 01-0 01.09.2014	6/14
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 86	Seite 3

Im Folgenden werden die prägenden Liquiditätsbedarfe und -deckungen dargelegt.

Im Bereich der Ausgleichsabgabe und der Kriegsopferfürsorge(PGR 31.02.01) ist eine Rücklagenentnahme von rd. 2,2 Mio. Euro notwendig.

Im Bereich der EU-Mittel wird mit Mehreinnahmen und Mehrausgaben gerechnet. In der Differenz verbleibt ein Finanzierungssaldo von rd. 2,5 Mio. Euro.

Das Amt für Versorgung und Integration (PGR 31.02.01) prognostiziert einen Mehrbedarf von rd. 0,9

Mio. Euro, der größtenteils durch Kosten nach dem Opferentschädigungsgesetz begründet ist. Für die Umsetzung von Bundesprogrammen bei der bba (PGR 31.01.02) werden Mehreinnahmen von rd. 1 Mio.

Euro erwartet, die zum Ausgleich innerhalb des Produktplanes 31 benötigt werden.

Für das Landesmindestlohngesetz entstehen Kosten von rd. 0,7 Mio. Euro. Die Finanzierung durch SF wurde im Controlling noch nicht abgebildet. Nach der Realisierung wird der Finanzierungssaldo nur noch leicht überschritten.

Verlustvortrag

Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Einnahmen ergeben. Ein Ausgleich erfolgt im Rahmen der Programmlaufzeit. In diesem Jahr werden Mehreinnahmen von rd. 13,4 Mio. Euro prognostiziert, die den bestehenden Verlustvortrag reduzieren werden.

Planungsreserve

Die Planungsreserve ist im voraussichtlichen Soll noch nicht berücksichtigt worden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2014

PRODUKTPLAN 41	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
Jugend und Soziales	Nicht erreicht erreich				
	Finanzen				
	Personal:				
	Leistungen:				
Kommentar:					

Finanzdaten

Das Budget und der produktplanbezogene Finanzierungssaldo werden - unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (4,45 Mio. €), noch nicht berücksichtigter Erstattungen (0,5 Mio. €) und investiver Mehreinnahmen (0,9 Mio. €) - zum Jahresende um rd. **40,5 Mio.** € **überschritten**. Diese Überschreitungen setzen sich aus Mehrbedarfen für den Bereich der Sozialleistungen (33,82 Mio. €), außerhalb der Sozialleistungen (5,8 Mio. €) sowie Personalmehrausgaben (0,85 Mio. €) zusammen. Im Einzelnen sind diese wie folgt zu erklären:

Sozialleistungen (saldiert 33,82 Mio. € Mehrausgaben):

- Mehreinnahmen von 11,84 Mio. € (u.a. aus 100% Bundesbeteiligung Grundsicherung SGB XII, Neufestsetzung BuT 2014 und Revision BuT 2012+2013, Mehreinnahmen Projekt Forderungsmanagement)
- **Mehrausgaben** von rd. **46,64 Mio.** €(Zuwächse in den Bereichen Hilfen zur Erziehung, Erstattungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Asyl, sonstige: z.B. Grundsicherung)
- Bereinigungen im HH-Soll (0,98 Mio. €)

Außerhalb von Sozialleistungen (saldiert 1,9 Mio. €Mehrausgaben <u>ohne</u> Tarifanpassungen bzw. insgesamt 5,8 Mio. €mit Tarifanpassungen):

- Mehrbedarfe Kindertagesbetreuung aufgrund der Auswertung der Anmeldesituation incl. fehlender Synergieeffekte (1,5 Mio. €)
- Tarifeffekte TVöD 2014 Kindertagesbetreuung (3,9 Mio. € Der Betrag befindet sich derzeit noch in der Abstimmung zwischen SF und SKJF und wird im Rahmen der noch ausstehenden Senatsvorlage zum Umgang mit den Tarifeffekten zu lösen sein)
- Unterhalt von Spielplätzen (0,4 Mio. €)

Die **investiven Mehrbedarfe** im Bereich der Herstellung von Unterkünften für Flüchtlinge i.H.v. **1,3 Mio.** €wurden durch Umlaufbeschluss des Haushalts- und Finanzausschusses mit offener Deckung nachbewilligt und sind somit in der Gesamtbetrachtung (HH-Soll) des Ressorts bereits enthalten.

Personaldaten

Bei den Personalausgaben im Kernbereich werden unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Restfluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen und sollmindernder Verbeamtungseffekte Mehrausgaben von rd. 750 Tsd. €- bei einer jahresdurchschnittlichen Überschreitung der Zielzahlen um rd. 5,7

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2014

VZE – erwartet (Std. Juli). Ein Ausgleich im Senatorinnenbudget wird vom Ressort als nicht möglich angesehen.

Beim refinanzierten Personal kann von einem ausgeglichenen Ergebnis ausgegangen werden.

Es sollte zwar zum einen der weitere Jahresverlauf abgewartet werden, inwieweit sich die derzeit prognostizierten Personalmehrausgaben verringern lassen, zum anderen ist aber eine sofortige restriktive Personalwirtschaft erforderlich. Das bedeutet bei Abgängen auf eine Wiederbesetzung der Stellen größtenteils zu verzichten.

Leistungsdaten

Auf die Leistungsdaten insgesamt wirken verschiedene fachliche und demographische Entwicklungen. Bei den Leistungskennzahlen zum AsylbLG ist aufgrund der hohen Zugangszahlen eine relevante Steigerung zu verzeichnen, die sich auch weiter fortsetzen wird.

Die Planwerte der Platzzahlen im KTH-Bereich beziehen sich auf das zum 01.08.2014 beginnende KGJ 2014/2015. Die Abweichung ist somit temporär und eine Auswertung erst im nächsten Controlling aussagekräftig.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Das Ressort hat bereits eine interne Haushaltssperre verhängt. Die genannten Risiken sind Bestandteile der jeweiligen Staatsräte-Arbeitsgruppen. Im Rahmen der Sozialleistungsberichterstattung werden in besonderem Maße die Steuerungsmöglichkeiten dargestellt und explizit auf die Prüfaufträge 4 a)-e) des Senats vom 05.08.2014 eingegangen.

Ein sofortiges restriktives personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan:41Controlling 01-06/14Jugend und Soziales01.09.2014Verantwortlich:Sen. StahmannVersion: 86Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale		Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tso	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	93.680	90.607	3.073	3,4	161.138	208.021	219.764	11.743	207.718
investive Einnahmen	1.376	1.408	-32	-2,3	1.367	3.050	3.050	0	2.091
relevante Verrech./Erstatt.	453	0	453	0,0	453	453	453	0	0
Gesamteinnahmen	95.508	92.015	3.493	3,8	162.957	211.524	223.267	11.743	209.809
Personalausgaben	28.688	25.306	3.382	13,4	52.214	59.368	60.218	850	58.751
konsumtive Ausgaben	528.256	494.155	34.101	6,9	928.370	958.102	1.009.468	51.366	955.915
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	6.814	7.560	-746	-9,9	19.741	24.267	24.267	0	19.950
relevante Verrech./Erstatt.	3.426	3.265	161	4,9	6.440	6.788	6.788	0	6.777
Gesamtausgaben	567.184	530.286	36.898	7,0	1.006.765	1.048.525	1.100.741	52.216	1.041.394
Saldo	-471.675	-438.271	-33.404	7,6	-843.808	-837.001	-877.474	-40.473	-831.584

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr							
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff			
ermachtigungen	Tsd. EUR							
- konsumtiv	104	1.566	386	0	0			
- investiv	0	3.900	0	0	0			
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0			

Budgetrück-	Stand des	
lagenbestand	Verlustvortr .	
Tsd. EUR		
0	3.719	

Personaldaten		Juni 2014 kumuliert Januar - Juni 2014			kumuliert Januar - Juni 2014 voraussichtl. Jahresergebnis		rgebnis		
1 et sonatuaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
					Tsd. EUR				
Kernbereich	3.484	3.442	42	20.820	20.640	180	43.456	42.941	515
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	3.484	3.442	42	20.820	20.640	180	43.456	42.941	515
Refinanzierte	1.192	704	488	7.253	4.102	3.151	15.216	8.287	6.929
Nebentitel	30	90	-60	615	564	51	982	986	-4
Insgesamt	4.706	4.236	470	28.688	25.306	3.382	59.654	52.214	7.440
- dar.: Beihilfe/Nachvers	23	69	-46	456	430	26	741	770	-29
		•		Volumen (Tei	lzeit umgerechr	et in Vollzeit)			
Kernbereich	788,1	776,5	11,6	778,5	779,2	-0,7	783,3	775,4	7,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	788,1	776,5	11,6	778,5	779,2	-0,7	783,3	775,4	7,9
Refinanzierte	311,2	-	-	314,5	-	-	312,9	-	-
Abwesende	69,5	-	-	70,4	-	-	69,9	-	-
	1		-			-	,		

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
i ersonaisti aixtai	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%	
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,6	22,5	17,2
Beschäftigte über 55 Jahre	29,3	17,5	29,3
Frauenquote	68,3	50,0	67,3
Teilzeitquote	33,6	35,0	33,3
Schwerbehindertenquote	8,1	6,0	8,2

Produktplan: 41	Controlling 01-06/2014
Jugend und Soziales	29.08.2014
Verantwortlich: Sen. Stahmann	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Im Produktplan Jugend und Soziales werden die Hilfen und Leistungen für Menschen und Familien in den verschiedensten Lebenslagen in Bremen und Bremerhaven dargestellt.

Der Produktplan nimmt insgesamt gesehen seine sich aus i. W. verschiedenen Sozialgesetzbüchern, anderen Gesetzen und politischen Beschlusslagen ergebenden Versorgungsaufträge, wie z. B. Kindertagesbetreuung, Kindeswohlsicherung und Gewährung von Hilfen zur Existenzsicherung und bei besonderen Lebenslagen für viele betroffenen Menschen, wahr.

Dabei kommt u. a. den drei folgenden Punkten besondere Bedeutung zu:

Den sozialen Zusammenhalt stärken

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Senatsbericht "Lebenslagen im Land Bremen 2009" zeigt, dass im Land Bremen im Städte- und Ländervergleich eine hohe Armutsrisikoquote zu verzeichnen ist. Der Senat hat auch daher die Förderung des sozialen Zusammenhalts zu einem vorrangigen Ziel erklärt. Die Maßnahmen im Produktplan 41 dienen diesem Ziel, indem sie

- in Form von Transferleistungen eine menschenwürdige Existenz absichern helfen,
- durch die Finanzierung von Einrichtungen, Diensten, Maßnahmen und Beratungsangeboten die soziale Sicherung, Versorgung, Integration und Teilhabe verbessern und
- durch präventive Maßnahmen sowie der Förderung von Selbsthilfe und Bürgerengagement den sozialen Zusammenhalt stärken.

Hinsichtlich der konkreten Entwicklung der Finanzdaten wird auf den Produktbereichscontrollingbericht und den Bericht Sozialleistungen verwiesen.

Sicherstellung eines nachfragegerechten Tagesbetreuungsangebotes

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Kindertagesbetreuung ist und bleibt ein Handlungsschwerpunkt des Senats. Das Ziel der Sicherstellung eines nachfragegerechten Angebots im Elementarbereich sowie des Ausbaus zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf Betreuung für Kinder unter 3 Jahren wurde in 2013 schrittweise erreicht. Weitere Ausbauschritte werden jedoch ggf. durch die kontinuierlich steigende Nachfrageentwicklung danach notwendig sein.

Das Ressort berichtet kontinuierlich den Gremien zur Kindertagesbetreuung.

Stärkung von frühkindlichen Bildungsangeboten für alle Kinder

Sachstand/Analyse/Bewertung

Finanziert aus Mitteln, die vom Senat für die frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellt wurden, wird ein entsprechendes Programm durchgeführt. Der Schwerpunkt liegt u. a. in der Sprachförderung von Kindern, bei denen
ein entsprechender Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Darüber hinaus werden modellhaft Projekte, Fortbildungsveranstaltungen und Fachveranstaltungen durchgeführt und Instrumente für die pädagogische Arbeit entwickelt (z. B. Handbuch zum Übergang Kita – Schule, individuelle Lern- und Entwicklungsdokumentation, Handbuch
Sprachförderung u. a.). Die etablierten und erprobten Maßnahmen werden fortgeführt und weiter qualifiziert.

B. Leistungskennzahlen

		Berichtszeitraum				
	IST	Planwert	IST-Planwert-Al	oweichung*		
Kennzahlen			abs.	%	Planwert	
Jugend						
1.1 Tagesbetreuung für Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren	14.093	14.078	15	0%	14.078	
1.2 Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren	5.725	6.168	-443	-7%	6.168	
Soziales						
1.3 Fallzahl Stationäres Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	1.386	1.441	-55	-4%	1.441	
1.4 Fallzahl Betreutes Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	448	384	64	17%	384	
1.5 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Werkstätten (Land)	1.636	1.685	-49	-3%	1.685	
1.6 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Tagesförderstätten (Land)	448	567	-119	-21%	567	
2.1 Personen im Leistungsbezug nach dem AsylbLG (Stadt HB)	4.049	3.750	299	8%	3.750	
3.1 Anzahl Personen mit stationären Pflegeleistungen (Land)	2.823	2.820	3	0%	2.820	
3.2 Anzahl Personen mit ambulanten Pflegeleistungen (Land)	1.706	1.655	51	3%	1.655	
3.3 Anzahl Personen mit Landespflegegeld (Land)	674	680	-6	-1%	680	
 4.1 Anzahl Personen mit Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt (Stadt Bremen) 	12.782	12.926	-144	-1%	12.926	
4.2 Fälle mit Leistungen nach SGB II	39.855	38.924	931	2%	38.924	
4.3 Durchschnittlich anerkannte Unterkunftskosten pro Monat und Leistungsempfänger in Euro (Stadt Bremen)	272	212	60	28%	212	
5.1 Anzahl der Krankenhilfeberechtigten nach dem SGB XII (Land)	1.467	1.565	-98	-6%	1.565	

^{*} bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung/Anmerkung zu den Leistungskennzahlen

Jugend:

Tagesbetreuung für Kinder von 3-6-Jahren:

Enthalten sind Plätze für den hineinwachsenden Jahrgang. Zusätzlich werden 169 Plätze in der Kindertagespflege angeboten. Veränderungen der Platzzahlen werden jedoch erst nach Beginn des KGJ 2014/15 sichtbar. Kindertagesbetreuung u3:

Bei der ursprünglichen Planwertaufstellung ist von einer höheren Beteiligung des in den Kindergarten hineinwachsenden Jahrgangs ausgegangen worden. Die Zahl der Kinder u3 ist in 2014 höher als in 2013 und steigt mittelfristig an. Daraus resultierende Veränderungen bei den Platzzahlen werden jedoch erst nach Beginn des Kindergartenjahres 2014/15 sichtbar.

Soziales:

Im Berichtszeitraum sind im Bereich Soziales Zu- und Abnahmen meistens im Bereich der üblichen Schwankungsbreiten zu verzeichnen. Auf die Leistungsdaten insgesamt wirken verschiedene fachliche und demographische Entwicklungen. In manchen Fällen sind Brüche und Untererfassungen (in Teilbereichen) durch die Umstellung von Zählweisen (manuell/automatisiert) festzustellen. Bei den Leistungskennzahlen zum SGB II (Nrn. 4.2 und 4.3) werden aus technisch-inhaltlichen Gründen die Ist-Werte des Vorquartals angegeben. Die durchschnittlichen Unterkunftskosten (Nr. 4.3) sind durch überdurchschnittliche Werte im Jan./Febr. verzerrt. Bei den Leistungskennzahlen zum AsylbLG ist aufgrund der hohen Zugangszahlen eine relevante Steigerung zu verzeichnen, die sich auch weiter fortsetzen wird. Es wird allgemein auf die Erläuterungen im SAP-Bericht zum Produktplan und ggf. zu den Produktbereichen verwiesen.

Weitergehende Erläuterungen zu den Sozialleistungen insgesamt ergeben sich aus dem SAP-Bericht sowie insbesondere aus dem Bericht zur Entwicklung der Sozialleistungen.

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 01-06/14 01.09.2014		
Verantwortlich:	Sen. Stahmann	Version: 86 Seite 2		

3. Analyse/Bewertung

Sozialleistungen im PPL 41:

Einnahmen:

Im Betrachtungszeitraum liegen Mehreinnahmen von rd. 3,2 Mio. Euro gegenüber dem Planwert vor. Die Mehreinnahmen werden i. W. durch die ausgabeabhängigen Bundesbeteiligungen im Produktbereich 41.05 verursacht. Die übrigen Einnahmen liegen aktuell auch minimal über dem Planwert.

Hochschätzung Einnahmen (Basis Juli/August):

Für 2014 wird mit 198,67 Mio. Euro an Einnahmen gerechnet. Das sind rd. 11,84 Mio. Euro mehr als der Anschlag. Die Entwicklung der Vorjahre war geprägt von deutlich steigenden Einnahmen, i. W. verursacht durch die Anhebung der Bundesbeteiligung an den Ausgaben des 4. Kapitel SGB XII "Grundsicherung" auf nunmehr 100% der Nettoausgaben im Jahr 2014. Die ausgabeabhängigen Bundesbeteiligungen sind auch weitestgehend für die eingeschätzten Mehreinnahmen 2014 ursächlich - aber auch für den übrigen Haushaltsbereich werden die Einnahmeansätze insgesamt gesehen erreicht und überschritten. Die Mehreinnahmen werden als Deckungsbeiträge für Mehrausgaben benötigt.

Ausgaben:

Im Betrachtungszeitraum liegen Mehrausgaben von rd. 29,5 Mio. Euro gegenüber dem Planwert vor. Die Vorjahreswerte und Planwerte werden überschritten, wobei die aktuellen Mehrausgaben sich zu unterschiedlichen Anteilen auf alle Produktgruppen verteilen. Der Planwertanteil der Risikovorsorge von 10 Mio. Euro ist in der Verteilung im Dezember angesetzt worden, sodass sich zum Jahresende noch eine Minderung der Abweichung ergeben wird. Die Auswirkungen auf das Gesamtjahr werden in der nachfolgend dargestellten Schätzung beschrieben.

Hochschätzung Ausgaben (Basis Juli/August):

Die Ausgabenentwicklung stellt Bremen vor erhebliche Probleme: Sie gestaltet sich in vielen Bereichen deutlich dynamischer, als angenommen wurde. Es wird mit Mehrausgaben ggü. den Anschlägen von rd. 46,64 Mio. Euro gerechnet. Verursacht werden diese Mehrausgaben insbesondere durch die nachfolgenden Faktoren bzw. in vier Produktgruppen:

Hilfen zur Erziehung/PGrpn. 41.03.01 und 04:

Wie bereits in den Vorjahren und insbesondere seit 2013 steigen die Ausgaben in den ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung (SGB VIII) weiterhin an. Hier werden Mehrausgaben bis zum Jahresende in Höhe von rd. 29,88 Mio. Euro erwartet. Zwar sind die gestiegenen Ausgaben zum Teil auch auf Fallzahlsteigerungen in verschiedenen Leistungsbereichen zurückzuführen, der wesentliche Grund liegt jedoch in einer notwendigen Umstellung im Zahlungsverkehr zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen die bereits in 2013 u. a. eine Aufarbeitung von Zahlungsrückständen und eine zeitnähere Zahlungssystematik - auch zur Vermeidung von Rückständen - ermöglichte. Dieses veränderte Verfahren hat jedoch zur Folge, dass das Ausgabenvolumen insgesamt angehoben wird. Bereits in 2013 wurde den Gremien darüber berichtet. Damit ergeben sich auch in den Folgejahren höhere Ausgaben zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Weitere Mehrausgaben ergeben sich u.a. durch steigende Bedarfe in alternativen Versorgungsformen.

Darüber hinaus ist in der Stadtgemeinde Bremen eine höhere Anzahl von unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen im Rahmen der Jugendhilfe direkt unterzubringen und zu versorgen. Dies führt ebenfalls zu höheren Ausgaben in den Hilfen zur Erziehung; perspektivisch aber auch mit einem gewissen Zeitversatz zu Mehreinnahmen. Entsprechend höhere Einnahmen sind auch Bestandteil der Schätzung der Einnahmen.

Sonstiger Jugendbereich/Pgrp. 41.01.06:

Bremen ist in seiner Landesfunktion als überörtlicher Jugendhilfeträger nach dem bundesweiten Zuweisungsverfahren seit einigen Jahren vom Bundesverwaltungsamt - wie andere überörtliche Träger auch - dazu bestimmt, Kosten, die anderen örtlichen Jugendhilfeträgern im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen entstehen, zu erstatten. Dies soll so lange geschehen, bis sich Bremen - festgestellt auf Basis eines Belastungsvergleichs - in einer Überlastungssituation befindet und ein anderer überörtlicher Jugendhilfeträger für die Kostenübernahme bestimmt wird (Basis: § 89d SGB VIII). Obwohl Bremen nach dem Saarland der zweithöchst belastete überörtlicher Jugendhilfeträger ist, wurde Bremen für 2014 vom Bundesverwaltungsamt erneut für die Erstattungen herangezogen. Zum Vergleich: Noch in 2011 wurden lediglich 1,65 Mio. Euro für die Erstattungen verausgabt; demgegenüber betrug das IST 2013 rd. 8,4 Mio. Euro ggü. rd. 4,6 Mio. Euro in 2012. Für 2014 war erwartet worden, dass Bremen keine weiteren Kostenfälle zugewiesen und somit die Ausgaben perspektivisch wieder in kleinen Schritten zurückgehen werden. Dies tritt nicht ein. Die Ausgaben werden sich oberhalb von 2013 bewegen - im schlechtesten Fall könnten sie bis auf 11 Mio. Euro anwachsen.

Ab 2014 enthält die Produktgruppe auch Ausgaben und Leistungen für behinderte Kinder nach dem SGB XII. Dieser Aufgabenbereich war bis 2013 der Pgrp. 41.06.02 zugeordnet. In diesem Aufgabenbereich entstehen weitere Mehrausgaben, da mit steigenden Betreuungsplätzen in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, insbesondere für Kinder unter drei Jahren auch die Anzahl der Kinder steigt, die einen Unterstützungsbedarf auf Grund ihrer Beeinträchtigung (gem. SGB XII) haben. Beide Faktoren begründen den Mehrbedarf von rd. 6,81 Mio. Euro in dieser Produktgruppe.

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 01-06/14 01.09.2014		
Verantwortlich:	Sen. Stahmann	Version: 86 Seite 3		

Produktgruppe "Asyl", 41.03.01:

Die Zuwanderung in die Bundesrepublik ist ungebrochen und nimmt weiter zu; entsprechend auch in Bremen. Den Gremien wird dazu laufend bericht. Insofern wird hier darauf verwiesen. Aber nicht nur der Fallzahlanstieg sondern auch die gestiegenen Regelsätze verursachen bislang Mehrausgaben, die bis zum Jahresende auf voraussichtlich rd. 9,51 Mio. Euro anwachsen. Dabei ist die enthaltene Risikovorsorge "Asyl" bereits vollständig berücksichtigt.

Auch in den übrigen Leistungsbereichen/Produktgruppen wie der Eingliederungshilfe, Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II (i. W. Kosten der Unterkunft) und SGB XII (Grundsicherung im Alter), Hilfe zur Pflege sowie bei den Sozialpsychiatrischen Leistungen sowie die damit teilweise verbundene Kostenübernahme als überörtlicher Träger für die Stadtgemeinde Bremerhaven sind weitere, wenn auch vergleichsweise geringere Mehrausgaben aufgrund von Kosten- und Fallzahlsteigerungen etc. zu verzeichnen. Den Ausgabensteigerungen bei Hilfeleistungen nach SGB II und SGB XII stehen jedoch aufgrund der Bundesbeteiligung Mehreinnahmen gegenüber (33,5%-Bundesbeteiligung SGB II und 100%-ige Kostenübernahme bei der Grundsicherung im Alter). Darüber hinaus sind die verbleibenden Mehrbedarfe in den übrigen Bereichen rein rechnerisch mit der veranschlagten allgemeinen Risikovorsorge von 10 Mio. Euro und den o.g. Mehreinnahmen grob gesehen abgedeckt.

Weitere Effekte

Durch schon vollzogene bzw. vorgesehene Veränderungen im Haushaltssoll stehen Deckungsbeiträge von rd. 1,0 Mio. Euro bereit. Sie sind bereits in der Schätzung berücksichtigt.

Darüber hinaus sind in der Schätzung die Effekte der Revisionen des Bildungs- und Teilhabepaketes 2012, 2013 sowie die Neufestsetzung 2014 bereits enthalten. Diese Effekte entlasten den Haushalt netto gesehen um rd. 2,7 Mio. Euro zusätzlich in 2014.

Gesamtbetrachtung* in Mio. Euro:

Anschlag** Schätzung Saldo Einnahmen 186,93 198,67 11,74 Ausgaben 770,39 815,96 45,57 Nettomehrbedarf 33,82

*minimale Abweichungen aufgrund von Rundungsdifferenzen.

**Veränderungen im Haushaltssoll sind wie oben dargestellt hier berücksichtigt.

Die Schätzung ist insbesondere aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung im Bereich der Flüchtlinge sehr risikobehaftet; weitere Mehrbedarfe sind möglich.

Die Schätzung ist gegenüber der ersten Schätzung auf Juni-Basis aufgrund der weiteren Entwicklung im Flüchtlingsbereich und anderer erkennbarer Entwicklungen aktualisiert worden. Sämtliche weitere Effekte sind nun direkt berücksichtigt.

Zur Entwicklung wird auf den Bericht Sozialleistungen, Stand Juni, verwiesen.

Risikovorsorgen und Sperren:

Bei der Hochschätzung sind die enthaltenen Risikovorsorgen von rd. 10 Mio. Euro an allgemeinen Deckungsmitteln und 3,8 Mio. Euro an speziellen für Ausgaben im Bereich Asyl bereits rechnerisch berücksichtigt worden. Da die Mittel jedoch gesperrt sind, sind diese Sperren aufzuheben. Es wird auf die Deputationsvorlage verwiesen (in Vorbereitung).

Außerhalb Sozialleistungen:

Konsumtive Ausgaben:

Im Betrachtungszeitraum liegen Mehrausgaben von rd. 4,6 Mio. Euro ggü. dem Planwert vor. Sie entstehen zum größten Teil im Produktbereich 41.01 für Zwecke der Kindertagesbetreuung und der Jugendpolitik. Gründe sind sich ggü. den Planungen verändernde Zahlungstermine sowie im Bereich der Kindertagesbetreuung auch ein höherer Bedarf aufgrund der Tarifeffekte TVÖD 2014. Die Planwertabweichungen werden sich noch im Laufe des Jahres ausgleichen.

Bei der Kindertagesbetreuung bestehen aber Mehrbedarfe aus den nicht veranschlagten Tarifeffekten TVÖD 2014 (3,9 Mio. Euro) und einer Restgröße aufgrund der aktuellen Auswertung der Anmeldesituation (1,5 Mio. Euro), die nicht im Senatorinnenbudget abgedeckt werden können.

Darüber hinaus entsteht ein weiteres Risiko für das Gesamtjahr i.H.v. 0 ,4 Mio. Euro im Bereich des Unterhalts von Spielplätzen (Pgrp. 41.01.01) aufgrund von zwingend notwendigen Baumschnitten und Fällungen von Bäumen aus Gründen der Verkehrssicherheit. Des Weiteren für Gehölzpflege im Rahmen ökologischer Vorgaben, Laubentsorgung und das Reinigen von Schlammfängen. Diese Ausgabenpositionen sind ab 2014 nicht mehr Bestandteil des Vertrages mit den Umweltbetrieben Bremen und müssen zusätzlich bei Trägern eingekauft werden. Anfallende Kosten im Bereich Kanalsanierung komplettieren den Risikoumfang.

Es besteht zur Zeit ein Risiko im Bereich des KFA Jobcenter in Höhe von 0,4 Mio. Euro. Eine Deckungsmöglichkeit, die bereits rechnisch berücksichtigt ist, besteht im Rahmen von

Produktplan:	41	Controllin	ng 01-06/14
Jugend und Soziales		01.09	0.2014
Verantwortlich:	Sen, Stahmann	Version: 86	Seite 4

außerordentlichen Rückflüssen im SGB II-Bereich. Es wird auf die Deputationsvorlage verwiesen.

Investitionen (Einnahmen und Ausgaben):

Die Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich aktuell im Bereich normaler Schwankungen.

Im Bereich der Herstellung von Unterkünften für Flüchtlinge besteht aufgrund gestiegener Zugangszahlen auch in 2014 ein hoher Bedarf an investiven Ausgaben. Für den daraus resultierenden Mehrbedarf i.H.v. 0,9 Mio. Euro wurde eine Deckung durch Nachbewilligung hergestellt. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen (Bericht/Senat am 12.08.2014) besteht ein weiterer Mehrbedarf von 1,3 Mio. Euro, die der Haushalts- und Finanzausschuss bereits im Umlaufverfahren nachbewilligt hat. Diese Veränderungen sind bereits berücksichtigt.

Verrechnungen und Erstattungen:

Die Abweichungen bei den Verrechnungen und Erstattungen beruhen auf zweckgebundenen Zahlungen i. W. des Bauressorts (WIN, Soziale Stadt) u.ä., die nicht im Anschlag hinterlegt waren. Diese Abweichungen sind haushaltsneutral.

Personaldaten:

Die Ist-Planwert-Abweichung für die Zeit von Januar bis Juni 2014 ist darauf zurückzuführen, dass zwar die Ausgaben für refinanziertes Personal ab Januar des Jahres fällig werden, die Einnahmen jedoch erst später verzeichnet werden können. Der Planwert für Juni ist deshalb zu niedrig. Da die Abweichungen sich im Jahresverlauf entsprechend reduzieren werden, wurden in der Jahresplanung 2014 das voraussichtliche Soll und das voraussichtliche Ist für refinanziertes Personal an die tatsächlich erwarteten Einnahmen und Ausgaben angepasst.

Weiterhin wurden bei dieser Berechnung die erforderlichen Mittelverlagerungen in den konsumtiven Haushalt im Zuge der Übertragung von Jugendfreizeitheimen, der Drogenhilfe und von auf die Kindertagespflege bezogenen Aufgaben an Freie Träger sowie die Mehrkosten wegen Altersteilzeitrückstellungen berücksichtigt.

Zwar wurde der Ressortanteil an der Finanzierung der Mehrbedarfe anlässlich der Integration von Flüchtlingen in die Berechnung einbezogen. Jedoch ergibt sich auch ohne diese Kosten aus der Hochrechnung eine erhebliche Budgetüberschreitung, obwohl die Personalzielzahlen im Jahresdurchschnitt lediglich um 7,9 Beschäftigungsvolumina überschritten werden. Ursache für die Steigerung der zu erwartenden Überschreitung ist die an sich erfreuliche Tatsache, dass es im ersten Halbjahr des Jahres möglich war, das dringend benötigte Personal zeitnah einzustellen. Nach dem Stand Juni 2014 muss von einer Überschreitung des Personalbudgets im Umfang von 850 Tsd. Euro ausgegangen werden. Darin enthalten ist die voraussichtliche Belastung für die Abrechnung der auf den außerhaushaltsmäßigen Konten geführten Altersteilzeitfälle in der Passivphase in Höhe von rd. 588 Tsd. Euro für 2014.

Nach einer neueren Hochrechnung könnte sich diese Belastung auf 442 Tsd. Euro reduzieren. Da im Juli 2014 nur noch eine jahresdurchschnittliche Überschreitung der Personalzielzahlen um 5,7 Beschäftigungsvolumina prognostiziert wird, könnte sich die Budgetüberschreitung im Personalbereich des Produktplans 41 wieder auf den Stand von April 2014 (rd. 580 Tsd. Euro) einpendeln. Im Jahresverlauf wird der weitere Vollzug abzuwarten sein. Ein Ausgleich innerhalb des Senatorinnenbudgets ist derzeit nicht ersichtlich.

Gegensteuerungsmaßnahme und Berichtsaufträge des Senats:

Über die Mehrbedarfe außerhalb und innerhalb der Sozialleistungen liegen der Senatorin für Finanzen entsprechende Vorlagen (Kindertagesbetreuung) bzw. der Bericht Sozialleistungen inkl. der Gegensteuerungsmaßnahmen vor. Darüber hinaus wird noch im Sinne des Senatsbeschlusses Nr. 4 a)-e) im September berichtet sowie der Bericht Sozialleistungen überarbeitet werden.

Formale Feststellungen:

Der vorgegebene Finanzierungsaldo wird unter Einbeziehung aller Mehreinnahmen, sonstigen Veränderungen und zentralen Deckungen aktuell um voraussichtlich rd. 40,5 Mio. Euro nicht eingehalten. Der Verlustvortrag aus Vorjahren im Bereich der Sozialleistungen kann nach aktuellem Kenntnisstand 2014 nicht reduziert werden.

Es liegen aktuell keine investiven Minderausgaben im Volumen von 1 Mio. Euro oder größer vor. Für den PPL 41 wurde 2014 eine interne Haushaltssperre erlassen. Gem. Senatsbeschluss 05.08.2014 sind aufgrund der allgemeinen Haushaltssperre noch auftretende Minderausgaben zur Deckung der Planungsreserve gem. § 7 der Haushaltsgesetze vorzusehen (Umlage).

Gesamtbetrachtung:

Es bestehen deutliche saldierte Risiken von i.H.v. rd. 33,82 Mio. Euro bei den Sozialleistungen und von insgesamt 5,8 Mio. Euro bei anderen Ressortaufgaben, zusammen 39,62 Mio. Euro, die nicht im Senatorinnenbudget gedeckt werden können. Parallel besteht im Personalbereich ein Risiko von rd. 0,85 Mio. Euro.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 01.08.2014

	V	o o lo "4 o			
PRODUKTPLAN 51	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
Gesundheit		Nicht erreicht	erreicht		
	Finanzen				
	Personal:				
	Leistungen:				
Kommentar:					
Finanzdaten Das Budget wird eingehalten. Der produktplanbezoger Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlavoraussichtlich um 0,145 Mio. € unterschritten. Das Ressort prognostiziert zum Jahresende Mindereir LMTVet und in der Gewerbeaufsicht durch die u.a. sta Demgegenüber stehen konsumtive Minderausgaben (Minderausgaben (rd. 0,1 Mio. €) sowie Personalminde Das Ressort weist jedoch auf noch anfallende möglich dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss hin Anpassungen im weiteren Jahresverlauf ergeben könre Personaldaten Die Personalausgaben und die Zielzahlen werden vora Das Ressort geht von einer Budgetunterschreitung vor es Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Face Besetzung von Arzt- und Apothekerstellen – gäbe. Leistungsdaten	agerungen zum anahmen i.H.v. rurk rückläufigen land. 0,3 Mio. €), interausgaben i.H.v. ne Kosten im Zusten. aussichtlich erhen 1,3 Mio. € zun	Jahresende d. 0,75 Mio Einfuhrkont nvestive r. rd. 1,3 Mio sammenhar ier noch	. € beim rollen. o. € ng mit schritten. de aus, da		
Leistungsdaten Die Plandaten werden im Wesentlichen eingehalten. E Flüchtlinge führten zu analogen Steigerungen (mehr a der Untersuchung und Behandlung ausländischer Zuw der Leistungskennzahl zu Außendienstgeschäften auf der angezogenen Bautätigkeit.	ls Verdoppelung vanderer. Die po	der Planw sitive Abwe	erte) bei eichung		

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Keine.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Produktplan: 51		Controlling 01-	-06/14
Gesundheit		01.09.201	4
Verantwortlich:	Dr. Schulte-Sasse	Version: 86	Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







1. Ressourceneinsatz

Kamerale	Januar - Juni 2014						Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert-	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	5.577	6.421	-844	-13,2	9.893	12.083	11.334	-749	12.228
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	3	3	0
relevante Verrech./Erstatt.	126	95	31	32,2	126	361	361	0	188
Gesamteinnahmen	5.702	6.516	-814	-12,5	10.019	12.444	11.698	-746	12.416
Personalausgaben	11.076	10.981	95	0,9	22.511	24.688	23.389	-1.299	24.352
konsumtive Ausgaben	6.910	6.748	162	2,4	13.670	14.141	13.821	-320	13.719
Zinsausgaben	157	157	0	0,2	157	157	157	0	157
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	4.053	4.287	-234	-5,5	36.952	36.953	36.872	-81	36.868
relevante Verrech./Erstatt.	9	8	1	12,0	17	17	17	0	17
Gesamtausgaben	22.204	22.181	23	0,1	73.307	75.956	74.256	-1.700	75.114
Saldo	-16.502	-15.665	-837	5,3	-63.289	-63.512	-62.558	954	-62.698

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2014 2015 2016 2		2017	2018ff		
ermachtigungen			Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	50	50	0	0		
- investiv	0	737	737	737	6.437		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	147	135	123	570		

Budgetrück-	Stand des
lagenbestand	Verlustvortr .
Tsd.	EUR
831	0

Personaldaten		Juni 2014			kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
i ei sonaiuaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
					Tsd. EUR					
Kernbereich	1.289	1.428	-139	7.877	8.554	-677	16.177	17.637	-1.460	
Personalverstärkung	69	96	-27	415	577	-162	877	1.204	-327	
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zwischensumme	1.358	1.524	-166	8.292	9.131	-839	17.054	18.841	-1.787	
Refinanzierte	277	117	160	1.692	709	983	3.533	1.444	2.089	
Nebentitel	167	184	-17	1.091	1.141	-50	2.288	2.226	62	
Insgesamt	1.802	1.825	-23	11.075	10.981	94	22.875	22.511	364	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	6	18	-12	91	108	-17	264	197	67	
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich	258,7	284,9	-26,2	260,9	285,9	-25,0	259,8	284,7	-24,9	
Personalverstärkung	15,5	17,3	-1,8	15,3	17,3	-2,0	15,4	17,3	-1,9	
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Zusammen	274,2	302,2	-28,0	276,2	303,2	-27,0	275,2	302,0	-26,8	
Refinanzierte	63,5	-	-	64,6	-	-	64,0	-	-	
Abwesende	16,6	-	-	15,1	-	-	15,9	-	-	

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%	
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,1	22,5	7,6
Beschäftigte über 55 Jahre	29,1	17,5	28,3
Frauenquote	64,5	50,0	64,9
Teilzeitquote	43,8	35,0	43,2
Schwerbehindertenquote	9,8	6,0	9,3

Produktplan: 51	Controlling 01-06/2014
Gesundheit	28.8.2014
Verantwortlich: Sen. Dr. Schulte-Sasse	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Krankenhausversorgung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur Sicherstellung der stationären Versorgung hat die Bremische Bürgerschaft im Jahr 2011 ein neues Krankenhausgesetz für das Land Bremen verabschiedet. Neben einer erhöhten Flexibilität für Krankenhäuser bei der Investitionsplanung stehen abgesicherte Patientenrechte und die Gewährleistung guter Qualität der Bremer Krankenhäuser durch verbindliche Regelungen im Vordergrund. Die über die Haushaltsbeschlüsse zur Verfügung gestellten Krankenhausfördermittel werden über Pauschalen für kurz-, mittel- und langfristige Anlagegüter sowie Mieten und Zins und Tilgung in voller Höhe ausbezahlt.

Gesundheitliches Kindeswohl

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur Verbesserung des Kindeswohls hat die Bremische Bürgerschaft 2011 ein verändertes Obduktionsrecht beschlossen, mit dem insbesondere zum Geschwisterwohl ungeklärte Todesursachen von Kindern unter 6 Jahren aufgeklärt werden sollen. Die verpflichtende Evaluation der Wirksamkeit des Gesetzes sollte bis Ende 2013 erfolgen. Sie konnte bisher jedoch wegen fehlender Anwendungsfälle nicht durchgeführt werden. Daher wird die Pflicht zur Evaluation bis 31.12.2018 verlängert werden.

Psychiatrische Versorgung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Gegenwärtig werden Maßnahmen zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Bremen erörtert. Ziel ist es, zu einer weitergehenden Ambulantisierung der Hilfen und Leistungen beizutragen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere zu erörtern sein, inwieweit im Bereich der krankenhausbezogenen Psychiatrie die Behandlungsangebote entsprechend umzugestalten und dabei sowohl die Regionalbezüge neu zu bewerten sind als auch zu einer Stärkung der sozialpsychiatrischen ambulanten Leistungen sowie zu einer umsetzbaren Regelung zu den Begutachtungsaufgaben zu gelangen. Letzteres ließ sich – wie berichtet – bislang nicht umsetzen, da die Einrichtung eines psychiatrischen Begutachtungsschwerpunktes aufgrund nicht zu besetzender Facharztstellen scheiterte.

Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einführung einer risikoorientierten Kontroll- und Überwachungstätigkeit im Bereich des Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzes wurde weiter vorangetrieben.

Im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wird es eine Revision des einschlägigen Gemeinschaftsrechts geben. Neben dem risikoorientierten Kontrollansatz zeichnet sich eine Intensivierung interdisziplinärer Kontrollen ab. In Bezug auf die Gebührenregelungen wird es künftig möglicherweise keine EUweite Regelung von Mindestgebühren geben, sondern lediglich eine Rahmenvorgabe für die Ermittlung kostendeckender Gebühren. Letzteres könnte negative Auswirkungen im Bereich der Einfuhrkontrollen in Bremen und Bremerhaven haben und zu einem deutlichen Einnahmerückgang führen. Die Beratungen auf EU-Ebene sind aber noch nicht abgeschlossen.

Bremen hat sich während seiner Vorsitzzeit im Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (2010-2012) für eine länderübergreifend einheitliche Überwachung und eine Vertiefung der Kooperation mit den Unfallversicherungsträgern im Sinne der Philosophie der deutschen Arbeitsschutzstrategie eingesetzt. Zudem hat Bremen maßgeblich zu entsprechenden Beschlüssen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz bezüglich der risikoorientierten Überwachungstätigkeit beigetragen. Die Ziele und Programmatik sind insbesondere im Rahmen der Fortschreibung und Umsetzung der GDA weiterzuentwickeln und zu operationalisieren. Dies erfolgt auf der Ebene von LASI/ASMK, gemeinsamer landesbezogenen Stelle der norddeutschen Länder, über die fachliche Steuerung der Gewerbeaufsicht und im Rahmen des LAK gleichermaßen.

Gesundheitswirtschaft

Sachstand/Analyse/Bewertung

Für die Jahre 2008 - 2013 ist der Förderschwerpunkt im Bereich Gesundheitswirtschaft mit dem Thema "Das Zuhause als Gesundheitsstandort" festgelegt worden, um ein langes Leben zuhause zu befördern. Das Konzept verknüpft die Themen Wohnen und Gesundheit innovativ miteinander und geht über die engere Wohnthematik insofern hinaus, als es den Unternehmen der Gesundheitswirtschaft, Handwerkerlinnen, SoftwaregestalterInnen, DesignerInnen für sogenannte "altersgerechte" Produkte, Institutionen und Wissenschaft vielfältige Anknüpfungspunkte zur Entwicklung von Prozess- und Produktinnovationen bietet. Eine Projektausschreibung in 2012 bot neben diesem AAL- und eHealth- Schwerpunkt die Themenfelder "Demenz", "Personalbindungskonzepte" und "Sektorenübergreifende Kooperationsmodelle" an.

B. Leistungskennzahlen

		Berichtszeitraum 1-6				
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung			
			_			
Kennzahlen			abs.	%	Planwert	
Kontrollen i. d. amtlichen						
Lebensmittelüberwachung	3.775	4.000	225	-5,6%	8.000	
Planbetten im Land Bremen gesamt					5.639	

Eine unterjährige Ermittlung der Planbetten erfolgt nicht.

Produktplan: Gesundheit	51	Controlling 01-06/14 01.09.2014
Verantwortlich:	Dr. Schulte-Sasse	Version: 86 Seite 2

3. Analyse/Bewertung

Kamerale Finanzdaten:

Im Saldo ergibt sich eine negative Planwertabweichung von 837 T. Euro, die überwiegend auf konsumtive Mindereinnahmen zurückzuführen ist. Zum Jahresende wird ein positives Ergebnis von 954 T Euro erwartet. Das positiv prognostizierte Jahresergebnis beinhaltet noch nicht die im Rahmen der Haushaltssperre beschlossenen Maßnahmen des Senats vom 8. Juli 2014 und mögliche Kosten im Zusammenhang mit dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss 'zur Untersuchung von Kostensteigerungen, Bauzeitenverzögerungen, Planungsfehler und Baumängeln am Teilersatzneubau im Klinikum Bremen-Mitte ', so dass hier noch Anpassungen erfolgen können.

Konsumtive Einnahmen:

Die IST Einnahmen betragen per 30.06.2014 5.577 T. Euro.

Im Berichtszeitraum wird der Planwert um 844 T. Euro unterschritten.

Die Mindereinnahmen sind überwiegend beim LMTVet und in der Gewerbeaufsicht sich entstanden.

Zum Jahresende werden voraussichtlich Mindereinnahmen in Höhe von -749 Tsd. Euro erwartet.

Konsumtive Ausgaben:

Im Berichtszeitraum wird der Planwert um 162 T. Euro geringfügig überschritten. Die IST- Ausgaben betragen per 30.06.2014 6.910 T. Euro.

Zum Jahresende werden Minderausgaben in Höhe von

ca. 320 T. Euro erwartet. Es handelt sich hier um Haushaltsreste.

Die Minderausgaben werden zur Deckung der Mindereinahmen benötigt.

Investitionen:

Im Berichtszeitraum wird der Planwert um 234 T. Euro unterschritten. Die IST-Ausgaben betragen per 30.06.2014 4.053 T. Euro.

Die Minderausgaben sind im PB 51.03 entstanden -Sicherstellung der Krankenhausversorgung- (-240 T. Euro).

Die Zahlungen der KHG-Förderung werden -außer der Förderung von Mieten- über Pauschalen, wobei die Fördermittel für kurzfristige Anlagegüter in der Regel vierteljährlich und die Baupauschalen für die mittel-und langfristigen Anlagegüter- einmal jährlich an die Krankenhäuer im Land Bremen überwiesen. Zum Jahresende werden geringfügige Minderausgaben von 5 T. Euro erwartet. Es handelt sich hier um Haushaltsreste.

Personaldaten:

Die Ist-Planwert-Abweichung für das 1. Halbjahr 2014 ist darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben für refinanziertes Personal ab Januar des Jahres fällig werden, die Einnahmen jedoch erst später verzeichnet werden können. Der kumulierte Planwert für Juni ist deshalb zu niedrig. In der Jahresplanung 2014 wurde das voraussichtliche Soll an die tatsächlich zu erwarteten Einnahmen und Ausgaben angepasst.

Weiterhin wurden die Ausgaben für Altersteilzeitrückstellungen sowie die im Jahresverlauf zu erwartenden Personalabgänge und die eingeplanten Neueinstellungen in die Prognose einbezogen.

Unter Einbeziehung dieser Annahmen ergeben sich voraussichtliche Minderausgaben von knapp 1,3 Mio. Euro. Diese Minderausgaben ergeben sich u.a. durch Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachpersonal, die es zurzeit insbesondere bei Arzt- und Apothekerstellen gibt. Diese Stellen wurden zum Teil mehrfach ausgeschrieben, in nicht wenigen Fällen stehen die Besetzungen noch aus.

Noch nicht einbezogen in die Prognose sind zusätzliche Personalausgaben die aufgrund Tätigkeiten für den Untersuchungsausschuss zum Klinikneubau erforderlich werden.

Einhaltung des Finanzierungssaldos:

Unter Berücksichtigung der Einschätzung zum voraussichtlichen IST wird sich der Finanzierungssaldo zum Jahresende auf voraussichtlich -62.902 Tsd. Euro belaufen.

Der bereinigte Finanzierungssaldo (incl. Budgetveränderungen von 180 Tsd. Euro) in Höhe von -63.048 Tsd. Euro wird somit eingehalten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.09.2014

PRODUKTPLAN 68	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung					
Umwelt, Bau und Verkehr		Nicht erreicht erreicht				
	Finanzen					
	Personal:					
	Leistungen:					

Kommentar:

<u>Finanzdaten</u>

Budgeteinhaltung

Das Budget wird im Saldo voraussichtlich **um rd. 2,6 Mio. ۟berschritten**.

Dies resultiert im Wesentlichen

aus Mindereinnahmen in Höhe von rd. 4,7 Mio. €u.a.

- bei den Werberechten in Höhe von rd. 3,6 Mio. €,
- bei den Baugebühren in Höhe von rd. 0,4 Mio. €
- infolge Umstellung Fachverfahren "ALKIS" in Höhe von 0,4 Mio. €

und Minderausgaben (Saldo aus konsumtiven Mehrausgaben und investiven Minderausgaben) in Höhe von rd. 2,1 Mio. €u.a. durch

- Nachforderung des UBB zugunsten der "hansewasser" in Höhe von rd.3,2 Mio. € (Mehrausgabe)
- Strukturelles Defizit bei Umweltbetrieb Bremen in Höhe von rd. 1,3 Mio. € (Mehrausgaben)
- Verzögerung bei der Durchführung von Projekten (u.a. Küstenschutz und Städtebauförderung) in Höhe von rd. 5,7 Mio. € (Minderausgabe)

In einem Antwortschreiben vom 08.09.14 an die Senatorin für Finanzen führt der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr u.a. vertiefend dazu im Einzelnen aus,

- dass sich die Einnahmen aus dem derzeitigen Vertrag mit der Telekom auf 3,6 Mio.
 € (Risiko) aufgrund der Zahlungseinstellung seitens der Telekom weiter reduziert haben.
- dass die Nachforderung des UBB in Höhe von 3,2 Mio. € (Risiko) im Zusammenhang mit der Neuberechnung der getrennten Abwassergebühr aus vertraglichen Gründen nicht gerechtfertigt ist und somit das o. g. Budgetrisiko entfällt,
- dass im ersten Halbjahr ein Rückgang von rd. 32% an genehmigten Bauvolumen zu verzeichnen war (0,4 Mio. € Risiko),
- dass die Einführung der neuen Software ALKIS in der Phase der Datenmigration zu einer Verzögerung bzw. Verringerung von bearbeiteten Aufträgen führt (0,4 Mio. € Risiko),
- dass das strukturelle Defizit beim UBB im Wesentlichen auf Tariferhöhungen und ATZ Rückstellung zurückzuführen ist, die nicht ausreichend im Haushalt dargestellt wurden (1,3 Mio. € Risiko).

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.09.2014

Fazit SF:

- Das Risiko bei den Werbeinnahmen in Höhe von 3,6 Mio. € wird akzeptiert.
- Das in der Analyse/Bewertung seitens des Ressorts SUBV dargestellte Risiko bei der getrennten Abwassergebühr in Höhe von 3,2 € aufgrund einer Nachforderung entfällt.
- Hinsichtlich der Mindereinnahmen bei den Baugebühren (0,4 Mio. €) und den Mindereinnahmen bei den Verwaltungsgebühren bei GeoInformation (0,4 Mio. €) sowie des strukturellen Defizits beim UBB in Höhe von 1,3 Mio. € hat das Ressort zur Lösung dieser Risiken zwischenzeitlich um Zustimmung gebeten, einen Teil über Einsparung im Bereich Wohngeld von rd. 1,0 Mio. € sowie zu einem anderen Teil durch Inanspruchnahme der allgemeinen Budgetrücklage von rd. 2,1 Mio. € lösen zu dürfen.

Hierüber ist noch gesondert zu entscheiden.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wird u.a. durch produktplanübergreifenden Veränderungen bis zum Jahresende voraussichtlich um rd. 16,5 Mio. € überschritten werden.

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Zielzahlen werden voraussichtlich deutlich unterschritten:

Leistungsdaten

Die Kennzahlen zu "Genehmigtes Bauvolumen/Neueingänge Bauanträge" im PBR 68.02 Fachbereich Bau und Stadtentwicklung werden unterschritten. Das Ressort geht aber davon aus, dass sich die Leistungsdaten an die Planwerte annähern werden. Im PBR 68.03 Fachbereich Natur wird die Leistungskennzahl "Anzahl der Prüfungen auf Altlasten" nahezu vollständig unterschritten, da aufgrund Verzögerungen im Bewerbungsverfahren mit dem Beginn von Prüfungen erst im Herbst 2014 begonnen werden kann.

nachrichtlich:

Mehrausgaben des Umweltbetrieb Bremen in Höhe von 1,3 Mio. €.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

In seiner Analyse zum aktuellen Controllingbericht weist der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf folgende Haushaltsrisiken hin:

Mindereinnahmen bei den Werberechten in Höhe von 3,6 Mio. €

Strukturelles Defizit beim UBB in Höhe von 1,3 Mio. €

Mindereinnahmen bei den Baugebühren in Höhe von 0,4 Mio. €

Mindereinnahmen b. den Verwaltungsgebühren bei GeoInformation in Höhe von 0,4 Mio. € Das Ressort hat die Mehrbedarfe getrennt nach Land und Stadt dargestellt und teilweise mit entsprechenden Mengengerüsten hinterlegt. Es weist darauf hin, dass eine zuverlässige Prognose für das Jahresende zum jetzigen Zeitpunkt weiterhin nicht möglich ist.

Produktplan: 68 Controlling 01-06/14 Unwelt, Bau und Verkehr 01.09.2014

Verantwortlich: Senator Dr. Lohse Version: 86 Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







Kamerale	Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014		
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	21.304	18.416	2.888	15,7	32.140	41.538	37.236	-4.302	38.642
investive Einnahmen	16.996	15.194	1.802	11,9	16.984	35.980	35.590	-390	35.065
relevante Verrech./Erstatt.	7.631	0	7.631	0,0	10.699	10.732	10.732	0	3.068
Gesamteinnahmen	45.930	33.610	12.320	36,7	59.823	88.250	83.558	-4.692	76.775
Personalausgaben	24.346	22.567	1.779	7,9	46.676	48.590	48.590	0	47.436
konsumtive Ausgaben	48.565	49.930	-1.365	-2,7	116.364	110.926	114.537	3.611	150.783
Zinsausgaben	577	585	-8	-1,3	1.451	2.374	2.374	0	2.374
Tilgungsausgaben	8.999	4.925	4.074	82,7	8.999	8.999	8.999	0	4.925
investive Ausgaben	13.550	20.780	-7.230	-34,8	74.839	87.761	82.051	-5.710	91.502
relevante Verrech./Erstatt.	52.449	52.000	449	0,9	52.642	54.718	54.718	0	0
Gesamtausgaben	148.487	150.787	-2.300	-1,5	300.971	313.368	311.269	-2.099	297.020
Saldo	-102.556	-117.177	14.621	-12,5	-241.148	-225.118	-227.711	-2.593	-220.245

Vornflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff		
ermachtigungen	Tsd. EUR						
- konsumtiv	32.151	9.402	7.687	7.487	98.469		
- investiv	36.251	42.815	45.521	27.758	116.304		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Budgetrück-	Stand des		
lagenbestand	Verlustvortr .		
Tsd. EUR			
3.798	7.699		

Personaldaten		Juni 2014		kumuli	ert Januar - Ju	mi 2014	voraus	sichtl. Jahresei	gebnis
i ei sonaiuaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
					Tsd. EUR				
Kernbereich	3.304	3.465	-161	20.354	20.771	-417	41.897	43.096	-1.199
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	3.304	3.465	-161	20.354	20.771	-417	41.897	43.096	-1.199
Refinanzierte	613	219	394	3.536	1.334	2.202	7.393	2.719	4.674
Nebentitel	44	77	-33	456	462	-6	871	861	10
Insgesamt	3.961	3.761	200	24.346	22.567	1.779	50.161	46.676	3.485
- dar.: Beihilfe/Nachvers	29	66	-37	377	398	-21	688	732	-44
		•		Volumen (Tei	lzeit umgerechn	et in Vollzeit)			
Kernbereich	700,3	709,8	-9,5	703,3	712,8	-9,5	701,8	709,2	-7,4
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	700,3	709,8	-9,5	703,3	712,8	-9,5	701,8	709,2	-7,4
Refinanzierte	116,1	-	-	114,6	-	-	115,4	1	-
Abwesende	31,6	-	-	37,0	-	-	34,3	-	-
.	+		-	-					

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	(%	
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,4	22,5	6,6
Beschäftigte über 55 Jahre	29,1	17,5	29,4
Frauenquote	45,4	50,0	45,2
Teilzeitquote	25,8	35,0	25,0
Schwerbehindertenquote	10,7	6,0	10,7

Produktplan: 68		Controllin	g 01-06/14	
Umwelt, Bau und Verkehr		01.09	.2014	
Verantwortlich:	Senator Dr. Lohse	Version: 86 Seite 2		

Das Halbjahrescontrolling weist noch keine Auswirkungen aufgrund der Bewirtschaftungsmaßnahmen des Senats vom 08.07.2014 aus.

Konsumtive Einnahmen:

Die unterjährige Mehreinnahme entsteht im Kern in PG 68 02 06 (Städtebau / Stadtumbau / Wohnungswesen). Neben unterjährigen Verschiebungen zwischen den Quartalen sind erhöhte Sondertilgungen im Treuhandvermögen für Wohnraumförderungsdarlehen wesentlich. Dadurch müssen an den Bund über den Haushalt höhere Beträge abgeführt werden (siehe auch Tilgungsausgaben). Da die veranschlagten Tilgungen nicht ausreichen, werden die Mittel aus dem Treuhandvermögen entnommen. Dies wird bei Einnahmen und Ausgaben durchgeleitet.

Zum Jahresende werden Mindereinnahmen i. H. v. rd. EUR 4,3 Mio. prognostiziert. Diese entstehen im Wesentlichen in PG 68 90 01 (Senatorische Angelegenheiten) i. H. v. EUR 3,6 Mio. aufgrund des Rechtsstreits über die Werberechtskonzessionen, in den PG 68 02 05 (Stadtentwicklung/-planung, Bauordnung) i. H. v. EUR 0,46 Mio. im Bereich der Baugebühren sowie PG 68 02 08 (Landesamt für GeoInformation) von rd. EUR 0,3 Mio. infolge der Umstellung auf das Fachverfahren "ALKIS".

Investive Einnahmen:

Unterjährig werden die investiven Einnahmen um rd. EUR 1,8 Mio. überschritten. Diese zeitliche Verschiebung entsteht bei den Bundesmitteln nach dem BremÖPNVG in PG 68 01 02 (Öffentliche Verkehrswege/Finanzhilfen) und wird sich zum Jahresende auflösen. Es verbleibt eine erwartete Mindereinnahme zum Jahresende i. H. v. rd. EUR 0,4 Mio. aufgrund geringerer Vorausleistungen von Anliegern in PG 68 01 02 (Öffentliche Verkehrswege/Finanzhilfen) .

Relevante Verrechnungen/Erstattungen:

Hier kommt es unterjährig zu einer Überschreitung in PG 68 01 02 (Öffentliche Verkehrswege/Finanzhilfen) von rd. EUR 7,6 Mio. zum Planwert aufgrund einer aus Drittmitteln finanzierten Verrechnung zur Finanzierung der Baukosten für die Cherbourger Str.

Personalausgaben:

Für die Jahresplanung wird nach derzeitigem Kenntnisstand ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. Berücksichtigt sind noch laufende Stellenbesetzungsverfahren sowie Mehrkosten im Zusammenhang der zusätzlichen ATZ-Kosten. Die verfügbaren Stellen von 709 werden entsprechend ausgeschöpft.

Konsumtive Ausgaben:

Für die konsumtiven Ausgaben werden unterjährig Minderausgaben i.H. v. EUR 1,37 Mio. ausgewiesen. Diese ergeben sich durch Planabweichungen sämtlicher zugeordneter Produktbereiche. Für das Jahresergebnis wird derzeit eine Mehrausgabe von EUR 3,6 Mio. erwartet. Diese entsteht im Wesentlichen in PG 68 01 02 (Öffentliche Verkehrswege/Finanzhilfen) im Zusammenhang mit der Nachforderung aus der getrennten Abwassergebühr zu Gunsten Hansewasser i. H. v. EUR 3,2 Mio sowie in PG 68 03 03 (Natur / Wasser) im Zusammenhang mit dem Mehrbedarf beim Umweltbetrieb Bremen (Zuweisung zum Sondervermögen Infra) i. H. v. EUR 1,3 Mio.

Tilgungsausgaben:

Durch erhöhte Sondertilgungen an den Bund in PG 68 02 06 (Städtebau / Stadtumbau / Wohnungswesen) müssen rd. EUR 4,0 Mio. über Plan geleistet werden. Diese werden aus dem Treuhandvermögen der BAB gedeckt.

Investive Ausgaben:

Die investiven Ausgaben liegen im unterjährigen Ist - Planwertvergleich rd. EUR 7,23 Mio. unter dem Planwert. Diese Minderausgaben begründen sich durch Abweichungen der unterjährig prognostizierten Planzahlen, insbesondere aufgrund von Projektverzögerungen im Küstenschutz.

Für das Jahresergebnis wird derzeit eine Minderausgabe von rd. EUR 5,7 Mio. aufgrund von Verzögerungen bei der Durchführung verschiedener Projekte in PG 68 02 06 (Städtebau / Stadtumbau / Wohnungswesen) sowie im Küstenschutz unterstellt.

Fazit:

Das aktuelle Ist beträgt nach Ablauf der ersten sechs Monate im Saldo EUR - 102,6 Mio. und liegt somit um EUR 14,6 Mio. unter dem Saldo des unterjährigen Planwertes von EUR -117,2 Mio. Die Gesamteinnahmen liegen rd. EUR 12,3 Mio. über dem Planwert, wohingegen die Gesamtausgaben eine Unterschreitung von rd. EUR 2,3 Mio. ausweisen.

In der Jahresplanung wird das Ist aus jetziger Sicht voraussichtlich um rd. EUR 2,1 Mio. überschritten. Diese entstehen i. W. durch die Mindereinnahmen bei den konsumtiven Einnahmen und den Mehrausgaben im konsumtiven Bereich. Unter Berücksichtigung der Regelung, die nicht eingegangenen Einnahmen im Zusammenhang mit der Telekom (EUR 3,6 Mio.) als Verlustvortrag stehen zu lassen, sind nach aktuellem Stand bis zu rd. EUR 4,5 Mio. an Finanzierungsproblemen im Ressort entstanden, für die ein Lösungsvorschlag erarbeitet wird.

Finanzierungssaldo:

oduktplan: 68 welt, Bau und Verkehr	Controlling 01.09.	g 01-06/14 2014
antwortlich: Senator Dr. Lohse	Version: 86	Seite 3
t derzeitigem Kenntnisstand wird der Finanzierungssaldo zum Jahresenden zu lösenden Probleme um rd. EUR 16 Mio. überschritten. Ein Liquid stalliert. Die Prognosezahl ist mit den Vorjahreswerten in etwa vergleich ognose für das Jahresende ist zu diesem Zeitpunkt weiterhin nicht möglich	de unter Berücksichtigung der litätsmonitoring ist bar; eine zuverlässige ch.	

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 29.082014

PRODUKTPLAN 71	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
Wirtschaft	Nicht erreicht erreicht				
	Finanzen				
	Personal:				
	Leistungen:				
Kommentar:					

Monnine intar

Finanzdaten

Das Budget des SWAH wird nicht überschritten. Mehrausgaben in Höhe von 0,88 Mio. Euro ergeben sich im Personalbereich. Davon sollen 0,85 Mio. Euro über Drittmittel sowie die verbleibende Differenz zum Abschluss 2014 ausgeglichen werden.

Der zulässige Finanzierungssaldo wird voraussichtlich überschritten.

Aus der Rückführung der maßnahmenbezogenen Liquiditätssteuerung des Jahres 2013 aus dem PPL 81 hat der PPL 71 Mittel in Höhe von 12,75 Mio. Euro erhalten. Investive Minderausgaben ergeben sich aus der Einsparung für SBW in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Mehreinnahmen der EU in Höhe von 4,0 Mio. Euro sollen über Verrechnung an den Produktplan 31 weitergeleitet werden. Darüber hinaus sind weitere 0,5 Mio. Euro über Verrechnung für Gemeinschaftsfinanzierungen über mehrere Ressorts berücksichtigt (Bunker Valentin). Die Zahlungen sind in der Jahresplanung bereits berücksichtigt. Bei den konsumtiven Ausgaben ist eine Nachbewilligung (3,0 Mio. Euro) an die JUB zu berücksichtigen, die innerhalb des Produktplans zu Lasten Investitionen erfolgte. In der Prüfung ist die Finanzierung konsumtiver Mehrbedarfe des Arbeitsressorts innerhalb des Senatorenbudgets.

Personaldaten

Im Kernbereich werden unter der Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Restfluktuation und noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen Mehrausgaben in Höhe von rd. 350 Tsd. € entstehen. Das Ressort plant einen Ausgleich im Senatorenbudget. Das Defizit bei den Refinanzierten sollte durch noch zu generierende Einnahmeverfügungsmittel in Höhe von rd. 400 Tsd. Euro bis zum Jahresende ausgeglichen werden.

Ursächlich für die Mehrausgaben ist eine deutliche Überschreitung der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungszielzahl um rd. 7,8 VZE.

Die im Kontrakt vereinbarten Zielzahlen werden am Ende des Jahres laut des Kontraktcontrollings Juli um voraussichtlich 3,22 VZE überschritten.

Es ist weiterhin zwingend notwendig, die zukünftige Personalplanung entsprechend des Personalkonzeptes restriktiv umzusetzen.

Leistungsdaten

Die Planwerte wurden im Berichtszeitraum erreicht. Im Bereich der Existenzgründungen wurde das Ziel um 17,7 Prozent übertroffen, was It. Aussage des Ressorts u.a. auf die geänderte Bewilligungspraxis von Gründungszuschüssen durch die Agentur für Arbeit zurückzuführen ist. Bei der Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen (HB) hält die positive Entwicklung weiter an. In Bremerhaven hat sich die Vermarktung von

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 29.082014

Gewerbeflächen und den daraus entstandenen Arbeitsplätzen gegenüber dem Berichtszeitraum1-6/2013 deutlich erholt.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Es ist weiterhin zwingend notwendig, die zukünftige Personalplanung entsprechend des Personalkonzeptes restriktiv umzusetzen.

Produktplan: Wirtschaft	71		Controlling 01-06/14 01.09.2014	
Verantwortlich:	Senator Günthner	<u> </u>	Version: 86	Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







Kamerale		Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	1.105	615	490	79,7	2.702	6.886	6.858	-28	2.218
investive Einnahmen	4.841	4.800	41	0,9	18.948	18.857	18.857	0	19.352
relevante Verrech./Erstatt.	55	0	55	0,0	55	222	222	0	0
Gesamteinnahmen	6.001	5.415	586	10,8	21.705	25.965	25.937	-28	21.569
Personalausgaben	3.587	3.160	427	13,5	6.446	6.944	7.089	145	6.205
konsumtive Ausgaben	14.333	12.800	1.533	12,0	32.276	32.490	32.192	-298	28.637
Zinsausgaben	211	600	-389	-64,9	1.315	1.315	1.315	0	1.315
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	18.467	21.214	-2.747	-13,0	98.091	95.470	82.445	-13.025	76.179
relevante Verrech./Erstatt.	122	0	122	0,0	125	4.503	4.503	0	0
Gesamtausgaben	36.720	37.774	-1.054	-2,8	138.251	140.722	127.544	-13.178	112.336
Saldo	-30.719	-32.359	1.640	-5,1	-116.546	-114.757	-101.607	13.150	-90.766

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff		
ermachtigungen			Tsd. EUR				
- konsumtiv	17.886	6.446	4.034	4.330	1.045		
- investiv	55.042	36.787	25.141	22.776	35.296		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	705	556	423	404		

Budgetrück-	Stand des		
lagenbestand	Verlustvortr .		
Tsd. EUR			
590	12.246		

Personaldaten		Juni 2014			xumuliert Januar - Juni 2014		voraus	voraussichtl. Jahresergebnis	
i ei sonaiuaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
				•	Tsd. EUR		•		
Kernbereich	493	473	20	3.007	2.844	163	6.134	5.810	324
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	493	473	20	3.007	2.844	163	6.134	5.810	324
Refinanzierte	101	48	53	479	282	197	969	569	400
Nebentitel	22	6	16	101	34	67	174	66	108
Insgesamt	616	527	89	3.587	3.160	427	7.277	6.445	832
- dar.: Beihilfe/Nachvers	22	4	18	100	23	77	157	45	112
		•	•	Volumen (Tei	lzeit umgerechr	net in Vollzeit)	-		
Kernbereich	97,9	90,3	7,6	98,1	90,8	7,3	98,0	90,2	7,8
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	97,9	90,3	7,6	98,1	90,8	7,3	98,0	90,2	7,8
Refinanzierte	16,0	-	-	15,6	-	-	15,8	-	-
Abwesende	5,7	-	-	5,5	-	-	5,6	-	-

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
i ersonaisti aixtai	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%	
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	3,6	22,5	2,9
Beschäftigte über 55 Jahre	29,0	17,5	27,9
Frauenquote	55,8	50,0	55,7
Teilzeitquote	31,2	35,0	29,3
Schwerbehindertenquote	5,2	6,0	5,8

Produktplan: Wirtschaft	71	Controllin 01.09	ig v1-vo/14
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 86	Seite 2

Ist-Planabweichungen:

Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht).

Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.

Einnahmen:

- EU-Programme EFRE 2007-2014 und 2014-2020

Neben den Einnahmen zu den EU-Programmen EFRE für den Bereich Wirtschaft wurden auch die Einnahmen für andere Ressorts zentral im Bereich 71.01 veranschlagt.

Entstehende Mehr- oder Mindereinnahmen bei den EU-Programmen werden im Haushalt des Bereiches Wirtschaft bzw. den Haushalten der anderen Ressorts im Rahmen des Jahresabschlusses als Rücklage oder Verlustvortrag gebucht.

Infolge noch nicht abgeschlossener Vorhabenprüfungen des laufenden EFRE-Programms 2007-2013 können sich Mindereinnahmen ergeben. Da die Prüfungen zum jetzigen Zeitpunkt keinen Rückschluss auf ein quantifizierbares Risiko zulassen, kann dieses nicht beziffert werden. Eine gesicherte Beurteilung ist frühestens zum Ende des 3. Quartals möglich.

- Konsumtive Einnahmen

Die Beträge des voraussichtlichen HH-Soll und voraussichtlichen Ist liegen insbesondere aus folgenden Gründen deutlich über den Anschlägen:

Vorbehaltlich der obigen Aussage werden bei dem EU-Programm EFRE 2007-2013 Mehreinnahmen in Höhe von 4,0 Mio. Euro für den Bereich Arbeit erwartet (Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Zahlungen der EU). Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Zahlungen des Bundes sind i.H.v. 0,25 Mio. Euro für den 'Europäischen Tag der Meere 2014' eingerechnet.

Weitere zweckgebundene Mehreinnahmen ergeben sich aus Einnahmen für die BID-Innovationsbereiche. Bislang sind 0,335 Mio. Euro eingegangen, bis zu 24 Tsd. Euro werden noch erwartet.

- Investive Einnahmen

Bei dem Fischereiprogramm EFF sind bislang 0,8 Mio. Euro eingegangen, die restlichen veranschlagten Einnahmen i.H.v. 0,5 Mio. Euro sollen bis zum Jahresende eintreffen.

Die veranschlagte Einnahme von Bremerhaven für die Kostenerstattung (4,0 Mio. Euro) wurde bereits vollständig erzielt.

Personalausgaben

In der Hochrechnung des Ressorts wird bis zum Jahresende insgesamt mit Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,15 Mio. Euro gerechnet. Darin enthalten sind Drittmittel-Finanzierungen (Refinanzierte und Nebentitel) in Höhe von rd. 0,11 Mio. Euro, die durch Abrechnung zum Jahresende entsprechend ausgeglichen werden.

Für den Kernbereich wird mit Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,04 Mio. Euro gerechnet.

Das Ressort hat sich im Rahmen des Kontraktes mit der Senatorin für Finanzen (SF) zum mittelfristigen Abbau des Personalüberhangs im PPL 71 und in der Produktgruppe 81.01.01 verpflichtet, durch eigene Anstrengungen und unter der Anwendung personalwirtschaftlicher Maßnahmen, wie insbesondere die konsequente Einsparung fluktuationsbedingt frei werdender Stellen, bis Ende 2015 rd. 14 Vollzeitstellen einzusparen.

Während der Geltungsdauer des Kontraktes unterstehen sämtliche personalwirtschaftlichen Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen dem Genehmigungsvorbehalt der SF. Außerdem erfolgt neben dem bestehenden Controllingverfahren eine zusätzliche Berichterstattung über die voraussichtlichen Personalvorgänge des Ressorts an die SF.

Die bisher umgesetzten und für die Zukunft geplanten Maßnahmen im Rahmen des Abbaupfades zeigen indessen Wirkung, so dass die Überschreitung zum Jahresende im bisherigen Vergleich deutlich abgebaut werden kann.

Das Ressort wird weiterhin kontinuierlich und konsequent personalwirtschaftliche Maßnahmen umsetzen, um die Überschreitung mittelfristig möglichst gen Null zu führen.

Der Ausgleich von Mehrausgaben soll im Rahmen des Senatorenbudgets gelöst werden.

Produktplan: Wirtschaft	71	Control	ing 01-06/14 09.2014
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 86	Seite 3

Konsumtive und investive Ausgaben:

Sachverhalt noch nicht berücksichtigt.

Im konsumtiven Bereich führen insbesondere die haushaltssystematische Umbuchung der Mittel für die Jacobs University Bremen (3,0 Mio. Euro) sowie Ausgaben für Projekte, die aus nicht veranschlagten zweckgebundenen Mehreinnahmen finanziert werden (BID-Innovationsbereiche, Europäischer Tag der Meere 2014) zu höheren Beträgen beim voraussichtlichen Haushaltssoll und Ist. Für einen konsumtiven Mehrbedarf im PPL 31 wird geprüft, ob ein Ausgleich innerhalb des Senatorenbudgets möglich ist. In der Berechnung des voraussichtlichen HH-Solls und Ist wurde dieser

Die höheren Beträge bei dem voraussichtlichen Haushaltssoll und Ist bei den investiven Ausgaben resultieren zum einen aus der Rückführung der maßnahmenbezogenen Liquiditätssteuerung des Jahres 2013 vom PPL 81 (12,75 Mio. Euro). Dem gegenüber stehen mehrere Einsparungen und Minderausgaben i.H.v. 6,1 Mio. Euro (haushaltstechnische Umbuchung der Mittel der Jacobs University Bremen i.H.v. 3,0 Mio. Euro, Einsparungen für Projekte der Senatorin für Bildung und Wissenschaft i.H.v. 2,5 Mio. Euro u.a.).

Die Differenzen zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergeben sich aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo.

Verrechnungen:

Bei Projekten mit einer Gemeinschaftsfinanzierung durch mehrere Ressorts werden die benötigten Mittel zu Lasten der Ausgabeanschläge als Verrechnung gebucht. Dies kann bei der Aufstellung der Haushalte grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Zurzeit sind 0,1 Mio. Euro umgesetzt, geplant sind noch 0,4 Mio. Euro.

Weiterhin ist im voraussichtlichen HH-Soll und Ist die Zahlung an den PPL Arbeit aus Mehreinnahmen bei dem EU-Programm EFRE 2007-2013 i.H.v. 4,0 Mio. Euro enthalten ('Durchleitung von EU-Mitteln').

Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:

Der Finanzierungssaldo i. H. v. 90,8 Mio. Euro wird zum Jahresende aus haushaltstechnischen Gründen voraussichtlich im Umfang von insgesamt 6,6 Mio. Euro überschritten. Dieser Betrag setzt sich aus den nachfolgenden Sachverhalten zusammen.

In Höhe von voraussichtlich 13,6 Mio. Euro sollen Ausgaben über den Finanzierungssaldo hinaus

geleistet werden. Zum einen ergibt sich aus der Rückführung der maßnahmenbezogenen Liquiditätssteuerung des Jahres 2013 aus dem PPL 81 eine Überschreitung der Obergrenze i.H.v. 12,75 Mio. Euro.

Weitere Mehrausgaben i.H.v. voraussichtlich 0,85 Mio. Euro entstehen im Personalbereich. Diese werden durch Drittmittel finanziert.

In Höhe von 7,0 Mio. Euro wird die Obergrenze aller Voraussicht nach unterschritten. Im Umfang von rd. 4,5 Mio. Euro sollen Zahlungen an andere Ressorts im Wege der Verrechnung geleistet

I.H.v. insgesamt 2,5 Mio. Euro ist geplant, der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit im Wege der Nachbewilligung Mittel für die Projekte IWES (2,2 Mio. Euro) und DFKI (0,3 Mio. Euro) zur Verfügung zu stellen.

Verlustvortrag:

Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Einnahmen ergeben. Ein Ausgleich erfolgt im Rahmen der Programmlaufzeit. Eine Veränderung des Verlustvortrages ist z. Zt. nicht ersichtlich.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 29.08.2014

PRODUKTPLAN 81	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
Häfen		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen		\boxtimes
	Personal:		
	Leistungen:		
Kommentar:			

Finanzdaten

Das Budget wird eingehalten. Der Finanzierungssaldo wird in Höhe von insgesamt 30,1 Mio. Euro unterschritten. In Höhe von 24.0 Mio. Euro sind Mittel im Rahmen der Liquiditätssteuerung 2013 in diesem Jahr an die betroffenen Ressorts zurückgeführt worden (PPL 71: 12,8 Mio. Euro, PPL 22: 2,7 Mio. Euro, ehem. UVI: 3,2 Mio. Euro, PPL 21: 3,2 Mio. Euro, PPL 41: 2,0 Mio. Euro).

Für die Cherbourger Straße wurden investiv veranschlagte Mittel in Höhe von 7,6 Mio. Euro an SUBV über Verrechnung bereitgestellt. Weitere 0,73 Mio. Euro sollen im Rahmen der Liquiditätssteuerung von Kultur bereitgestellt werden.

Das Ressort rechnet mit Personalmehrausgaben bis zum Ende des Jahres in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro, die über Einnahmen aus Drittmitteln ausgeglichen werden sollen.

Personaldaten

Im Kernbereich werden unter der Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Restfluktuation und noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen Mehrausgaben in Höhe von über 0,5 Mio. € entstehen.

Das Defizit beim refinanzierten Personal sollte durch noch zu generierende Einnahmeverfügungsmittel in Höhe von rd. 50 Tsd. Euro bis zum Jahresende mindestens ausgeglichen werden.

Das bei den Nebentitel ausgewiesene Defizit in Höhe von rd. 0,4 Mio. € ist refinanzierten Versorgungsbezügen der Hafenlotsen zuzuordnen und wird ebenfalls durch

Einnahmeverfügungsmittel zum Jahresende ausgeglichen werden.

Ursächlich für die Mehrausgaben ist eine deutliche Überschreitung der jahresdurchschnittlichen Beschäftigungszielzahl um rd. 8,7 VZE.

Die im Kontrakt vereinbarten Zielzahlen der Produktgruppe 81.01.01 (Häfen) werden am Ende des Jahres laut des Kontraktcontrollings Juli um voraussichtlich 1,34 VZE überschritten.

Das Ressort beabsichtigt in der Produktgruppe 81.01.01 (Häfen) den Ausgleich von Personalmehrausgaben des Kernbereichs im Rahmen des Senatorenbudgets zu lösen (ca. 0,24 Mio. €). Für das Risiko im Kernbereich der Produktgruppe 81.01.02 (Hafenbehörde) in Höhe von ca. 0,3 Mio. € sieht das Ressort derzeit keine Ausgleichsmöglichkeit. Im Bereich Häfen ist es weiterhin zwingend notwendig, die zukünftige Personalplanung entsprechend des Personalkonzeptes erfolgreich umzusetzen. Im Bereich der Hafenbehörde ist ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln erforderlich

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 29.08.2014

<u>Leistungsdaten</u>

Die im Berichtszeitraum erwarteten Ergebnisse im Hafen- und Containerumschlag liegen unter den Planwerten. Das Ressort führt dazu aus, dass Konjunktur bedingt der Umschlag eingeknickt ist. Möglicherweise wurden die Erwartungen bei der Planwertbildung zu hoch angesetzt.

Tatsächlich ist der Fahrzeugumschlag im Vergleichszeitraum zum 1. Halbjahr 2013 um 8,4 Prozent gewachsen. Im Bereich des Containerumschlags sind strukturelle Veränderungen bei den Liniendiensten ausschlaggebend für die Nichterreichung der Planwerte. Dennoch ist für das 2. Halbjahr mit einer stabilen Entwicklung zu rechnen (Quelle: Weser-Kurier, 12.08.14).

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Im Bereich Häfen ist es weiterhin zwingend notwendig, die zukünftige Personalplanung entsprechend des Personalkonzeptes restriktiv umzusetzen.

Produktplan:81Controlling 01-06/14Häfen01.09.2014Verantwortlich:Senator GünthnerVersion: 86Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







Kamerale		Janı	ıar - Juni 2014				Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tso	l. EUR	
konsumtive Einnahmen	1.296	1.450	-154	-10,6	3.010	4.180	4.180	0	4.025
investive Einnahmen	6.000	5.600	400	7,1	10.737	10.737	10.737	0	10.737
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	7.296	7.050	246	3,5	13.747	14.917	14.917	0	14.762
Personalausgaben	3.933	3.415	518	15,2	7.054	7.697	8.114	417	7.027
konsumtive Ausgaben	7.395	14.130	-6.736	-47,7	30.719	31.651	31.259	-392	31.106
Zinsausgaben	6.926	10.700	-3.774	-35,3	26.670	26.670	26.670	0	26.670
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	18.953	32.818	-13.865	-42,3	49.603	55.994	50.599	-5.395	82.007
relevante Verrech./Erstatt.	7.619	19	7.600	39.999,1	6.225	7.619	7.619	0	19
Gesamtausgaben	44.825	61.082	-16.257	-26,6	120.271	129.631	124.261	-5.370	146.829
Saldo	-37.529	-54.032	16.503	-30,5	-106.524	-114.714	-109.344	5.370	-132.067

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff		
ermachtigungen	Tsd. EUR						
- konsumtiv	25	0	0	0	0		
- investiv	63.729	66.391	50.248	46.696	458.400		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	16.219	15.387	14.577	69.084		

Budgetrück-	Stand des				
lagenbestand	Verlustvortr .				
Tsd. EUR					
2.265	0				

	Juni 2014		kumulie	kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
				Tsd. EUR					
557	501	56	3.288	3.005	283	6.791	6.245	546	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	
557	501	56	3.288	3.005	283	6.791	6.245	546	
16	49	-33	376	291	85	611	589	22	
41	20	21	268	119	149	598	219	379	
614	570	44	3.932	3.415	517	8.000	7.053	947	
7	19	-12	52	116	-64	163	214	-51	
-			Volumen (Teil	zeit umgerechn	et in Vollzeit)				
115,2	106,2	9,0	115,2	106,7	8,5	115,2	106,0	9,2	
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
115,2	106,2	9,0	115,2	106,7	8,5	115,2	106,0	9,2	
7,0	1	-	7,0	-	-	7,0	-	-	
4,0	-	-	3,8	-	-	3,9	-	-	
	557 0 0 557 16 41 614 7 115,2 0,0 0,0 115,2 7,0	Ist Soll 557 501 0 0 0 0 557 501 16 49 41 20 614 570 7 19 115,2 106,2 0,0 0,0 0,0 0,0 115,2 106,2 7,0 -	Ist Soll Differenz 557 501 56 0 0 0 0 0 0 557 501 56 16 49 -33 41 20 21 614 570 44 7 19 -12 115,2 106,2 9,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 115,2 106,2 9,0 7,0 - -	Ist Soll Differenz Ist 557 501 56 3.288 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.288 3.288 3.288 3.288 3.288 3.288 3.288 3.288 44 3.292 21 268 268 44 3.932 7 19 -12 52 Volumen (Teiner) Volumen (Teiner) 115,2 52 0,0 115,2 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 7,0 <td>Ist Soll Differenz Ist Soll 557 501 56 3.288 3.005 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 3.005 3.76 291 291 24 291 268 119 41 20 21 268 119 44 3.932 3.415 7 19 -12 52 116 Volumen (Teilzeit umgerechn Volumen (Teilzeit umgerechn 115,2 106,7 0,0 <t< td=""><td>Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz 557 501 56 3.288 3.005 283 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 36 291 85 41 20 21 268 119 149 44 3.932 3.415 517 7 19 -12 52 116 -64 -64 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,7 8,5 0,0 <td< td=""><td>Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 16 49 -33 3.76 291 85 611 41 20 21 268 119 149 598 614 570 44 3.932 3.415 517 8.000 7 19 -12 52 116 -64 163 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,2 9,0 115,2 106,7 8,5 115,2 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0</td><td>Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist Soll 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 6.245 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 6.245 16 49 -33 376 291 85 611 589 41 20 21 268 119 149 598 219 614 570 44 3.932 3.415 517 8.000 7.053 7 19 -12 52 116 -64 163 214 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,2 9,0 115,2 106,7 8,5 115,2 106,0 0,0 <</td></td<></td></t<></td>	Ist Soll Differenz Ist Soll 557 501 56 3.288 3.005 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 3.005 3.76 291 291 24 291 268 119 41 20 21 268 119 44 3.932 3.415 7 19 -12 52 116 Volumen (Teilzeit umgerechn Volumen (Teilzeit umgerechn 115,2 106,7 0,0 <t< td=""><td>Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz 557 501 56 3.288 3.005 283 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 36 291 85 41 20 21 268 119 149 44 3.932 3.415 517 7 19 -12 52 116 -64 -64 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,7 8,5 0,0 <td< td=""><td>Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 16 49 -33 3.76 291 85 611 41 20 21 268 119 149 598 614 570 44 3.932 3.415 517 8.000 7 19 -12 52 116 -64 163 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,2 9,0 115,2 106,7 8,5 115,2 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0</td><td>Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist Soll 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 6.245 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 6.245 16 49 -33 376 291 85 611 589 41 20 21 268 119 149 598 219 614 570 44 3.932 3.415 517 8.000 7.053 7 19 -12 52 116 -64 163 214 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,2 9,0 115,2 106,7 8,5 115,2 106,0 0,0 <</td></td<></td></t<>	Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz 557 501 56 3.288 3.005 283 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 36 291 85 41 20 21 268 119 149 44 3.932 3.415 517 7 19 -12 52 116 -64 -64 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,7 8,5 0,0 <td< td=""><td>Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 16 49 -33 3.76 291 85 611 41 20 21 268 119 149 598 614 570 44 3.932 3.415 517 8.000 7 19 -12 52 116 -64 163 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,2 9,0 115,2 106,7 8,5 115,2 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0</td><td>Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist Soll 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 6.245 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 6.245 16 49 -33 376 291 85 611 589 41 20 21 268 119 149 598 219 614 570 44 3.932 3.415 517 8.000 7.053 7 19 -12 52 116 -64 163 214 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,2 9,0 115,2 106,7 8,5 115,2 106,0 0,0 <</td></td<>	Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 16 49 -33 3.76 291 85 611 41 20 21 268 119 149 598 614 570 44 3.932 3.415 517 8.000 7 19 -12 52 116 -64 163 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,2 9,0 115,2 106,7 8,5 115,2 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0	Ist Soll Differenz Ist Soll Differenz Ist Soll 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 6.245 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 557 501 56 3.288 3.005 283 6.791 6.245 16 49 -33 376 291 85 611 589 41 20 21 268 119 149 598 219 614 570 44 3.932 3.415 517 8.000 7.053 7 19 -12 52 116 -64 163 214 Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit) 115,2 106,2 9,0 115,2 106,7 8,5 115,2 106,0 0,0 <	

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
i disdimisti ditai	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	1	%	
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,0	22,5	8,0
Beschäftigte über 55 Jahre	33,8	17,5	34,4
Frauenquote	22,6	50,0	20,8
Teilzeitquote	15,0	35,0	13,6
Schwerbehindertenquote	9,9	6,0	10,6

Produktplan: Häfen	81	Controllin 01.09	lg V1-V0/14
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 86	Seite 2

Ist-Planabweichungen:

Die für den Berichtszeitraum ausgewiesenen Ist-Planwertabweichungen ergeben sich aus unterjährigen Veränderungen gegenüber den Anschlägen (die Planwerte werden nur aus den Anschlägen entwickelt und berücksichtigen solche Veränderungen nicht).

Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich jeweils auf die Jahresplanung.

Personalausgaben:

- Produktgruppe 81.01.01 Häfen

In der Hochrechnung des Ressorts wird bis zum Jahresende insgesamt mit Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,18 Mio. Euro gerechnet. Darin enthalten sind Drittmittel-Finanzierungen (Refinanzierte und Nebentitel) mit Minderausgaben in Höhe von rd. 0,05 Mio. Euro.

Bereits einbezogen sind dabei die Ausgaben für die zusätzlich einzurichtende Stelle im Bereich Häfen, die aus den Nutzungsentgelten der Bremischen Hafeneisenbahn (Mehreinnahmen des Sondervermögens Hafen) finanziert werden soll (s. S. 23-25).

Im Kernbereich wird mit Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,24 Mio. Euro gerechnet.

Das Ressort hat sich im Rahmen des Kontraktes mit der Senatorin für Finanzen (SF) zum mittelfristigen Abbau des Personalüberhangs im PPL 71 und in der Produktgruppe 81.01.01 verpflichtet, durch eigene Anstrengungen und unter der Anwendung personalwirtschaftlicher Maßnahmen, wie insbesondere die konsequente Einsparung fluktuationsbedingt frei werdender Stellen, bis Ende 2015 rd. 14 Vollzeitstellen einzusparen. Die Produktgruppe 81.01.02, die Hafenbehörde, ist nicht Gegenstand des Kontraktes.

Während der Geltungsdauer des Kontraktes unterstehen sämtliche personalwirtschaftlichen Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen dem Genehmigungsvorbehalt der SF. Außerdem erfolgt neben dem bestehenden Controllingverfahren eine zusätzliche Berichterstattung über die voraussichtlichen Personalvorgänge des Ressorts an die SF.

Die bisher umgesetzten und für die Zukunft geplanten Maßnahmen im Rahmen des Abbaupfades zeigen indessen Wirkung, so dass die Überschreitung zum Jahresende im bisherigen Vergleich deutlich abgebaut werden kann.

Das Ressort wird weiterhin kontinuierlich und konsequent personalwirtschaftliche Maßnahmen umsetzen, um die Überschreitung mittelfristig möglichst gen Null zu führen.

Der Ausgleich von Mehrausgaben i.H.v. 0,24 Mio. Euro soll im Rahmen des Senatorenbudgets gelöst werden.

- Produktgruppe 81.01.02 Hafenbehörde

In der Hochrechnung der Hafenbehörde wird bis zum Jahresende insgesamt mit Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,23 Mio. Euro gerechnet. Im Bereich der Drittmittel-Finanzierung (Refinanzierte und Nebentitel) wird mit Minderausgaben in Höhe von 0,07 Mio. Euro gerechnet.

Für den Kernbereich wird mit Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,30 Mio. Euro gerechnet.

Die Hafenbehörde hat in den letzten Jahren stets einen ausgeglichenen Personalhaushalt vorweisen können. Obwohl sich das Beschäftigungsvolumen nicht erhöht hat und nach derzeitigem Stand auch keine Veränderung zu erwarten ist. Im Controlling 04/2014 war erstmalig eine Überschreitung in dieser Produktgruppe zu verzeichnen, die sich insgesamt auf den PPL 81 auswirkt. Der Überhang steht in Zusammenhang mit der zu geringen Fluktuation, wodurch aktuell dieser nicht abgebaut werden kann. Gleichwohl werden Lösungsmöglichkeiten zur weiteren Einsparung und zum Ausgleich der Mehrausgaben derzeit geprüft.

Konsumtive und investive Ausgaben:

Bei den konsumtiven Ausgaben führen zweckgebundene Mehreinnahmen bei mehreren kleineren Projekten zu Mehrausgaben.

Die deutliche Verringerung des voraussichtlichen HH-Solls und des voraussichtlichen Ist bei den investiven Ausgaben resultiert insbesondere aus der Rückführung der maßnahmenbezogenen Liquiditätssteuerung des Jahres 2013 an mehrere Produktpläne (24,0 Mio. Euro). Ein weiterer Grund sind Zahlungen aus veranschlagten Mitteln im Wege der Verrechnung, vor allem die Zahlung der Baukosten für die Cherbourger Straße in Bremerhaven an das Amt für Straßen und Verkehr (7,6 Mio. Euro).

Die Differenzen zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergeben sich aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo.

Produktplan: Häfen	81	Controlling 01-06/14 01.09.2014
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 86 Seite 3

Verrechnungen:

Bei Projekten mit einer Gemeinschaftsfinanzierung durch mehrere Ressorts werden die benötigten Mittel zu Lasten der Ausgabeanschläge als Verrechnung gebucht. Dies kann bei der Aufstellung der Haushalte nicht berücksichtigt werden. Zurzeit sind 7,6 Mio. Euro umgesetzt.

Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:

Der Finanzierungssaldo i. H. v. 132,1 Mio. Euro wird zum Jahresende voraussichtlich im Umfang von 30,3 Mio. Euro unterschritten. Dieser Betrag setzt sich aus den nachfolgenden Sachverhalten zusammen.

Eine Unterschreitung der Obergrenze i. H.v. 31,6 Mio. Euro ergibt sich aus der Rückführung der maßnahmenbezogenen Liquiditätssteuerung des Jahres 2013 an mehrere Produktpläne (24,0 Mio. Euro) sowie aus Zahlungen aus veranschlagten Mitteln, die im Wege der Verrechnung getätigt werden (7,6 Mio. Euro).

Dem gegenüber wird der Finanzierungssaldo voraussichtlich in Höhe von 1,3 Mio. Euro überschritten. Im Personalbereich entstehen Mehrausgaben (0,55 Mio. Euro), die durch Drittmittel ausgeglichen werden. Weiterhin erhält das Ressort vom Senator für Kultur im Wege der Nachbewilligung nicht benötigte Mittel für das Deutsche Schifffahrtsmuseum i.H.v. 0,73 Mio. Euro. Dieser Betrag soll zur Finanzierung der Baukosten der Cherbourger Straße in Bremerhaven eingesetzt werden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2014

PRODUKTPLAN 91	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung			
Finanzen/Personal		Nicht erreicht	erreicht	
	Finanzen		\boxtimes	
	Personal:			
	Leistungen:			
Kommentar:				

Finanzdaten

Der PPL 91 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um rd. 3,2 Mio. €

Hierbei ist allerdings noch nicht berücksichtigt, dass zu Lasten des PPL 91 im PPL 96 ein finanzielles Risiko in Höhe von rd. 2,1 Mio. € bei den an Dataport zu zahlenden Entgelten für die IT-Verfahren im Steuerbereich besteht. Von diesen rd. 2,1 Mio. € sind 1,48 Mio. € über zentrale IT-Pool-Mittel im PPL 96 unter der Voraussetzung gedeckt, dass keine Mittel aus dem PPL 91 zur Verfügung gestellt werden können. Ob bzw. in welcher Höhe der PPL 91 eigene ungebundene Mittel für die Finanzierung der IT-Verfahren im Steuerbereich zu Gunsten des PPL 96 aufbringen kann, soll dem Haushalts- und Finanzausschuss in seiner September-Sitzung im Zusammenhang mit der beantragten Nachbewilligung für die IT-Verfahren im Steuerbereich mitgeteilt werden.

Der veranschlagte produktplanbezogene Finanzierungssaldo 2014 (-80,364 Mio. €) wird unter Berücksichtigung diverser bereits erfolgter Mittelverlagerungen nach dem voraussichtlichen Ist um rd. 2,6 Mio. € unterschritten. Dieser Betrag wird sich noch um die unverbrauchten Ausbildungsmittel reduzieren, die am Jahresende an den PPL 92 zurückzuführen sind.

Personaldaten

Die Personalausgaben und die Zielzahlen werden voraussichtlich erheblich unterschritten werden. Die Personalausgaben im Kernbereich würden derzeit unter Berücksichtigung der vollständigen Abschöpfung der Restfluktuation, noch zu zahlender Altersteilzeitrückstellungen, sollmindernder Verbeamtungseffekte, der Übernahme der Auszubildenden im Steuerbereich und der Umbuchung von bisher refinanziertem Personal in den Kernbereich (Wechsel der Zuständigkeit für die Kfz-Steuer zur Zollverwaltung) um rd. 1,3 Mio. € unterschritten werden. Nicht berücksichtigt hierbei sind allerdings etwaige Neueinstellungen und etwaige Soll-Verlagerungen in den Budgetbereich "temporäre Personalmittel". Diese würden die Unterschreitung der Personalausgaben im Kernbereich erheblich reduzieren.

Im Bereich der temporären Personalmittel wird durch Nachbewilligungen im Haushaltsvollzug ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Ggf. anfallende Minderausgaben im Bereich der Ausbildung würden zum Jahresende in den Produktplan 92 zurückfließen.

Beim refinanzierten Personal ist die Finanzierung sichergestellt.

Es wird eine erhebliche Zielzahlunterschreitung zum Jahresende erwartet.

Leistungsdaten

Die Leistungsziele werden größtenteils erreicht.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Es besteht derzeit kein Handlungsbedarf.

Produktplan:91Controlling 01-06/14Finanzen / Personal01.09.2014Verantwortlich:Senatorin LinnertVersion: 86Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







Kamerale		Janı	ıar - Juni 2014				Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert-	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tso	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	9.642	5.908	3.734	63,2	10.241	17.622	18.337	715	10.425
investive Einnahmen	44	0	44	0,0	0	44	44	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	2	0	2	0,0	2	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	9.687	5.908	3.779	64,0	10.243	17.666	18.381	715	10.425
Personalausgaben	36.711	39.382	-2.671	-6,8	78.953	77.251	74.982	-2.269	74.403
konsumtive Ausgaben	9.309	8.865	444	5,0	15.757	21.620	21.551	-69	15.888
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	142	220	-78	-35,4	589	589	430	-159	498
relevante Verrech./Erstatt.	74	4	70	1.756,5	47	74	74	0	4
Gesamtausgaben	46.236	48.471	-2.235	-4,6	95.346	99.534	97.037	-2.497	90.793
Saldo	-36.549	-42.563	6.014	-14,1	-85.103	-81.868	-78.656	3.212	-80.368

Vornflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff		
ermachtigungen	Tsd. EUR						
- konsumtiv	0	0	0	0	0		
- investiv	116	83	83	83	498		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Budgetrück-	Stand des			
lagenbestand	Verlustvortr .			
Tsd. EUR				
4.628	0			

Personaldaten		Juni 2014			kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
i ei sonaidaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
					Tsd. EUR					
Kernbereich	4.370	4.578	-208	26.466	27.527	-1.061	53.879	55.767	-1.888	
Personalverstärkung	45	0	45	267	0	267	546	0	546	
Ausbildung	895	1.074	-179	5.422	6.482	-1.060	11.131	12.683	-1.552	
Zwischensumme	5.310	5.652	-342	32.155	34.009	-1.854	65.556	68.450	-2.894	
Refinanzierte	412	603	-191	2.781	3.410	-629	5.579	6.839	-1.260	
Nebentitel	191	325	-134	1.774	1.963	-189	3.283	3.664	-381	
Insgesamt	5.913	6.580	-667	36.710	39.382	-2.672	74.418	78.953	-4.535	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	150	250	-100	1.495	1.516	-21	2.663	2.778	-115	
		•	•	Volumen (Tei	lzeit umgerechn	et in Vollzeit)				
Kernbereich	1.131,5	1.167,5	-36,0	1.142,7	1.172,6	-29,9	1.137,1	1.166,9	-29,8	
Personalverstärkung	8,6	0,0	8,6	8,1	0,0	8,1	8,3	0,0	8,3	
Ausbildung	720,6	609,5	111,1	729,0	609,5	119,5	724,8	626,4	98,4	
Zusammen	1.860,7	1.777,0	83,7	1.879,8	1.782,1	97,7	1.870,2	1.793,3	76,9	
Refinanzierte	101,4	-	-	103,1	1	-	102,2	1	-	
Abwesende	55,9	-	-	56,9	-	-	56,4	-	-	

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013		
i disdimisti ditai	Ist	Planwert	Ist		
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%				
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0		
Beschäftigte bis 35 Jahre	11,2	22,5	11,4		
Beschäftigte über 55 Jahre	32,3	17,5	32,1		
Frauenquote	55,5	50,0	55,0		
Teilzeitquote	30,5	35,0	30,5		
Schwerbehindertenquote	12,0	6,0	12,2		

Produktplan: 91	Controlling 01-06/2014		
Finanzen / Personal	23.07.2014		
Verantwortlich: Frau Senatorin Linnert	Seite 1a		

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Vorausschauende Planung über den gesamten Konsolidierungszeitraum bis 2020

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung des Konsolidierungspfades bis 2020 erfordert jährliche Abbauschritte des Strukturellen Finanzierungssaldos in Höhe von 125 Mio. € (bezogen auf den Stadtstaat Bremen).

Nach den bisherigen Ist-Ergebnissen, den Haushaltsanschlägen 2014 und 2015 sowie der aktuellen Planung werden die zulässigen Obergrenzen der haushaltsmäßigen Nettokreditaufnahme bis 2017 eingehalten; allerdings verringern sich die rechnerischen (Sicherheits-) Abstände zum zulässigen strukturellen Defizit im Planungszeitraum bis 2017 deutlich. Trotz relativ optimistischer Annahmen zur Steuerentwicklung und weiterhin entlastender Zinseffekte stehen am Ende der aktuellen Finanzplanperiode (2017) praktisch keinerlei Spielräume zur Kompensation rahmenverschlechternder Einflüsse zur Verfügung. Trotz anhaltend restriktiver Ausgabenplanung und optimistischer Einnahmeerwartungen werden spätestens mit der Aufstellung der Haushalte 2016 / 2017 zusätzliche Sanierungsanstrengungen (des Stadtstaates) dringend erforderlich.

Sicherstellung der Personalhaushalte

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung der Personalhaushalte wird über das Produktbereichscontrolling sichergestellt. Dabei werden die Ressorts auf Risiken hingewiesen und ggf. Maßnahmen eingeleitet.

B. Leistungskennzahlen

			Berichtszeitraum					
		IST (Tsd. EUR)	Planwert (Tsd.	IST-Planwert-Abweichung*				
Kennzahlen			EUR)	abs. (Tsd. EUR)	%	Planwert (Tsd. EUR)		
Finanzierungssaldo**	[Tsd. €]	-227.885	-360.185	132.300	-36,7%	-607.089		
Zinsausgabenanschläge	[Tsd. €]	339.434	355.000	-15.566	-4,4%	611.932		
Steuerklärungs-Eingang Est-Vorjahr *	[%]	39,20	42,00	-2,80		77,00		
Veranlagungsstand Est-Vorjahr * ***	[%]	17,20	24,00	-6,80		68,00		
				0				
				0				
				0				
				0				
				0				

^{*} bei Einheit "%" in Prozentpunkten **bereinigt um die Konsolidierungshilfen *** Erläuterung siehe Planblatt Seite 2 ****Auswertung nach Jahresabschluss

Produktplan: 91		Controlling 01-06/14			
Finanzen / Personal		01.09.2014			
Verantwortlich:	Senatorin Linnert	Version: 86	Seite 2		

3.1 Kamerale Finanzdaten

Der PPL 91 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um rd. 3,2 Mio. Euro unterschreiten. Da die Summe der aus 2013 übertragenen -haushaltsmäßig nicht finanzierten- Rücklagen und Ausgabereste insgesamt rd. 3,5 Mio. Euro beträgt, werden mithin Rücklagen bzw. Ausgabereste in Höhe von rd. 0,3 Mio. Euro in Anspruch genommen.

3.2 Personaldaten

Nach dem Controlling-Bericht wird zum Jahresende die Personalzielzahl für den Kernbereich (ohne Ausbildung) um voraussichtlich 29,8 Vollzeitkräfte (VK) unterschritten. Diese Zahl ist allerdings um 12,6 VK zu korrigieren, da die Refinanzierungsmaßnahme für die KFZ-Steuer zum 30.06.2014 ausläuft. Im Ergebnis bleibt eine voraussichtliche Unterschreitung von 17,2 VK. Zudem werden zum 1.9.2014 vorauss. 28 Auszubildende der Steuerverwaltung in den Dienst übernommen, wordurch es insgesamt zu einer Personalzielzahlüberschreitung am Jahresende um vorauss. 10,8 VK kommen wird. Davon sind noch 10,0 VK aufgrund einer noch anstehenden Buchungskorrektur abzuziehen, so dass die Personalzielzahl am Jahresende nur gering - um ca. 0,8 VK überschritten wird. Das Personalbudget wird nach dem derzeitigen Planungsstand ausreichen.

3.3 Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos

Der Finanzierungssaldo für den PPL 91 hat sich nach diversen Mittelverlagerungen von -80,4 Mio Euro auf -81,3 Mio Euro erhöht und wird nach aktuellem Planungsstand um rd. 2,6 Mio. Euro unterschritten. Dieser Betrag wird sich allerdings um voraussichtlich 1 Mio unverbrauchter Ausbildungsmittel reduzieren, die am Jahresende an den PPL 92 zurückzuführen sind.

Ein finanzielles Risiko zu Lasten des PPL 91 besteht im PPL 96 in Höhe von ca. 2,1 Mio Euro bei den an Dataport zu zahlenden Entgelten für die IT-Verfahren im Steuerbereich. Davon sind 1,48 Mio Euro über zentrale Pool-Mittel im PPL 96 unter der Voraussetzung gedeckt, dass hierfür keine Mittel aus dem PPL 91 zur Verfügung gestellt werden können.

Die Feststellung ob bzw. in welcher Höhe der PPL 91 eigene ungebundene Mittel für die Finanzierung der IT-Verfahren im Steuerbereich zu Gunsten des PPL 96 aufbringen kann, soll dem Haushalts- und Finanzausschuss in seiner September-Sitzung im Zusammenhang mit der beantragten Nachbewilligung für die IT-Verfahren im Steuerbereich mitgeteilt werden.

3.4 Kennzahlen

Bis auf die Sozialleistungsausgaben, die 30 Mio. Euro über dem Planwert liegen, weisen alle wesentlichen Einnahme- und Ausgabepositionen Verbesserungen zum Planwert auf. Insgesamt gibt es in Bezug auf den Planwert Mehreinnahmen von 88 Mio. Euro und Minderausgaben von 44 Mio. Euro. Eine Hochrechnung zum Jahresergebnis ist noch nicht möglich.

Das strategische Ziel einer zeitnahen Festsetzung und Erhebung der Steuer wurde hinsichtlich der KöSt für den VZ 2012 teilweise erreicht. Hinsichtlich der Einkommensteuer wurde das Ziel einer zeitnahen Festsetzung der Steuer nur sehr eingeschränkt erreicht. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die anderen Ziele (u.a. Sicherstellung und Verbesserung der Einnahmesituation) erreicht wurden, da eine zeitnahe Erhebung der Steuern durch die Festsetzung von Vorauszahlungen gewährleistet wird. Mit dem verstärktem Einsatz von Geldmarktinstrumenten und durch das ggü. der Planung nochmals gesunkene Zinsniveau kann der Zinsanschlag voraussichtlich unterschritten werden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014		
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2014		

PRODUKTPLAN 92		Kurzeinschätzung zur Zielerreichung				
Allgemeine Finanzen		Nicht erreicht erreicht				
	Finanzen		\boxtimes			
	Personal:					
	Leistungen:	\boxtimes				
Kommentar:	<u>'</u>					

Kommentar:

<u>Finanzdaten</u>

Der PPL 92 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um rd. 1,9 Mio. € unterschreiten.

Im voraussichtlichen Haushaltssoll und voraussichtlichen Ist bei den Personalausgaben werden noch rd. 0,2 Mio. € für andere Produktpläne vorgehalten.

Der veranschlagte produktplanbezogene Finanzierungssaldo (-560.914,6 Tsd. €) wird nach dem voraussichtlichen Ist zum Jahresende 2014 um rd. 51.955 Tsd. € überschritten.

Unter Berücksichtigung insbesondere

- a) der mit der Dezentralisierung global/zentral veranschlagter Personalausgaben und Personalkostenzuschüsse einhergehenden Verlagerung entsprechender Liquidität zu Gunsten anderer Produktpläne
- b) der beabsichtigten Nachbewilligung von Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Beihilfen und Nachversicherungen zu Gunsten des PPL 92
- c) der vom PPL 68 "Umwelt, Bau und Verkehr" in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung zu stellenden Liquidität
- d) sonstiger produktplanübergreifenden Mittelverlagerungen (+/-)

wird der PPL 92 den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo trotz erheblicher Mindereinnahmen bei den Gewinnen aus Beteiligungen und den Einnahmen aus Konzessionsabgaben (zusammen - 10,65 Mio. €) jedoch voraussichtlich lediglich in Höhe von rd. 1,0 Mio. € überschreiten.

Personaldaten

Bei den Personalausgaben werden Minderausgaben in Höhe von rd. 7,6 Mio. € ausgewiesen. Bereinigt um die im Haushaltssoll enthaltenen Vorjahresreste wird eine Überschreitung in Höhe von 2,3 Mio. € erwartet.

Das Ressort plant jedoch Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Mitteln für Beihilfen und Nachversicherungen und Minderausgaben bei Ausbildungsmitteln im Produktplan 91 am Jahresende zurück in den Produktplan 92 zu verlagern. Hierdurch würde das Defizit ausgeglichen werden

Die Zielzahlen werden zum Jahresende erheblich unterschritten werden.

Leistungsdaten

Die veranschlagten Gewinne aus Beteiligungen (47,143 Mio. Euro) und die veranschlagten Einnahmen aus Konzessionsabgaben (38,235 Mio. €) sind in Höhe von 10 Mio. € bzw. rd. 0,65 Mio. € nicht realisierbar.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Es besteht kein aktueller Handlungsbedarf.

Produktplan:92Controlling 01-06/14Allgemeine Finanzen01.09.2014Verantwortlich:LührVersion: 86Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:







Kamerale		Januar - Juni 2014				Jahresplanung 2014			
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert-	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	96.669	93.597	3.072	3,3	142.506	170.468	159.527	-10.941	161.702
investive Einnahmen	502	0	502	0,0	0	0	500	500	0
relevante Verrech./Erstatt.	52.084	52.080	4	0,0	52.084	54.358	54.358	0	240
Gesamteinnahmen	149.255	145.677	3.578	2,5	194.590	224.826	214.385	-10.441	161.942
Personalausgaben	212.779	210.723	2.056	1,0	430.475	445.576	437.988	-7.588	443.486
konsumtive Ausgaben	76.508	80.038	-3.530	-4,4	123.323	126.842	122.989	-3.853	78.997
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	38	38	38	0	38
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	21.700	26.694	-4.994	-18,7	212.744	212.782	211.882	-900	200.095
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	3.068	3.068	3.068	0	3.068
Gesamtausgaben	310.987	317.455	-6.468	-2,0	769.647	788.306	775.965	-12.341	725.684
Saldo	-161.732	-171.778	10.046	-5,9	-575.058	-563.480	-561.580	1.900	-563.743

Vomflightungs	Abdeckung im Jahr							
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff			
ermachtigungen	Tsd. EUR							
- konsumtiv	0	0	0	0	0			
- investiv	16.974	25.091	20.711	6.219	1.558			
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	38	38	38	482			

Budgetrück-	Stand des				
lagenbestand	Verlustvortr .				
Tsd. EUR					
0	0				

Personaldaten	Juni 2014			kumuli	ert Januar - Ju	ni 2014	voraussichtl. Jahresergebnis		
1 ei sonaiuaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
				,	Tsd. EUR				
Kernbereich	471	667	-196	2.960	3.999	-1.039	6.203	8.295	-2.092
Personalverstärkung	0	74	-74	0	452	-452	0	918	-918
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	471	741	-270	2.960	4.451	-1.491	6.203	9.213	-3.010
Refinanzierte	1	2	-1	4	13	-9	9	26	-17
Nebentitel	33.575	33.827	-252	209.815	206.259	3.556	429.238	421.236	8.002
Insgesamt	34.047	34.570	-523	212.779	210.723	2.056	435.450	430.475	4.975
- dar.: Beihilfe/Nachvers	6	286	-280	167	1.412	-1.245	298	3.179	-2.881
				Volumen (Tei	zeit umgerechn	et in Vollzeit)	·	-	
Kernbereich	154,8	191,5	-36,7	154,1	192,1	-38,0	154,5	191,4	-36,9
Personalverstärkung	0,0	21,1	-21,1	0,0	21,1	-21,1	0,0	21,1	-21,1
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	154,8	212,6	-57,8	154,1	213,2	-59,1	154,5	212,5	-58,0
Refinanzierte	0,2	-	-	0,2	-	-	0,2	-	-
Abwesende	17,1	-	-	17,6	-	-	17,4	-	-

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013		
1 or sommistration	Ist	Planwert	Ist		
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%				
Verwaltungspersonalquote	-	-	-		
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-		
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-		
Frauenquote		-	-		
Teilzeitquote	-	-	-		
Schwerbehindertenquote	-	-	-		

Produktplan: Allgemeine Finanzen	92	Controllin 01.09	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 86	Seite 2

A) Einhaltung des Budgets 2014

Der PPL 92 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegenwärtigem Stand um rd. 1,9 Mio. Euro unterschreiten.

Bei den Personalausgaben werden im voraussichtlichen Haushaltssoll und voraussichtlichen Ist rd. 0,2 Mio. Euro für andere Produktpläne vorgehalten.

Für Tarifeffekte bei den Personalkostenzuschüssen (= konsumtive Ausgaben) sind zentral im Produktbereich 92.01 des PPL 92 für Land und Stadt globale Mehrausgaben i.H.v. insgesamt 2.804 Tsd. Euro veranschlagt.

Die haushaltstechnische Umsetzung dieser Mittel durch Nachbewilligung auf die betroffenen Produktpläne einhergehend mit einer entsprechenden Liquiditätsverlagerung wurde noch nicht vollzogen. Im PPL 92 selbst werden aus diesen Mitteln keine Ist-Ausgaben anfallen.

B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2014

Für den Produktplan 92 ist ein Finanzierungssaldo i.H.v. -560.914,6 Tsd. Euro veranschlagt (davon -168.750,0 Tsd. Euro im Nachtragshaushalt mit dem die finanziellen Mittel für die Beteiligung der Stadtgemeinde Bremen an den Netzgesellschaften Bremen und Bremerhaven bereitgestellt wurden). Gemäß dem voraussichtlichen Ist beträgt der Finanzierungssaldo -612.870 ,0 Tsd. Euro, so dass der veranschlagte Finanzierungssaldo um rd. 51.955 Tsd. Euro überschritten wird. Unter Berücksichtigung insbesondere

- a) der mit der Dezentralisierung global/zentral veranschlagter Personalausgaben und Personalkostenzuschüsse einhergehenden Verlagerung entsprechender Liquidität zu Gunsten anderer Produktpläne
- b) der beabsichtigten Nachbewilligung von Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Beihilfen und Nachversicherungen zu Gunsten des PPL 92
- c) der vom Produktplan 68 "Umwelt, Bau und Verkehr" in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung gestellten Liquidität
- d) sonstiger produktplanübergreifender Mittelverlagerungen (+/-)

wird der PPL 92 den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo jedoch voraussichtlich lediglich in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro überschreiten. Grund hierfür ist insbesondere, dass die veranschlagten Gewinne aus der Beteiligung an Hafenbetrieben in Höhe von 10 Mio. Euro und die Einnahmen aus Konzessionsabgaben in Höhe von rd. 0,65 Mio. Euro nicht realisierbar sind.

C) Leistungskennzahlen

Die veranschlagten Gewinne aus Beteiligungen (47,143 Mio. Euro) und die veranschlagten Einnahmen aus Konzessionsabgaben (38,235 Mio. Euro) sind in Höhe von 10 Mio. Euro bzw. rd. 0,65 Mio. Euro nicht realisierbar.

Einzelheiten zu den kameralen Finanzdaten und zu den Leistungsdaten ergeben sich aus der Analyse/Bewertung zu den Produktbereichen 92.01, 92.02 und 92.03.

Produktplan: 92	Controlling 01-06/2014
Allgemeine Finanzen	
Verantwortlich: Lühr	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Absicherung der Versorgungslasten durch Aufbau einer Rücklage für Versorgungsvorsorge (Anstalt für Versorgungsvorsorge)

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Kapitalstock der Anstalt für Versorgungsvorsorge beträgt zum 30.06.2014 inkl. liquider Mittel rd. 389,1 Mio. € Aus dem Haushalt 2014 sind zum 30.06.2014 5,0 Mio. € aus dem Produktplan 92 an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt worden.

Die Zuführungen setzen sich zusammen aus Verbeamtungseffekten, der Versorgungsumlage von ausgegliederten Einrichtungen und den Versorgungszuschlägen für refinanziertes Personal.

Finanzielle Absicherung von Tarif- und Struktureffekten sowie künftiger Ausbildungsjahrgänge

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die beschlossenen Tarif- und Besoldungserhöhungen für aktives Personal sowie für Versorgungsempfänger sind bereits im Haushaltsaufstellungsverfahren dezentralisiert worden.

Im II. Quartal wurden die Mittel für die beschlossene Ausbildungsplanung 2014 für bedarfsbezogene Ausbildungsberufe aus den zentral veranschlagten Personalmitteln in die Ressortbudgets verlagert.

B. Leistungskennzahlen

			2014		
	IST	Planwert	IST-Planwert-A	bweichung*	
Kennzahlen			abs.	%	Planwert
Einnahmen aus Konzessionsabgaben (T€)	18.323	19.117	-794	-4,2	38.235
Vom SVIT, Eigenkapitalverzinsung (T€)	15.000	15.000	0	0,0	31.691
Gewinne aus Beteiligungen (T€)	27.266	27.114	152	0,6	47.143
Versorgungsbezüge (OGrp. 43) -T€-	185.256	186.555	-1.299	-0,7	387.582
Beihilfen Versorgungsempfänger (Grp. 446) -T€	23.019	20.517	2.502	12,2	35.475
Globale Mehrausgaben für (konsumtive)					
Personalkostenzuschüsse (Tarifeffekte) -T€-	0	0	0	0,0	2.804
An SVIT für Sanierungsinvestitionen	6.878	11.241	-4.363	-38,8	25.723
An SVIT für energetische Maßnahmen	48	700	-652	-93,1	2.000

^{*} bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 01.08.2014

_	_					
PRODUKTPLAN 93		schätzung erreichung				
Zentrale Finanzen		Nicht erreicht	erreicht			
	Finanzen					
	Personal:					
	Leistungen:					
Kommentar:						
Finanzdaten Bei der Spielbankabgabe und den weiteren Leistungen ist die Entwicklung der Einnahmen weiterhin rückläufig. Die Entwicklung der Spielbank deutet darauf hin, dass die veranschlagten Einnahmen (2,7 Mio. Euro) nicht erreicht werden. Belastend wirkt sich dabei die Zahlung der Personalkosten für die Aufsicht des Steuerpersonals (1,1 Mio. Euro) aus. Aufgrund vorgenannter Sachverhalte erhält die SWS zur Vermeidung weiterer Risiken die veranschlagten investiven Zuführungen aus dem Haushalt (1,5 Mio. Euro) nicht. Diese Mittel werden somit rechnerisch als teilweiser Ausgleich der Mindereinnahmen zur Verfügung stehen, in Höhe von 1,2 Mio. Euro verbleibt voraussichtlich ein Restrisiko, was im Haushalt der SF ausgeglichen werden muss. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass das Budget und der zulässige Finanzierungssaldo eingehalten werden.						
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag: Derzeit kein Handlungsbedarf.						

Produktplan: Zentrale Finanzen	93	Controllin 01.09	ng 01-06/14 0.2014
Verantwortlich:	Lühr	Version: 86	Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:



Kamerale		Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert-	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tsc	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	38.451	37.951	500	1,3	76.891	76.760	74.021	-2.739	76.665
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	38.451	37.951	500	1,3	76.891	76.760	74.021	-2.739	76.665
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	64.882	64.840	42	0,1	164.984	161.912	161.912	0	167.192
Zinsausgaben	330.188	345.000	-14.812	-4,3	579.172	578.993	570.225	-8.768	578.799
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	295	272	23	8,6	-1.296	3.608	2.121	-1.487	-2.326
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	3.094	3.094	3.094	0	3.094
Gesamtausgaben	395.366	410.112	-14.746	-3,6	745.954	747.607	737.352	-10.255	746.760
Saldo	-356.915	-372.161	15.246	-4,1	-669.063	-670.847	-663.331	7.516	-670.095

Vomflightungs		Abdeckung im Jahr					
Verpflichtungs-	2014	2014 2015 2016 2		2017	2018ff		
ermächtigungen Z014 Z013 Z016 Z017 Tsd. EUR							
- konsumtiv	0	0	0	0	0		
- investiv	0	230	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Budgetrück-	Stand des				
lagenbestand	Verlustvortr .				
Tsd. EUR					
0	0				

Personaldaten		Juni 2014		kumuli	ert Januar - Ju	ıni 2014	voraus	sichtl. Jahrese	rgebnis
i ei sonaidaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
		•	•	•	Tsd. EUR			•	
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	-9	0	-9	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	-9	0	-9	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	-9	0	-9	0	0	0	0	0	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		•	•	Volumen (Tei	lzeit umgerechr	net in Vollzeit)		•	•
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,1	0,0	0,1
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,1	0,0	0,1
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
	1	t		t					

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
i cisonaisti aixtai	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	,	%	1
Verwaltungspersonalquote	0,0	0,0	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	0,0	0,0	40,0
Beschäftigte über 55 Jahre	0,0	0,0	20,0
Frauenquote	0,0	0,0	46,7
Teilzeitquote	0,0	0,0	26,7
Schwerbehindertenquote	0,0	0,0	8,3

Produktplan: Zentrale Finanzen	93	Controllin 01.09	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 86	Seite 2

3. Analyse/Bewertung

Allgemeine Vorbemerkungen.

Dem Produktplan 22, Kultur wurde nach HaFA-Beschluss im Berichtszeitraum 0,45 Mio. Euro aus der (nicht eckwertrelevanten Steuereinnahme)Tourismusabgabe/City-Tax im Wege der Nachbewilligung zur Verfügung gestellt.

Konsumtive Einnahmen

Das Einnahmevolumen wird maßgebend geprägt durch

- a) die Spielbankabgabe und den weiteren Leistungen
- b) Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich der weggefallenen Kfz-Steuer
- c) Säumnis- und Verspätungszuschläge und Verwaltungskosten Kirchensteuer
- d) Einnahmen aus Anteilen staatl. veranstalteter Glückspiele gem. BremGluG

e) Abführung von Stammkapitalzinsen sowie Zins- bzw. Tilgungsleistungen öffentlicher Unternehmen. Die Ist-Einnahmen liegen bis Juni 2014 im Planwert. Bei der Spielbankabgabe und den weiteren Leistungen ist die Entwicklung der Einnahmen jedoch weiterhin rückläufig. Die Entwicklung der Spielbank deutet darauf hin, dass die veranschlagten Einnahmen (2,7 Mio. Euro) nicht erreicht werden. Zusätzlich belastend wirkt sich die Zahlung der Personalkosten für die Aufsicht des Steuerpersonals (1,1 Mio. Euro) aus. Aufgrund vorgenannter Sachverhalte erhält die SWS zur Vermeidung weiterer Risiken keine Zuwendungen aus dem Haushalt. Die veranschlagten investiven Ausgaben (1,5 Mio. Euro) werden somit rechnerisch als teilweiser Ausgaleich der

investiven Ausgaben (1,5 Mio. Euro) werden somit rechnerisch als teilweiser Ausgleich der Mindereinnahmen zur Verfügung stehen, in Höhe von 1,2 Mio. Euro verbleibt voraussichtlich ein Restrisiko was im Haushalt der SF ausgeglichen werden muss.

Konsumtive und investive Ausgaben, Zinsausgaben

Die konsumtiven Ausgaben umfassen im wesentlichen die Schlüssel- und Ergänzungszuweisungen an Bremerhaven gemäß Finanzzuweisungsgesetz sowie den Anteil der Konsolidierungshilfen (31,109 Mio. Euro) an Bremerhaven.

Mittel der Risikovorsorge (4,6 Mio. Euro) werden nach Bedarf den begünstigten Ressorts über technische Nachbewillung zur Verfügung gestellt. Die Verlagerungen sind im vorauss. Ist bis zum Jahresende berücksicht.

Zinsausgaben

Bei den Zinsausgaben handelt es sich um Zinsausgaben am Kreditmarkt, deren Planwertabweichungen sich aus der Steuerung der Mittel an der aktuellen Zinsentwicklung orientieren.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass bis zum Ende des Jahres der Anschlag nicht ausgeschöpft wird. Die Senatorin für Finanzen wird dem Haushalts- und Finanzausschuss darüber bis zur Sommerpause gesondert berichten und einen Vorschlag zu den Zinsminderausgaben unterbreiten.

Investive Globale Minderausgabe

Die im PPL 93 eingestellte Globale Minderausgabe von insgesamt -4,8 Mio. Euro ist im Controlling bis zum Jahresende berücksicht und über entsprechende Ressortumlage aufzulösen.

Die veranschlagten Mittel an die SWS(1,5 Mio. Euro) werden rechnerisch als teilweiser Ausgleich der Mindereinnahmen bei Spielbankabgaben herangezogen.

Einhaltung des Finanzierungssaldo

Das Budget wird voraussichtlich eingehalten.

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird voraussichtlich nicht überschritten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 06 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 01.08.2014

PRODUKTPLAN 96	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung					
IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen		Nicht erreicht	erreicht			
	Finanzen					
	Personal:	n.e	n.e			
	Leistungen:	s.u.	s.u.			
Kommentar:						
<u>Finanzdaten</u>						
<u>Finanzdaten</u>						
Finanzdaten Budgeteinhaltung: Der PPL 96 wird sein Budget einhalten bzw. nach gegum rd. 12,053 Mio. € unterschreiten. Dieser Betrag is aus 2013 übertragenen -haushaltsmäßig nicht finanzi (12,043 Mio. Euro).	t nahezu identisc	h mit der S	umme de			

<u>Leistungsdaten</u>

Leistungsdaten werden unterjährig nicht erhoben.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:
Es besteht derzeit kein Handlungsbedarf.

Produktplan: IT-Budget der FHB	96	Controllin 01.09	ng 01-06/14 0.2014
Verantwortlich:	Lühr	Version: 86	Seite 1

Einhaltung Finanzdaten:

Einhaltung Personaldaten:

Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:



Kamerale		Januar - Juni 2014					Jahresplan	ung 2014	
Finanzdaten	Ist	Planwert	Ist-Planwert	-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
		Tsd. EUR		%			Tso	i. EUR	
konsumtive Einnahmen	643	150	493	329,0	762	1.030	1.040	10	280
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	27	27	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	104	14	90	644,8	35	196	196	0	35
Gesamteinnahmen	748	164	584	355,9	797	1.253	1.263	10	315
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	14.693	15.919	-1.226	-7,7	41.054	47.986	40.500	-7.486	38.511
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	3.601	1.199	2.402	200,3	14.344	14.413	9.856	-4.557	9.875
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	18.293	17.118	1.175	6,9	55.397	62.399	50.356	-12.043	48.385
Saldo	-17.545	-16.954	-591	3,5	-54.601	-61.146	-49.093	12.053	-48.071

Vernflightungs	Abdeckung im Jahr						
Verpflichtungs- ermächtigungen	2014	2015	2016	2017	2018ff		
ermachtigungen	Tsd. EUR						
- konsumtiv	0	2.103	0	0	0		
- investiv	0	4.168	4.207	2.417	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Budgetrück-	Stand des			
lagenbestand	Verlustvortr .			
Tsd. EUR				
0	0			

Personaldaten		Juni 2014		kumuli	kumuliert Januar - Juni 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
1 ei sonaiuaten	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	
					Tsd. EUR			•		
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Refinanzierte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Nebentitel	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
- dar.: Beihilfe/Nachvers	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
		•	+	Volumen (Tei	lzeit umgerechr	net in Vollzeit)	•	•	•	
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Refinanzierte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Abwesende	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
i										

Personalstruktur	Jun 2014	2014	2013
1 of Sofiaisti antai	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten		%	
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote		-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: IT-Budget der FHB	96	Controllin 01.09	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 86	Seite 2

A. Einnahmen

Im Zeitraum Januar bis Juni 2014 wurden Gesamteinnahmen u. a. im Zusammenhang mit EU-Einnahmen (Projekt "SPOCS"), SAP-Lizenzen und Erstattungen für ELAZE in Höhe von 748 Tsd. Euro erzielt, die im Wesentlichen zur Refinanzierung von IT-Maßnahmen herangezogen werden. Die Gesamteinnahmen überschreiten Ende Juni 2014 um rd. 584 Tsd. Euro den Planwert.

B. Ausgaben

Die geleisteten Gesamtausgaben in Höhe von 18.293 Tsd. Euro liegen nach dem ersten Halbjahr mit 1.175 Tsd. Euro über dem zeitanteilig auf Anschlagsbasis gebildeten Planwert. Ursächlich für die Ist-Planwert-Abweichung sind die erst für die zweite Jahreshälfte geplanten Mittelabflüsse für das Projekt KoPers (investiv).

Aus dem IT-Pool sind aktuell nur die Mittel für Inneres nachbewilligt worden. Die IT-Pool-Mittel für Bau, Finanz und BASIS wurden bzw. befinden sich aktuell in der Bearbeitung. In einer ersten Sammelnachbewilligung werden Anfang August IT-Poolmittel für alle mit Stichtag 01.07.2014 zu BASIS migrierten Dienststellen auf die dezentralen konsumtiven IT-Querschnittsmittel für die höheren Aufwände beim Client-Betrieb übertragen.

C. Budgeteinhaltung 2014

Der Produktplan 96 wird sein Budget 2014 einhalten. Nach aktuellem Stand wird das Budget um 12,053 Mio. Euro unterschritten. Dieser Betrag ist nahezu identisch mit der Summe der aus 2013 übertragenen -haushaltsmäßig nicht finanzierten- Rücklagen und Ausgaberesten (12,043 Mio. Euro).

D. Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (z. B. Übertragung der UVI-Reste für BASIS in den Produktplan 96) nach aktuellem Stand zum Jahresende nicht überschritten. Gleichwohl sind im weiteren Haushaltsvollzug Resteinanspruchnahmen für Polizeifachverfahren und das Projekt KoPers sowie angekündigte Mehrbedarfe bei Digitalfunk und für IT-Fachaufgaben Geoinformation noch durch entsprechende Einsparungen im jeweiligen Ressort bzw. im Produktplan 96 "IT-Budget der FHB" darzustellen. An den Lösungen hierfür wird derzeit mit den betroffenen Ressorts gearbeitet.

E. Leistungsdaten

Leistungsdaten werden im Produktplan 96 "IT-Budget der FHB" unterjährig nicht erhoben.

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 19.09.2014
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	01 – 06 / 2014

Ausgabereste/Rücklagen

Im Berichtszeitraum haben sich die Rücklagenbestände im Saldo um 42,924 Mio. € verändert. Dieser Saldo setzt sich zusammen aus Rücklagenentnahmen in Höhe von rd. 42,926 Mio € und einer geringen Zuführung an Rücklagen in Höhe von 0,002 Mio. €.

Die konkreten Veränderungen bei den einzelnen Rücklagearten im Berichtszeitraum lassen sich der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

Reste-/Rücklagenentwicklung im Haushaltsjahr 2014					
	Jahresanfangs- bestand	Veränderung im Berichtszeitraum (01-6/2014)			Bestand zum 30.06.2014
	2014	Entna	hmen	Zuführungen	
		veranschlagt	nicht		
			veranschlagt		
			Tsd. €	1	
allg. Budgetrücklage	17.743,1	-175,5	-301,6	0,0	17.266,0
Altersteilzeitrücklage	440,7	0,0	0,0		440,7
investive Rücklage	41.846,1	0,0	-41.786,8	0,0	59,4
Sonderrücklagen	105.018,5	0,0	-662,3	2,4	104.358,6
INSGESAMT	165.048,4	-175,5	-42.750,6	2,4	122.124,6

Ausgabereste	(einschl. Verrechn./Erstatt.)	65.994,4
--------------	-------------------------------	----------

Die jeweiligen Produktplanergebnisse sind - unterschieden nach Rücklagearten - in den Tabellen auf der nächsten Seite ausgewiesen.

<u>Verlustvorträge</u>

Die bestehenden Verlustvorträge in Höhe von 88,07 Mio. €, die insbesondere aus Mindereinnahmen der Vorjahre bei der Durchführung von EU-finanzierten Programmen (EFRE, ESF, EFF) zusammen hängen, haben sich im Berichtszeitraum nicht verändert.

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen weist darauf hin, dass in diesem Jahr im Produktplan 31 Arbeit Mehreinnahmen von rd. 13,4 Mio € prognostiziert werden, die den bestehenden Verlustvortrag reduzieren werden.

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt

Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 19.09.2014

Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge

01 - 06 / 2014

Monatsbericht 06/2014 - PPL-bezogene Rücklagen

PPI	Bezeichnung	JAB	ATZ-Rück aktuell	lage Veränderung	al. JAB	lg. Budgetrü aktuell	cklage Veränderung	Inves JAB	stive Rückla aktuell	nge Veränderung	akt. Rücklagen- bestand insgesamt	Veränderung insgesamt
01	Bürgerschaft	0,00	0,00	0,00	2.237.081,60	2.166.581,60	-70.500,00	52.200,00	0,00	-52.200,00	2.166.581,60	-122.700,00
02	Rechnungshof	119.309,39	119.309,39	0,00	753.067,67	753.067,67	0,00	77.130,00	0,00	-77.130,00	872.377,06	-77.130,00
	Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	50.115,12	50.115,12	0,00	14.830,90	14.830,90	0,00	1.968.346,03	0,00	-1.968.346,03	64.946,02	-1.968.346,03
	Bundes- und Europaangelegenheiten	3.005,17	3.005,17	0,00	528.314,77	528.314,77	0,00	0,01	0,01	0,00	531.319,95	0,00
	Datenschutz und Informationsfreiheit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
)7	Inneres	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
08	Gleichberechtigung der Frau	79.134,47	79.134,47	0,00	137.304,77	137.304,77	0,00	11.340,00	0,00	-11.340,00	216.439,24	-11.340,00
9	Staatsgerichtshof				9.822,66	9.822,66	0,00				9.822,66	0,00
1	Justiz							0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Sport				0,00	0,00	0,00	412.730,00	0,00	-412.730,00	0,00	-412.730,00
21	Bildung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.760.033,27	0,00	-1.760.033,27	0,00	-1.760.033,27
22	Kultur	0,00	00,0	0,00	0,00	0,00	0,00	2.568.000,00	0,00	-2.568.000,00	0,00	-2.588.000,00
24	Hochschulen und Forschung				671.194,85	671.194,85	0,00	2.064.998,37	0,00	-2.064.998,37	671.194,85	-2.064.998,37
31	Arbet	0,00	00,0	0,00	824.224,76	824.224,78	0,00	17.979,67	17.979,67	0,00	842.204,43	0,00
41	Jugend und Soziales	0,00	00,0	0,00	3,00	0,00	-3,00	6.700,00	0,00	-8.700,00	0,00	-6.703,00
51	Gesundheit	0,00	00,0	0,00	823.105,83	823.105,83	0,00	72.237,60	8.177,60	-64.060,00	831.283,43	-64.060,00
38	Umwelt, Bau, Verkehr	0,00	00,0	0,00	3.798.296,39	3.798.296,39	0,00	7.618.550,00	0,00	-7.618.550,00	3.798.296,39	-7.618.550,00
71	Wirtschaft	0,00	00,0	0,00	687.146,17	582.146,17	-105.000,00	13.033.518,73	7.821,73	-13.025.697,00	589.967,90	-13.130.697,00
81	Häfen	0,00	00,0	0,00	2.264.404,33	2.264.404,33	0,00	5.396.216,89	636,89	-5.395.580,00	2.265.041,22	-5.395.580,00
91	Finanzen / Personal	189.117,96	189.117,96	0,00	4.716.070,37	4.414.462,37	-301.608,00	115.765,64	24.735,18	-91.030,46	4.628.315,51	-392.638,46
	Algemeine Finanzen / Zentrale Finanzen	0,00	00,0	0,00				900.000,00	0,00	-900.000,00	0,00	-900.000,00
96	IT-Budget der FHB				278.225,74	278.225,74	0,00	5.770.380,00	0,00	-5.770.380,00	278.225,74	-5.770.380,00
Ge	samtsumme	440.682,11	440.682,11	0,00	17.743.093,81	16.719.882,81	-1.023.211,00	41.846.126,21	59.351,08	-41.788.775,13	17.219.916,00	-42.809.986,13

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt

Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 19.09.2014

Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge

01 - 06 / 2014

Monatsbericht 06/2014

Sonderrücklage		JAB	aktuell	Veränderung
ABFALLABGABE-RUECKLAGE		0,00	0,00	0,00
ABWASSERABGABE-RUECKLAGE		6.933.175,59	6.933.175,59	0,00
ARBEITNEHMERBEITRAEGE NACH DEM BREMISCHEN	RUHELOHNGESETZ	11.803.094,46	11.803.094,46	0,00
AUSGLEICHSABGABEN-RUECKLAGE FUER EINGRIFFE	IN NATUR UND LANDSCHAFT	1.343,42	1.343,42	0,00
AUSGLEICHSABGABEN-RUECKLAGE NACH DEM	SCHWERBEHINDERTENGESETZ	8.928.177,92	8.928.177,92	0,00
Budgetrücklage Allgemeine Finanzen		152.183,87	152.183,87	0,00
BUDGETRUECKLAGE HANSESTADT BREMISCHES	HAFENAMT, BREMERHAVEN (BAGGERGUTENTSORGUNG)	234.000,01	234.000,01	0,00
Entwicklungsagentur West		0,00	0,00	0,00
ERNEUERUNGSRUECKLAGE FISCHEREIHAFEN-	BETRIEBS- UND ENTWICKLUNGSGES. BRHV.	293.445,67	293.445,67	0,00
KASSENVERSTAERKUNGS- UND ALLGEMEINE	AUSGLEICHSRUECKLAGE	16.340.452,11	16.340.452,11	0,00
Mehreinnahmen EFRE-Programm 2007-2013	(Wissenschaft)	267.281,74	267.281,74	0,00
RUECKLAGE ALLGEMEINE FINANZEN (INCL. ZENTRAL.	PERSONALRUECKLAGE)	12.638.106,06	12.638.106,06	0,00
RUECKLAGE 'FOLGEKOSTEN DER BEB-	VERAEUSSERUNG'	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE FUER DIE GASTSCHULGELDPAUSCHALE	VOM LAND NIEDERSACHSEN	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE FUER DISKONTKREDITE		436.250,00	436.250,00	0,00
RUECKLAGE KRIEGSOPFERFUERSORGE		463.731,32	463.731,32	0,00
RUECKLAGE 'SAUBERE STADT'		22.961,32	22.961,32	0,00
RUECKLAGE 'SCHAFFUNG VON GARAGEN UND	EINSTELLPLAETZEN'	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE SOZIALLEISTUNGEN (ALLGEMEIN)		0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage "Deichschutz Bremerhaven"		4.060.457,30	4.062.828,25	2.370,95
Sonderrücklage "Jüdischer Friedhof"		0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage "ReSoSta"		662.259,77	0,00	-662.259,77
Sonderrücklage A 281		0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage EFRE 2007-2013 - Bescheinigungsstelle -		29.416.486,39	29.416.486,39	0,00
Sonderrücklage Fischereiprogramm EFF		0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage für Zuschüsse an	die Bürgerstiftung	89.945,00	89.945,00	0,00
Sonderrücklage Kajen Fischereihafen		1.676.000,00	1.676.000,00	0,00
NASSERENTNAHMEGEBUEHR-RUECKLAGE		10.599.134,85	10.599.134,85	0,00
Zweckgebundene Rücklage aus Sozialleistungen		0,00	0,00	0,00
Zweckrücklage Unterhaltungsfonds Naturschutz		0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme		105.018.486,80	104.358.597,98	-659.888,82
-			1	1

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 19.09.2014
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	01 – 06 / 2014

Monatsbericht 06/2014 - PPL-bezogene Verlustvorträge

Bezeichnung	JAB	aktuell		Veränderung
VERLUSTVORTRAG (INNERES PPL 07)	-15.829.377,44	-15.829.377,44	- 1	0,00
VERLUSTVORTRAG (JUSTIZ PPL11)	-7.512.041,10	-7.512.041,10	i	0,00
Verlustvortrag Sport	-897.576,63	-897.576,63	Ė	0,00
Verlustvortrag (Hochschulen und Forschung PPL 24 - EFRE 2007-2013)	0,00	0,00	1	0,00
VERLUSTVORTRAG (ARBEIT PPL31)	-4.361.461,28	-4.361.461,28	i	0,00
Verlustvortrag (Arbeit PPL 31 - EFRE 2007-2013)	-9.590.918,81	-9.590.918,81	1	0,00
Verlustvortrag (Arbeit PPL 31 -ESF 2007-2013)	-26.214.725,97	-26.214.725,97	-	0,00
VERLUSTVORTRAG (JUGEND UND SOZIALES - SOZIALLEISTUNGEN PPL41)	-3.718.993,10	-3.718.993,10		0,00
Verlustvortrag (Umweit, Bau, Verkehr, Europa PPL 68 - EFRE 2007-2013)	-4.599.099,01	-4.599.099,01	1	0,00
VERLUSTVORTRAG (UMWELT, BAU und VERKEHR Mindereinnahmen Werberechte)	-3.100.000,00	-3.100.000,00	-	0,00
VERLUSTVORTRAG (WIRTSCHAFT-WAP PPL71)	0,00	0,00	İ	0,00
Verlustvortrag (Wirtschaft PPL 71 - EFRE 2007-2013)	-9.641.825,47	-9.641.825,47	i	0,00
Verlustvortrag Europäischer Fischereifonds (EFF)	-2.534.215,40	-2.534.215,40	İ	0,00
Verlustvortrag (Wirtschaft PPL 71 - EFRE 2007-2013 in Bremerhaven)	-70.000,00	-70.000,00	-	0,00
Verlustvortrag (KP II Mindereinnahmen)	0,00	0,00		0,00
Gesamtsumme	-88.070.234,21	-88.070.234,21	-	0,00

Zuwendungen(Testate) / globale Minderausgaben	19.09.2014 01 – 06 / 2014
Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21),

Zuwendungen (institutionelle Förderung) ab 100 Tsd. €

Über den Sachstand der Vorlage ausstehender Testate wird regelmäßig im Rahmen des Controllings berichtet. Die zum Zeitpunkt des Haushaltsentwurfs ausstehenden Testate der Fachressorts liegen zwischenzeitlich ausnahmslos vor. In Fällen, in denen das Wirtschaftsplanjahr (z.B. wegen der Spielzeiten) vom Haushaltsjahr abweicht liegen z. T. noch keine Testate für die Zeit ab August dieses Jahres vor. In diesen Fällen darf bis einschl. Oktober 2014 monatl. maximal 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages gezahlt werden. Über deren Vorlage wird im Rahmen der nächsten Controllings berichtet.

Gegenwärtig liegen sämtliche Testate vor, so dass aktuell keine Sperren aufgrund eines ausstehenden Testats zu verfügen sind.

Globale Minderausgaben / Umlagebeschlüsse

Im Haushalt 2014 wurden insgesamt globale Minderausgaben iHv. rd. 6,188 Mio. € veranschlagt, über deren Auflösung im HH-Vollzug zu berichten ist.

Über den Sachstand wird wie folgt berichet:

PPL	Minderausgabe	Anschlag	nachgewie- sener Betrag
22 Kultur	Ressortbezogene Minderaus- gabe	-800.000€	-
93	Investive Minderausgaben	-4.764.350 €	-
Zentrale	Konsumtive Minderausgaben	-623.500 €	623.500 €
Finanzen			

Im Zusammenhang mit der Veranschlagung der o.g. konsumtiven Minderausgabe wurde im Kulturhaushalt eine globale investive Mehrausgabe in gleicher Höhe veranschlagt. Diese Mittel sind gem. Haushaltsvermerk gesperrt bis zur Vorlage eines Konzepts über strukturelle Veranderungen im konsumtiven Bereich im Haushalts- und Finanzauschuss. Dieses Konzept soll It. Ressort zur Sitzung der Kulturdepuation im Oktober und im Anschluss dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt werden.

Die zentral in den Haushalten veranschlagten konsumtiven Minderausgaben (Prouktplan 93 Zentrale Finanzen) sind durch Nachbewilligung am 31.03.2014 aufgelöst worden. Die Einsparungen wurden ausschließlich im Bereich der konsumtiven Ausgaben der Hauptggruppe 5 nachgewiesen.

Über die Auflösung der zentral in den Haushalten veranschlagten investiven Minderausgabe wird der Senat voraussichtlich in seiner Sitzung am 30.09.2014 im Rahmen der Senatsvorlage "Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 einschl. Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - Juni 2014" entscheiden.

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 19.09.2014
Investive Minderausgaben	01 – 06 / 2014

Meldung zu investiven Minderausgaben von mehr als 1 Mio. €

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20. August 2010 gebeten, mit dem Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Übersichten zu Ausgabereduzierungen bei den Investitionen vorzulegen.

Von den Ressorts sind der Beschlusslage entsprechend die zum Stichtag 30.06.2014 bekannt gewordenen investiven Ausgabereduzierungen von mehr als 1 Mio. € zu melden. Dabei sind insbesondere investive Minderausgaben, die aus einer Reduzierung der ursprünglich geplanten (veranschlagten) Baukosten resultieren, anzugeben.

Die Ressorts haben mit Ausnahme der Produktpläne 12 Sport und 22 Kultur Fehlanzeige gemeldet.

Im Produktplan 12 Sport wird davon ausgegangen, dass die im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2014/2015 eingeworbenen, allerdings gesperrten Mittel für die Sanierung des Unibades in diesem Jahr nicht mehr abfließen werden.

Die Sanierung/Erweiterung des Deutschen Schiffahrtsmuseums befindet sich nach Darstellung des Senators für Kultur noch in der Planungsphase. Das Ressort geht davon aus, dass sich die Maßnahme in die Folgejahre verschieben wird. Vor diesem Hintergrund hat das Ressort bereits in Abstimmung mit anderen Ressorts Liquiditätsvereinbarungen getroffen.

Die Meldungen sind im Folgenden beigefügt:

Meldung zu investiven Minderausgaben*

- In Teil I sind Baukostenreduzierungen von mehr als 1 Mio. € (z.B. aufgrund Standardabsenkung, günstigerer Submissionsergebnisse etc.) gegenüber der bisherigen Planung (bzw. Veranschlagung) anzugeben.
- In Teil II sind bezogen auf das Haushaltsjahr ausschließlich Ausgabereduzierungen von mehr als 1 Mio. €, die aus aufgeschobenen bzw. aufgehobenen und bisher geplanten (veranschlagten) Maßnahmen entstehen
- Eintragungen sind zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Baukosten-/Ausgabereduzierung vorzunehmen
- Eintragungen sind maßnahmebezogen vorzunehmen. Diese Meldung ist der Senatorin für Finanzen quartalsweise je Produktplan zuzusenden (Fehlanzeige ist erforderlich).

		TE	ILI - maßnahmebez	ogene Baukost	enreduzierunge	en	
PGR	Hst.	Zweckbestimmung	ggf. Maßnahme	bisher geplante Gesamtkosten der Maßnahme	_	neue geplante Gesamtkosten der Maßnahme	Anmerkung / Begründung
					EUR		
FEHLANZEIG	E						
							keine Meldungen
				0,00	0,00	0,00	_

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	ggf. Maßnahme	Anschlag	Anmerkung / Begründung
				Haushaltsjahr	
				EUR	
12.01.02		An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Investitionen zur Sanierung des Unibades an die Bremer Bäder GmbH		3.300.000,00	Gemäß Senatsbeschluss vom 14. Januar 2014 erarbeitet der Senator für Inneres und Sport Alternativen zur Sanierung des Unibades, die dem Senat dann zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden. Der derzeitige Bearbeitungsstand sieht eine Senatsbefassung im Oktober des Jahres vor. Die Verwendung der Investitionsmittel i. H. v. 3.300 Tsd. Euro hängt von der zu treffenden Senatsentscheidung ab. Gleiches gilt für die noch verfügbaren Planungsmittel. Über Zeitpunkt und Höhe des Mittelabflusses kann daher derzeit noch keine Aussage getroffen werden. Es wird jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon ausgegangen, dass die veranschlagten Sanierungsmittel für das Unibad in diesem Haushaltsjahr nicht mehr abfließen werden. Sofern sich daran nichts ändert, sollen diese in voller Höhe (3.300 Tsd. Euro) liquide im Rahmen der Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen ins nächste Haushaltsjahr übertragen werden.
22.03.02		Zuschuss für die Erweiterung/Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseum		4.200.000,00	Die gesamte Baumaßnahme verschiebt sich in die Folgejahre. Die Bereitstellu der Mittel erfolgt analog dem Bund. Die Mittel werden zum Teil anderen Ressor zur Verfügung gestellt, bzw auf einem SB-Konto gelagert.

Budgetrisiken 2014	Schätzun (Stand: 0	•		Veränd. ggü. Senat 05.08.2014
	INSGESAMT	Land	Stadt	00.00.2011
	-in f	Mio. €-		
Senatskanzlei				
- Personalmehrausgaben	0,315	0,315		0,183
Inneres				
- Mindereinnahmen Polizei	0,292	0,292		0,002
- Mindereinnahmen Rettungsdienst	0,980		0,980	0,030
- Mindereinnahmen Stadtamt/Bürgerservice	0,592		0,592	0,386
- Personalmehrausgaben	3,100	3,100		-0,042
- Mehrausgaben Polizei	1,200	1,200		
- Mehrausgaben PK-Erstattung Polizei an Brhv.	0,440	0,440		0,440
- Mehrausgaben Stadtamt/Bürgerservice	1,389		1,389	0,083
- Mehrausgaben Sonstige	0,167	0,077	0,090	0,010
Justiz und Verfassung				
- Risiko bei Auslagen in Rechtssachen (2. Kostenrechtsmodgesetz)	0,000	0,000		-0,600
Bildung				
- Schulsozialarbeiter	1,150	1,150		
- Assistenzleistungen für behinderte Schüler/-innen (u.a. Tarifvereinb. Martinsclub e.V.)	2,778		2,778	0,328
- Privatschulgesetz	2,200	2,200		
Arbeit				
- Umsetzung Landesmindestlohngesetz / Bürgerarbeit	0,700	0,700		
Jugend und Soziales				
- Sozialleistungen	33,810	9,550	24,260	0,040
- Personalmehrausgaben	0,750	0,430	0,320	0,168
- Mehrbedarfe KTH (ohne Tarifeffekte iHv. ca. 3,9 Mio. €)	1,500		1,500	
- Unterhaltung Spielplätze	0,260		0,260	
- Kanalsanierung Spielplätze	0,140		0,140	
- Unterbringung von Flüchtlingen (HaFA-Umlaufbeschluss ohne Deckung)	1,300		1,300	1,300
Umwelt, Bau und Verkehr				
- Mindereinnahmen Werberechte	3,600		3,600	0,500
- Mindereinnahmen GeoInformation / Baugebühren	0,800	0,300	0,500	0,800
- strukturelles Defizit UBB	1,300		1,300	
- gesplittete Entwässerungsgebühr (Risiko entfällt lt. Ressortmitteilung vom 08.09.2014)				-3,200
Häfen				
- Personalmehrausgaben	0,300		0,300	
Finanzen				
- im PPL 96: Risiko des PPL 91 wg. IT-Verfahren im Steuerbereich				
(2,1 Mio. €abzgl. Teildeckung im PPL 96)	0,000	-	-	-0,620
Sonstige (Allgemeine und Zentrale Finanzen)				
- Tarifsteigerungen TVöD 2014/2015, insbesondere ausgegliederte Einheiten				
(Risiko = 5,3 Mio. €in 2014 bzw. 10,4 Mio., €in 2015 - abgesenkt um zentrale				
Vorsorgemittel zzgl. Freie Träger Kindertagesbetreuung bei vollst. Übernahme Tarif)	3,796	0,066	3,730	
- Auflösung der zentralen investiven Minderausgabe	4,764	1,906	2,859	
- Mindereinnahmen Gewinne aus Beteiligungen	40.000		40.000	
Mindarajanahma Kanzagajanaah	10,000		10,000	0.040
- Mindereinnahme Konzessionsabgaben	0,651	0 ===	0,651	-0,349
 Stiftung Wohnliche Stadt Zuschuss Stift. Wohnl. Stadt (Fortführung von Projekten aufgrund Wegfalls der 	0,750	0,750		
Impulsmittel (nach tw. Verwendung des Restes aus 2013 bei den Impulsmitteln)	0,280	0,280		
- Mindereinnahme Spielbankabgabe (2,7 Mio. € abzgl. Teildeckung iHv. 1,5 Mio. €)	1,200	1,200		-0,007
Budgetrisiken 2014	80,504	23,956	56,549	-0,548

Basis: Ergebnisse des Controllings Januar-Juni 2014; bereits beschlossene Finanzierungen sowie ausdrücklich vorgeschlagene ressortinterne Deckungen sind abgesetzt (=Netto-Budgetrisiken)

Stand: 24.09.2014

verbliebene Budgetrisiken 110.504 Mio. €

(ohne Gegenrechnung der Deckungsmittel aufgrund der Sperrenaufhebung iHv. 2,055 Mio. €, der Landesmittel Arbeitsmarktförderung iHv. 1,15 Mio. € sowie des veranschlagten Risikofonds iHv. 4,580 Mio. €)

unabweisbar

11,027 Mio. €

Personal

30,000 Mio.€

4,465 Mio. € (HGr. 4)

(HGr. 4 + kons.PK-Erstatt.)

div. PPL

Senatskanzlei

rd. 22 Mio. € Besoldungs-0,315 Mio. € anpassung HGr. 4 Senatskanzlei/Stadtteilmanagement

Inneres

3,100 Mio. € Polizei

div. PPL rd. 8 Mio. € Besoldungs-

anpassung für Eigenbetriebe, AöR, Stift. öff. Rechts, Sonstige (konsumtive

Personalkostenerstatt.)

Jugend und Soziales 0,750 Mio. € Ressort

Häfen 0,3 Mio. € Hafenbehörde Bildung

2,778 Mio. € Assistenzleistungen für behinderte Schüler/-innen

Jugend und Soziales

33,81 Mio. € Saldo Sozialleistungen

gesetzliche Leistungen*

36,588 Mio. €

Bildung

1,15 Mio. € Schulsozialarbeiter

Zentr. Finanzen

1,03 Mio. € Summe der Mittel für die Stift. Wohnl. Stadt (0,75 Mio. €+

beschlossene Finanzierung

2,180 Mio.€

0,28 Mio. €)

Inneres

Konsumtive Mindereinnahmen/Mehrausgaben

66,375 Mio. €

0,98 Mio. € Mindereinnahmen Rettungsdienst

Bildung

2,2 Mio. € Privatschulzuschüsse

Arbeit

0,7 Mio. € Bürgerarbeit

Jugend und Soziales

1,5 Mio. € Kindertagesbetreuung (einschl. nicht real. Synergieeffekte)

Allg. und Zentrale Finanzen

1,200 Mio. € Mindereinnahmen Spielbankabgabe 0,651 Mio. € Mindereinnahme Konzessionsabgabe

div. PPL

3,796 Mio. € Tarifsteigerungen TVöD für Eigenbetriebe, AöR, Stift. öff. Rechts, Sonstige (u.a. Kindertagesbetreuung Fr. Träger+ EKG), die nach Aufteilung der zentralen Tarifvorsorge

Inneres

4,080 Mio. €= Saldo aus 0,292 Mio. € Mindereinnahmen Polizei; 0.592 Mio. € Stadtamt/Bürgerservice; 1,2 Mio. € Mehrausgaben Polizei, 0,440 Mio. € Mehrausgaben PK-Erst, an Brhv.: 1 389 Mio € Mehrausgaben Stadtamt sowie 0,167 Mio. € Mehrausgaben bei Sonstigen

sonstige Risiken

16,580 Mio. €

Jugend und Soziales

0,260 Mio. € Unterhaltung Spielplätze 0,140 Mio. € Kanalsanierung Spielplätze

Umwelt, Bau, Verkehr 0,8 Mio. € Mindereinnahmen GeoInformation/Baugebühren; 1,3 Mio. € Defizit Umweltbetrieb Bremen

Allg. Finanzen 10,0 Mio. € Mindereinnahmen

Gewinne Hafenbetriebe

nachrichtlich: nicht strukturelle Einnahmerisiken

3,600 Mio.€

Bau, Umwelt + Verkehr

3,6 Mio. €

Werberechte

Mindereinnahmen

investive Mehrbedarf / globale investive Minderausgabe

6.064 Mio. €

Auflösung globale Minderausgabe

4,764 Mio. € Anschlag

Jugend und Soziales

1,300 Mio. € Flüchtlingsunterkünfte

Lösung

Deckung durch Zinsminderausgaben

SIS - Aufhebung der Sperre iHv. 2.055 Mio. € sowie **Lösung** im Ressort (Rest iHv. 1,045 Mio. €)

Lösung im Ressort

Deckung iHv. 3,55 Mio. €durch den Rest des veranschlagten Risikofonds

verbleibender Betrag iHv. 33,038 Mio. € wird durch Zinsminderausgaben gedeckt Lösung

Deckung durch 1,15 Mio. € Landesmittel Arbeitsmarktförderung 1,03 Mio. € Risikofonds

Heranziehung der allg. Budgetrücklage des PPL 31 zu Deckung seines Bedarfs (0,700 Mio. €) - Liquidität durch Gesamthaushalt.

Restl. Deckung durch * Zinsminderausgaben (rd. 1,327 Mio. €)

Inanspruchnahme der Planungsreserve

i.H.v. 9,000 Mio. €nach § 7 der Haushaltsgesetze (Ausgaben in den Bereichen der Mehrbedarfe bei gesetzlichen Leistungen (Assistenz in Schulen, Sozialleistungen) sowie PPL 07 Inneres aufgrund notwendiger Eigenanstrengungen ausnahmsweise ausgenommen).

Lösung im Ressort

Mindereinnahme Beteiligungsgewinne: Ausgleich ist

durch Liquiditätssteuerung (Priorisierung) im Sondervermögen) Hafen vorzunehmen.

Im Übrigen können für Mehrausgaber ohne dezentral vorzunehmenden Liquiditätsausgleich rücklagenfinanzierte Lösungen

vorgeschlagen werden

Bildung von

Verlustvorträgen quiditätsausgleich durch Gesamthaushalt;

Ausgleich in Folgejahrer urch Mehreinnahmen (di Liquidität steht dann der Gesamthaushalt zu)

solidarische Lösung

Heranziehung veranschlagter, in diesem Jahr nicht benötigter Investitionsmittel (Bäder, DSM)

<u>nachrichtl.:</u>
Auflösung Minderausgabe in 2013 iHv. 5,381 Mio. € per Umlage

Maßgabe:

Bis zur Höhe des gedeckten Budgetrisikos dürfen aus konsumtiven Mehreinnahmen und konsumtiven Ausgaben (einschl. Personal) keine Rücklagen/Reste im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte gebildet werden (zweckgebundene Mittel ausgenommen).

Haushaltsrisiken	Schätzun (Stand: 0			
	2014			
	INSGESAMT	Land	Stadt	
	-in Mio. €-			
aktuelle Budgetrisiken	80,504	23,956	56,549	
Besoldungsanpassung (Übertragung NRW)	30,000	27,000	3,000	
INSGESAMT	110,504	50,956	59,549	

Lösungskonzept	20	2014		
Locarigonorizopt	INSGESAMT	Land	Stadt	
	-in I	Mio. €-		
* PPL 31 - Deckung aus allg. Budgetrücklage (Liquidität Gesamthaushalt)	0,700	0,700		
 Lösung in der Ressorthaushalten (Finanzierung und Liquidität) 	8,990	4,099	4,891	
- Lösung in den Ressorthaushalten	9,690	4,799	4,891	
Nachweisung Planungsreserve konsumtiv	9,000	2,266	6,734	
* Aufhebung der Sperre im Personalhaushalt des PPL 07 Inneres	2,055	2,055		
* Auflösung Risikofonds	4,580	3,020	1,560	
* Landesmittel Arbeitsmarktförderung für Schulsozialarbeiter	1,150	1,150		
- Summe der verfügbaren Mittel	7,785	6,225	1,560	
- Liquiditätsstrg. (Zuführung vom Sondervermögen Hafen)	10,000		10,000	
- Verlustvortrag Werberechte (Liquidität Gesamthaushalt)	3,600		3,600	
* Zinsminderausgaben (restl. Anteil gesetzliche Leistungen)	33,038	8,120	24,918	
* Zinsminderausgaben (Anteil unabweisbare Bedarfe)	1,327	1,327		
* Zinsminderausgaben (Anteil Besoldungsanpassung)	30,000	27,000	3,000	
- Zinsminderausgaben insgesamt	64,365	36,447	27,918	
- Nachweisung investive Mittel (Bäder, DSM)	6,064	3,264	2,800	
Lösungskonzept	110,504	53,001	57,503	